NEUE ZEIT

DEZEMBER 1980

49

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek
Datum ___ Unterschrift des Leiters

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305



UdSSR—INDIEN:
FESTE
FREUNDSCHAFT,
VIELSEITIGE
ZUSAMMENARBEIT

7500-7101 PSF-77
1415g-49 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ



In der UdSSR ist der Handel staatlich. Der Einzelhandelsumsatz beträgt in diesem Jahr rund 267 Milliarden Rubel, d. h. 1000 Rubel pro Kopf der Bevölkerung. Im kommenden Jahr wird er um 4,9% steigen.

Zu den vordringlichsten Sorgen des Staates gehört die verbesserte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Deshalb werden in jedem Jahr die Investitionen in die Landwirtschaft, von deren Effektivität hauptsächlich die Nahrungsmittelproduktion abhängt, erhöht. In diesem Jahr betragen sie 36,2 Md. Rubel. Im kommenden Jahr werden es 37,3 Md. sein.





Die Lichter locken zum Einkauf

Hochbetrieb in der Abpackabteilung





Am Fischstand



Immer begehrte Waren



Gemüse und Obst müssen sein

Die Nahrungsmittelindustrie wird ausgebaut. 1981 werden neue Fleischkombinate, Molkereien, Mühlenwerke und Betriebe anderer Zweige ihre Arbeit aufnehmen. Die Maschinenbauer stellen modernste Ausrüstungen für die Viehzucht, die Futtererzeugung und für die Nahrungsmittelindustrie her.

Gleichzeitig werden viele Mittel und Anstrengungen in die Organisation des Handels mit Lebensmitteln investiert. Immer neue moderne Geschäfte werden eröffnet. Sie erhalten immer bessere Ausrüstungen und qualifiziertere Mitarbeiter mit Fach- und Hochschulausbildung.

Sehr populär geworden sind die Geschäfte des neuen Kaufhallentyps Universam. Im letzten Planjahrfünft kamen rund 400 neue hinzu. In den großen Hallen sind die Waren griffbereit ausgelegt. Der Kunde kann sich das nötige auswählen. So wird weniger Zeit für den Einkauf aufgewendet. Deshalb bürgern sich solche Geschäfte immer stärker nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land ein.

Unsere Reportage stellt ein Universam Moskaus vor. Es liegt im Stadtbezirk Tuschino.

Fotos: A. Motschalin

TAG DER MENSCHENRECHTE

Die Herzen der Menschen, die den Krieg, den Verlust ihrer Nächsten, die faschistischen Todeslager durchgemacht hatten, bluteten noch. Da wurden die Archive Hitlerdeutschlands publiziert, und die Menschheit schauderte zusammen, als sie von den Einzelheiten des kannibalistischen Programms zur Zerstörung der halben Welt, zur Menschenausrottung, zur „Beseitigung der minderwertigen Rassen" erfuhr. Der Faschismus wurde das Synonym für Krieg und für verbrecherische Verstöße gegen die Menschenrechte. Mit dieser Ausgeburt der Geschichte wurde Schluß gemacht, aber die Unruhe über die Zukunft ließ von der internationalen Gemeinschaft nicht ab. Deshalb nahm die UNO-Vollversammlung am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte an.

Darin hieß es: „Die Geringschätzung und Verachtung der Menschenrechte führten zu barbarischen Akten, die das Gewissen der Menschheit empören." Das Ziel wurde verkündet, der Errichtung einer Welt zu dienen, „in der die Menschen die Rede- und Überzeugungsfreiheit besitzen, aber von Angst und Elend frei sein werden". So umfassend wurde und wird diese Frage verstanden. Daran wollen wir anläßlich des Tages der Menschenrechte, der seitdem alljährlich begangen wird, mahnen, und zwar diejenigen im Westen, die das vielschichtige Problem auf eine Schmalspurbahn abschieben und seine wichtigsten Aspekte bagatellisieren möchten.

Das Recht auf Leben ist das kostbarste Menschenrecht. Ein neuer Weltkrieg wäre, wo auch immer er begänne, eine Hekatombe für die gesamte Menschheit. Dann bliebe kein Platz mehr für Diskussionen über die Freiheit der Persönlichkeit. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geht es darum, einen neuen Weltbrand nicht zuzulassen. Das ist das Kredo der UdSSR und zugleich ihre politische Praxis. Der Friedenskurs der Sowjetunion, ihr Kampf für die Völkersicherheit, für das Recht der Menschen auf Leben sind in der Verfassung verbrieft. In Sachen Frieden legt die UdSSR ihr ganzes internationales Gewicht in die Waagschale.

Kann jedoch jemand frei sein, der das Recht auf Arbeit oder auf Berufswahl nicht hat, der in Slums wohnt und das Nötigste entbehren muß? Probleme gibt es auch in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern. Aber der Sozialismus kennt keine Arbeitslosigkeit. Die Ausmaße unseres Wohnungsbaus verblüffen

Die Innenpolitik der herrschenden Parteien der sozialistischen Länder hat das Wohl des Volkes zum Ziel. Diesem Ziel gilt auch der Entwurf des ZK der KPdSU zum XXVI. Parteitag „Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1981—1985 sowie für den Zeitraum bis 1990". Er wurde in der Sowjetpresse eben veröffentlicht und dem Sowjetvolk zur Erörterung vorgelegt.

Die bürgerlichen Ideologen haben nichts, was sie den Errungenschaften des realen Sozialismus entgegenhalten könnten. Nicht einmal in einem so reichen Land wie den USA. Deren Ex-Justizminister Ramsey Clark sagte, daß die meisten Rechte der Bevölkerung durch die Tatsache der Armut zunichte gemacht werden. Daher rührt das Bestreben, die Frage der sozialökonomischen Menschenrechte mit Schweigen zu übergehen.

Die Sowjetbürger dagegen haben keinen Grund, einer Diskussion über die Menschenrechte aus dem Wege zu gehen. Die Unverletzlichkeit von Persönlichkeit und Wohnung, die Rede-, Presse-, Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit werden durch die Verfassung der UdSSR garantiert. Das private Leben der Bürger wird durch das Gesetz geschützt, die Gewissensfreiheit garantiert. Die Verfassung beinhaltet das Recht auf gerichtlichen Schutz vor Anschlägen auf Leben und Gesundheit des Menschen, auf Eigentum und persönliche Freiheit, auf Ehre und Würde. Je mehr sich der Sozialismus entwickelt und vervollkommnet, desto umfassendere politische und Bürgerrechte gewährt er den Menschen.

Die Bourgeoisie, die einst unter der Losung der allgemeinen Gleichheit um die Macht gerungen hatte, beschnitt nach und nach die von ihr proklamierten Freiheiten. Gegenwärtig laufen im Westen alle Auslassungen über die Menschenrechte darauf hinaus, den Menschen, die jede Freiheitsillusion verloren haben, sie wieder einzuimpfen. Der britische Schriftsteller James Aldridge meinte ironisch: „Eine einzelne Persönlichkeit stellt, selbst wenn sie frei ist, keine Gefahr dar. Die Bourgeoisie hat Angst nur vor Persönlichkeiten, die sich zu einer bewußten Kraft vereinen, und deshalb rief sie selbst als erste: ‚Es lebe die Persönlichkeit!' "

So dienen denn auch die pathetischen Kampagnen „zum Schutz der Menschenrechte" als Geräuschkulisse dazu, dem chilenischen Volk die Schlinge zuzuziehen. Vor aller Augen wird dem arabischen Volk von Palästina, das aus seinem Land vertrieben ist, das Leben zur Hölle gemacht. Die Henker des kampucheanischen Volkes werden durchgepäppelt, seine Republik aber, die endlich die wahre Freiheit erlangt hat, wird nicht anerkannt.

Und doch kann man, wenn man Gestern und Heute vergleicht, sagen: Die Welt wird besser. Der reale Sozialismus übt einen immer tieferen Einfluß aus auf das Weltgeschehen, auf die Menschen selbst. Auch in puncto Menschenrechte.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 49 DEZEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium: **L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW** (Verantw. Sekretär), **W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK** (Stellv. Chefredakteur), **W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. WOLSKI**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. KRESTJANINOW**

IN DIESEM HEFT:

Tag der Menschenrechte 1
W. Kusnezow — **Zeit zu Initiativen, zu Taten** 5
G. Rjabow — **Sojus T 3 wird erprobt** 8
S. Irodow — **UdSSR—Indien. Ergiebige Freundschaft** 9
D. Sgerski — **Solidarität mit Palästina** 10
P. Mesenzew — **Persischer Golf. Blut und Erdöl** 11
W. Lawrenow — **EG. Ohne Recht auf Arbeit** 12
A. Baryschew — **Ende des „Kolonialministeriums"!** 13
K. Karagesian — **BRD. Panzergedröhn mit Musik** 14
Notizen ◆ Glossen 16
A. Weber — **Weg der SI in die 80er** 18
J. Iwanow — **Albanien. Ein denkwürdiger Tag** 20
W. Swetlanow — **Jamaika. Nach den Wahlen** 21
W. Schilo — **Kanada. Fliehkräfte in Aktion** 22
W. R. — **Diplomaten — Gäste von Chirurgen** 22
B. Assojan — **Lesotho. Auf dem Dach Afrikas** 24
L. Charkow — **Jugoslawien. Ein neuer Tag brach an** 26
B. Michailow — **Für friedliche Wiedervereinigung Koreas** 26
M. Iljinski — **Vorbote des Tages im Osten** 28
W. Katin — **Seifenblasen der CIA** 28
Diskussion mit dem Leser 31
PS 32



Große Aufmerksamkeit wird in Indien dem bevorstehenden Besuch L. I. Breshnews gewidmet. Wie von indischer Seite verlautet, erwartet man davon neue Impulse für die Entwicklung der fruchtbringenden Zusammenarbeit beider Länder und den Frieden.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud", Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

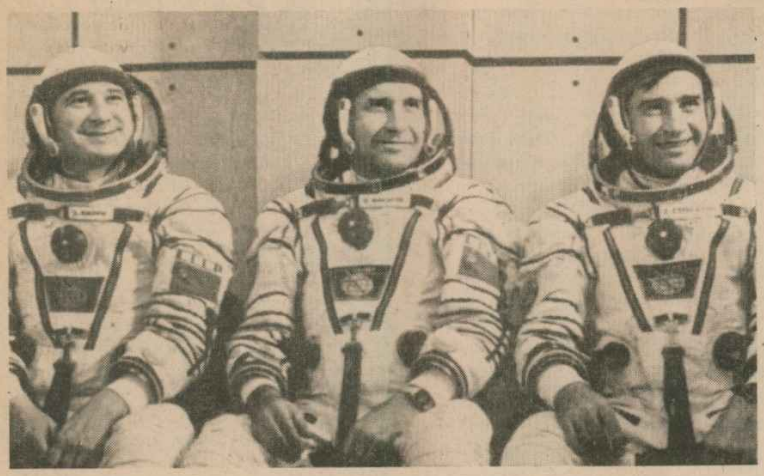
■ Am 2. Dezember veröffentlichte die sowjetische Presse den Entwurf des ZK der KPdSU zum XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion „Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für 1981—1985 und für den Zeitraum bis 1990". Das ZK der KPdSU legte dieses wichtige Programmdokument dem ganzen Volk zur Diskussion vor.

■ Leonid Breshnew empfing am 26. November im Kreml den namhaften Politiker der USA, den republikanischen Senator Charles Percy. An dem Gespräch beteiligte sich auch Andrej Gromyko. Am 27. November wurde Percy von UdSSR-Verteidigungsminister Ustinow und am 28. November von Andrej Gromyko empfangen.

■ Am 27. November um 17.18 Uhr wurde in der Sowjetunion ein Raumschiff vom Typ Sojus T 3 gestartet. Die Mannschaft besteht aus dem Kommandanten Oberstleutnant Leonid Kisim, dem Bordingenieur Oleg Makarow und dem Forschungskosmonauten Gennadi Strekalow. Bezweckt ist die weitere Erprobung der Bordsysteme und der Konstruktion der verbesserten Raumschiffserie Sojus T in unterschiedlichen autonomen Flugregimen und während der gemeinsamen Arbeit mit dem Orbitalkomplex Salut 6—Progress 11 (s. S. 8).

■ Am 29. November begingen die Völker Jugoslawiens ihren Nationalfeiertag, den Tag der Republik. Leonid Breshnew richtete an den Vorsitzenden des Präsidiums der SFRJ Svijetin Mijatovič und den Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Lazar Mojsov ein Glückwunschschreiben, in dem er die Gewißheit zum Ausdruck bringt, daß „die Stärkung des Klimas des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens in den Beziehungen zwischen unseren Parteien und Ländern zum Fortschritt der freundschaftlichen, gleichberechtigten sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit beitragen wird, die den ureigensten Interessen der Völker unserer Länder sowie der Sache des Friedens und des Sozialismus entspricht". Nikolai Tichonow richtete ein Glückwunschschreiben an den Vorsitzenden des Bundesexekutivrates der SFRJ Veselin Djuranovič (s. S. 26).

■ Das Volk von Laos beging am 2. Dezember den 5. Jahrestag der Verkündung der Volksdemokratischen Republik Laos. Leonid Breshnew und Nikolai Tichonow richteten aus diesem Anlaß an den Generalsekretär des ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei und Ministerpräsidenten der Republik Kaysone Phomvihane sowie an den laoti-



Die Kosmonauten Kisim, Makarow und Strekalow vor dem Start in Baikonur

Foto: A. Puschkarjow (TASS)

schen Präsidenten und Vorsitzenden der Obersten Volksversammlung Sufanuwong ein Glückwunschschreiben. An den Feierlichkeiten in Vientiane nahm eine sowjetische Partei- und Regierungsdelegation unter dem stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden der UdSSR Katuschew teil.

■

Am 29. November beging die ganze Welt den internationalen Tag der Solidarität mit dem Volk von Palästina Leonid Breshnew richtete an den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO Yasser Arafat ein Glückwunschschreiben: „Ich wünsche dem befreundeten Volk von Palästina und seinem politischen Vortrupp, der Palästinensischen Befreiungsorganisation, weitere Erfolge im Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten, für die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit und die Bildung eines eigenen Staates" (s. S. 10).

■

Am 1. Dezember traf der Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und erste stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Kusnezow in Damaskus ein, um die Ratifizierungsurkunden des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Syrien auszutauschen.

■

In Indien dauert der Monat der indisch-sowjetischen Freundschaft anläßlich des bevorstehenden Breshnew-Besuchs an. Es wurden mehr als 2000 öffentliche Komitees zum feierlichen Empfang des hohen sowjetischen Gastes gegründet (s. S. 9).

■

Vom 25. November bis zum 1. Dezember weilte das Mitglied des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und Außenminister der Mongolei Duguersuren auf Einladung der sowjetischen Regierung zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR. Am 26. November unterzeichneten Andrej Gromyko und Mangalyn Duguersuren einen Regierungsvertrag zwischen der UdSSR und der MVR über die sowjetisch-mongolische Staatsgrenze sowie über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe bei Grenzfragen.

■

Vom 26. bis zum 30. November hielt sich eine Partei- und Regierungsdelegation der Republik Nikaragua unter dem Mitglied der Politkommission der Nationalen Führung der Sandinistischen Befreiungsfront Jaime Wheelock in der UdSSR auf. An den Verhandlungen nahmen Boris Ponomarjow sowie andere Partei- und Staatsmänner der UdSSR teil. Besprochen wurden die Beziehungen zwischen der UdSSR und Nikaragua in politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und in anderen Bereichen. Der Meinungsaustausch ergab eine Übereinstimmung der Standpunkte bezüglich internationaler Probleme von beiderseitigem Interesse.

■

Vom 20. bis 30. November hielten sich entsprechend dem Plan der Parteikontakte und der Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der KP Dänemark eine Gruppe von Mitgliedern des Exekutivkomitees und des Zentralkomitees der KP Dänemarks sowie Aktivisten der KP unter dem Vorsitzenden Jorgen Jensen in der UdSSR auf.

■

Am 1. Dezember trat der 45. Kongreß der Sozialistischen Partei Japans zusammen. Das ZK der KPdSU sandte eine Grußadresse.

■

Leonid Breshnew richtete an den Präsidenten der Italienischen Republik Alessandro Pertini eine Botschaft, in der er sein tiefes Beileid anläßlich des Erdbebens in Italien ausdrückt.

■

In Warschau tagte das 7. Plenum des ZK der PVAP. Das Referat des Politbüros des ZK „Über Aufgaben der Partei im Kampf für den sozialistischen Charakter der Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens" hielt der erste Sekretär der PVAP Kania.

■

Eine Delegation Kampucheas unter dem Vorsitzenden des ZK der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung und Vorsitzenden des Revolutionären Volksrats Heng Samrin besuchte Ende November Ungarn.

■

Das kubanische Außenministerium veröffentlichte eine Erklärung, in der es die von der Westpresse verbreiteten Gerüchte über eine angebliche Präsenz kubanischer Soldaten in Afghanistan kategorisch dementiert.

■

Vom 25. bis 28. November hielt sich der Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Rumänien Verdeț zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Peking auf.

■

In Peking wird der Prozeß gegen die „konterrevolutionären Gruppierungen" Lin Biao und Jiang Qing fortgesetzt. In der Vorwoche wurden die Angeklagten sowie Zeugen gehört.

■

Am 27. November tagte in Wien die jüngste Plenarsitzung der Vertreter der 19 Teilnehmerstaaten an den Truppen- und Rüstungsabbaugesprächen.

■

Am 26. November legte die Ständige Vertretung der DDR in der BRD entschiedenen Protest gegen den erneuten Anschlag gegen Grenzanlagen der DDR vom Territorium der BRD ein. Am 20. November hatten verbrecherische Elemente, die im Raum Hildburghausen auf das DDR-Territorium vorgedrungen waren, Grenzanlagen zerstört.

■

In Philadelphia (USA) fand Ende November der Gründungsparteitag einer Negerpartei der USA statt. Die 1500 Delegierten aus 27 US-Staaten verabschiedeten ein provisorisches Parteistatut und bildeten eine Kommission zur Ausarbeitung eines ständigen Statuts, das

dem ersten, für Juli/August 1981 vorgesehenen Parteitag vorgelegt werden soll. In dem provisorischen Statut heißt es, die Partei werde den Interessen der Arbeiterklasse und der ärmsten Bevölkerungsschichten dienen sowie einen aktiven Kampf gegen den Rassismus, die Frauendiskriminierung, die kapitalistische und imperialistische Politik der regierenden Kreise der USA führen.

■



Mehr als 10 000 junge Arbeiter, Studenten und Schüler demonstrierten in Dortmund (BRD).

Foto: ADN—TASS

■

Vom 25. bis 27. November tagte in Amman eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs von 15 arabischen Ländern. Syrien, Algerien, Libanon, die VDRJ, Libyen sowie die PLO lehnten eine Beteiligung ab. Die Konferenz billigte die Schaffung eines Sonderfonds für die Entwicklung der arabischen Welt. Ferner wurde beschlossen, einen Teil der Erdöleinkünfte für Investitionen innerhalb der arabischen Welt aufzuwenden.

■

In Pretoria (RSA) wurden drei Kämpfer gegen die Apartheid, die Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses Lubishi, Moshigo und Manana zum Tode verurteilt. Der UNO-Sonderausschuß gegen Apartheid appellierte an die Regierungen und Organisationen aller Länder, eine umfassende Kampagne zur Rettung der Opfer des Rassismus einzuleiten.

■

Am 30. November fand in Uruguai ein Referendum zum reaktionären „Verfassungsentwurf" des Landes statt. Die meisten Referendumsteilnehmer stimmten gegen den Entwurf.

■

In El Salvador wurden der Vorsitzende der Revolutionären Demokratischen Front Enrique Alvárez Cordoba und fünf weitere Führer der Front entführt und ermordet. Die Verantwortung für dieses Verbrechen übernahm eine antikommunistische „Brigade General Maximiliano Hernández Martinez", die mit dem Geheimdienst des Landes kontaktiert.

■

In der Nacht zum 30. November wurden in der Hauptstadt Haitis Port-au-Prince vom Geheimdienst mehr als 50 Führer oppositioneller Parteien sowie fortschrittliche Journalisten eingekerkert.

■

Am 27. November ging in Washington die 10. Tagung der Generalversammlung der OAS zu Ende (s. S. 13).

■

In der Republik Obervolta wurde am 25. November ein Staatsstreich vollzogen. Die Macht übernahm ein Militärkomitee der Erneuerung für nationalen Fortschritt unter Oberst S. Zerbo. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt.

■

Am 1.—2. Dezember trafen in Luxemburg Staatsmänner der EG zusammen (s. S. 12).

■

Der Internationale Währungsfonds stellte Pakistan einen 1,7 Md.-Dollar-Kredit zur Verfügung.

■



Am 23. November wurde Süditalien von einem Erdbeben heimgesucht, bei dem mehr als 3000 Personen den Tod fanden und rund 6000 verletzt wurden. 200 000 wurden obdachlos.

Foto: UPI—TASS

NZ POST

Die heute so viel Lärm um die Menschenrechte machen und sich als „Beschützer" und „Befreier" der Völker ausgeben wollen, haben die Massenmedien in ihrer Hand. Deshalb gelingt es ihnen, Tag für Tag so viele Leute zu verdummen und zu desinformieren. Dabei werden in den USA mehr als anderswo die Menschenrechte verletzt. Doch die USA unterstützen jeden Banditen, wenn er nur die Interessen von Uncle Sam vertritt. Ich halte es für sehr wichtig, daß Sie ständig über dieses Thema schreiben.

Alejandro NUÑEZ ARIAS
Havanna, Kuba

Die sowjetischen Menschen sind empört über die Tatsache, daß China seine bewaffneten Provokationen gegen Vietnam fortsetzt und vietnamesisches Territorium unter Artilleriebeschuß setzt. Wir verlangen von den chinesischen Hegemonisten die Einstellung dieser Überfälle! Das Volk der SRV wird sich niemals und von niemandem in die Knie zwingen lassen. Davon mußten sich die US-Imperialisten und die französischen Kolonialherren überzeugen.

A. UDALOW
Odessa, UdSSR

Mir gefallen die Artikel Ihrer Wochenschrift, die die Wiederbelebung des Faschismus in Europa entlarven. Die nazistische Gefahr ist so stark wie nie, und die kürzlichen Vorgänge in Italien zeigten, daß man sich in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben darf. Die Bourgeoisie, die Monopole und reaktionäre Kräfte sowie manche Spießbürger, die sich nach einer „starken Hand" sehnen, warten auf ihre Stunde. Die Methoden können sich ändern, das Wesen der Sache nicht.

Guseppe ZACCAGNI
Rom, Italien

Ich möchte mich zur Politik des Regimes Siad-Barre in Somalia äußern. Barre ist hartnäckig bestrebt, einen Teil Äthiopiens zu erobern, tritt aber jetzt einen Teil Somalias gegen Dollars ab. Vielleicht wird der Führer dieses Regimes morgen schon die südafrikanischen Rassisten umarmen.

Ratsivahiny GAMA
Antananarivo, Madagaskar

ZEIT ZU INITIATIVEN, ZU TATEN

Wladlen KUSNEZOW

Wessen neue Abrüstungsvorschläge stehen gegenwärtig im Brennpunkt der 35. UNO-Vollversammlung? Die der Sowjetunion.

Wessen Vorschläge zum Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa waren Hauptgegenstand der Diskussionen in Wien? Die der Sowjetunion und ihrer Verbündeten.

Wer äußerte den Gedanken zu einer Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, der jetzt in Madrid erörtert werden wird? Die Sowjetunion und andere Warschauer Vertragsstaaten.

Wer bot an, sich in Genf an den Verhandlungstisch zu setzen, wo die erste Runde der Konsultationen über die Beschränkung der Kernwaffen in Europa stattfand? Die Sowjetunion.

Moskau hält Rat

„Fünf Jahre waren nötig, damit sich die Entspannung in Europa Bahn brechen konnte, und nur zwei bis drei Monate reichten aus, um das zunichte zu machen". Das erklärte Österreichs Präsident Rudolf Kirchschläger, dessen Land bei der Durchsetzung der Entspannungspolitik nicht die letzte Rolle gespielt hat; seine Enttäuschung ist verständlich. Wie auch die gewisse Dunkelfärberei bei der Darstellung der jetzigen politischen Landschaft in Europa.

Halten wir uns an den geäußerten Gedanken. Wir stehen jetzt vor den Ergebnissen einer zerstörerischen, destruktiven Diplomatie, die in kurzer Frist viel Schaden anrichten, eine Dissonanz in den West-Ost-Dialog tragen, die Kanäle der wirtschaftlichen, kulturellen, humanitären und sportlichen Zusammenarbeit verstopfen, eine Atmosphäre des Argwohns, des Mißtrauens und der mangelnden Verständigungsbereitschaft schaffen kann. Es ist klar, daß die Menschheit eine andere Diplomatie braucht, schöpferisch, konstruktiv, die die negativen Tendenzen, die Stagnation überwinden und der Weltgemeinschaft den Weg zu neuen Möglichkeiten der Entspannung, der Abrüstung und Zusammenarbeit frei machen kann.

Der Friede hat in unserer Zeit einen hohen Preis. Besonders in der Minute der Gefahr. Daher erhöht sich auch die Bedeutung von Friedensinitiativen, die es gestatten, den bedrohlichen Gang der Ereignisse aufzuhalten, der Kriegsgefahr und den Spannungen die Spitze zu nehmen. Die Völker erwarten heute keine abstrakte Verurteilung des Krieges und des Wettrüstens, keine Beruhigungspillen und trostreichen Versicherungen, keine Skepsis, die den Handlungswillen lähmt, keine düsteren Voraussagen, die in schwierigen Augenblicken so leicht von der Zunge gehen. Die Völker erwarten eine klare Antwort auf die Frage: Was muß getan werden, um das Schlimmste zu verhüten? Sie erwarten Initiativen, Taten.

„Wir sind dafür, alle Mechanismen der friedlichen und gerechten Beilegung internationaler Probleme in Bewegung zu setzen." In dieser Formel Leonid Breshnews ist die wahrhaft kolossale Tatkraft akkumuliert, die die Entspannung fördert und die Rüstung hemmt. Mechanismen einer konstruktiven und dynamischen Politik wurden auf der 35. Tagung der UNO-Vollversammlung, bei den Abrüstungsverhandlungen in Wien und Genf sowie auf dem Madrider Nachfolgetreffen von Helsinki in Gang gesetzt.

Die sowjetischen Initiativen in der UNO sind praktisch. Sie können umgehend beschlossen und realisiert werden und einen sofortigen Effekt ergeben. Sie erfordern keine langwierige technische Vorbereitung, keine jahrelangen Debatten und materiellen Ausgaben, sondern lediglich politischen Goodwill, weiter nichts. Erinnern wir daran, was die UdSSR in der UNO vorgeschlagen hat: Unverzügliche Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr.

Erstens solle man auf den Ausbau der existierenden und die Schaffung neuer militärpolitischer Gruppierungen verzichten.

Zweitens solle man, beginnend mit dem 1. Januar 1981, aufhören, die eigenen Streitkräfte und Rüstungen aufzustocken.

Drittens sollten die Kernmächte die feierliche Erklärung abgeben — sie könnte durch das Ansehen des UNO-Sicherheitsrats untermauert werden —, keine Kernwaffen gegen Nichtnuklearstaaten einzusetzen, die keine derartigen Waffen auf ihrem Territorium haben.

Viertens sollte man wenigstens für ein Jahr ein Moratorium über jegliche Kernexplosionen verhängen, um damit den baldigen Abschluß eines internationalen Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffentests zu fördern.

Dort, wo die Gefahr am größten ist, müßten in erster Linie Sicherungen eingebaut werden. Das gebieten Vernunft und Logik. Sie diktieren auch, daß es in einer Situation der Konfrontation und des Mißtrauens am besten ist, mit einfachen, elementaren Maßnahmen zu beginnen, um dann weiter zu grundsätzlichen Maßnahmen zu kommen.

Hört man jedoch den UNO-Vertreter der USA, dann sieht es so aus, als seien die Voraussetzungen selbst für die elementarsten Schritte, die weitgehende Zustimmung in der UNO fanden und bereits in konkreten Resolutionen des Ersten Ausschusses umgesetzt wurden, wo die Sicherheits- und Abrüstungsprobleme diskutiert werden, noch nicht reif. Wäre es nicht ehrlicher zu sagen, daß die USA selbst für solche Maßnahmen „nicht reif" sind, wo man auf dem Boden des Militarismus zu ernten gedenkt? Inzwischen beschäftigte man sich in Brüssel auf der Tagung der nuklearen Planungsgruppe der NATO, wie ein Reuther-Korrespondent meldete, mit der „Perfektionierung und Verbesserung der Pläne eines Nuklearkriegs" im Geiste der White-House-Direktive 59. Dazu also sind Pentagon und NATO „gereift".

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder erheben mit ihren Friedensinitiativen keineswegs den Anspruch auf ein Monopol in diesem Bereich. Heute ist der Beitrag jedes Staates, jedes Kontinents zur Festigung des harten Prüfungen ausgesetzten Friedens wichtig wie nie zuvor. Ein Kopf ist gut, zwei Köpfe sind besser. Diese Lebensweisheit gilt auch für die große Politik. Kollektive Sicherheit wird von kollektivem Verstand geschaffen. Davon ausgehend setzten sich die Warschauer Vertragsstaaten bereits im Mai d. J. für die Einberufung eines Treffens der Staatschefs aus allen Weltteilen zur Diskussion der Schlüsselfragen der Weltpolitik ein. Der wichtigste Platz dabei gebührt der Beseitigung von Spannungsherden und der Verhinderung eines Krieges. Man sollte meinen, daß sich nichts gegen diesen Gedanken einwenden läßt, daß es in dem jetzigen gefährlichen Augenblick sinnlos sei, etwas abzulehnen, was diese Gefahr wenn schon nicht beseitigen so doch mildern könnte? Der Westen lehnt zwar nicht direkt und kategorisch ab, aber er gibt auch keine Zustimmung zu dem Treffen. Man macht von der erprobten Taktik Gebrauch,

einen unliebsamen Gedanken erstmal beiseite zu schieben oder ihm mit Schweigen zu begegnen.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben jedoch nicht vor, Zeit zu verlieren. Sie führen einen intensiven politischen Dialog mit den Männern aller Gruppen von Staaten, großer und kleiner, entwickelter und sich entwickelnder, den Mitgliedern dieser oder jener Bündnisse und den Nichtpaktgebundenen, mit den Neutralen. Bezweckt wird die gemeinsame Suche nach Wegen zur Stabilisierung der Lage, zur Festigung der Sicherheit im regionalen wie im globalen Ausmaß. Produktive bilaterale Konsultationen, an denen sich ein weiter Kreis von Staaten beteiligt, schaffen die Voraussetzungen für die Einberufung des vorgeschlagenen Treffens der Staatsmänner aus allen Weltteilen.

Ein Markstein auf diesem Weg waren die Verhandlungen der sowjetischen Staatsmänner in Moskau mit dem indischen Präsidenten, mit den Führungskräften Afghanistans, Syriens, Äthiopiens und Moçambiques. Diese Kontakte symbolisieren das gemeinsame Vorgehen der beiden stärksten Kräfte der Gegenwart — des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung — im Kampf für Weltfrieden und Fortschritt. Eine weitere Etappe wird der Besuch Leonid Breshnews in Indien markieren.

Auch der produktive politische Ost-West-Dialog dauert an. Dem sowjetisch-französischen und dem sowjetisch-bundesdeutschen Gipfeltreffen im Frühjahr bzw. Sommer d. J. folgten im November die Moskauer Gespräche mit dem finnischen Präsidenten Urho Kekkonen und dem italienischen Außenminister Emilio Colombo. Die Teilnehmer dieser Begegnungen waren sich in der Hauptsache einig in dem Bemühen, einzeln und gemeinsam aktiv zur Stabilisierung der jetzigen unsicheren Situation beizutragen. Dazu heißt es beispielsweise im sowjetisch-finnischen Kommuniqué: „Angesichts der Spannungen in der internationalen Lage betonten beide Seiten die Notwendigkeit, daß alle Staaten in noch stärkerem Maße als bisher Realismus an den Tag legen und konstruktiv an die internationalen Schlüsselprobleme herangehen sowie echtes Interesse an der Suche nach ihren Lösungen zeigen." Sowohl in diesem Dokument wie auch im sowjetisch-italienischen Kommuniqué gilt die besondere Aufmerksamkeit der vordringlichen Bedeutung der Anstrengungen zur Erzielung eines realen Fortschritts bei der Eindämmung des Wettrüstens innerhalb und außerhalb Europas.

Die Sowjetunion findet eine gemeinsame Sprache mit vielen Mitgliedern der Weltgemeinschaft. Sie muß jetzt auch mit den Vereinigten Staaten gefunden werden, denn vieles in der Entwicklung der Weltlage wird von der Haltung abhängen, die die neue US-Administration bezieht. Man darf auch nicht vergessen, daß sich die Verhärtung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen negativ auf diese Situation ausgewirkt hat. Nicht die Sowjetunion hat diese Beziehungen gestört. Sie vertritt nach wie vor den Standpunkt — daran erinnerte Leonid Breshnew erneut, als er am 26. November den US-Senator Charles Percy im Kreml empfing —, daß die UdSSR und die USA durchaus als gleichberechtigte Partner zusammenarbeiten könnten. Konstruktiv zusammenarbeiten, unter gegenseitiger Berücksichtigung ihrer legitimen Interessen, unter Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Es ist an der Zeit, der Verschlechterung der Beziehungen Einhalt zu gebieten. Es ist an der Zeit, alles Positive, was früher in gemeinsamen Anstrengungen erzielt wurde, wieder politisch aktiv in Umlauf zu setzen, die aussichtslosen Versuche aufzugeben, eine militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erreichen, die Stagnation in den Anstrengungen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen auf gegenseitiger Grundlage zu überwinden, wobei man im Auge behalten muß, daß ein Erfolg in dieser Angelegenheit, wie das der sowjetische Staatschef unterstrich, das Kernstück der gesamten Weltsicherheit ist, sich der ganzen Bedeutung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sowohl für die beiden Länder wie auch für die Sicherheit bewußt zu werden und ihnen in der Politik jenen Platz zuzuweisen, der ihnen gebührt...

Zwei Leistungslisten

Stellt man sich die Frage, welche bedeutenden Entwürfe zur Abrüstung und zur Festigung der Weltsicherheit in den letzten Jahren von westlichen Regierungen vorgelegt wurden, muß man sehr stark nachdenken. Ein ernst zu nehmender, aussichtsreicher Vorschlag kam von Finnland: Es solle eine kernwaffenfreie Zone im europäischen Norden geschaffen werden. Frankreich, Schweden und wieder Finnland legten ihre Abrüstungsvorschläge auf den Verhandlungstisch in Madrid. In den USA neigte man seinerzeit zu Gesprächen über die Eindämmung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean und die Einschränkung des Waffenhandels. Aber Washington selbst hat die Konsultation zu beiden Themen unterbrochen.

Wir sind weit davon entfernt, den Beitrag des Westens zu den Lösungsversuchen des brennendsten und wichtigsten Problems der Gegenwart herabzusetzen. Ohne diesen Beitrag gäbe es nicht die rund 20 Abkommen, die das Wettrüsten in einigen Richtungen mehr oder minder bremsen. Doch dieser Beitrag könnte sehr viel bedeutsamer sein. Was aber kann man machen, wenn sich viele NATO-Mitglieder so schwer tun, sofern es um Abrüstungs- und Sicherheitsfragen geht. Wo ist denn jener Erfindungsreichtum, der als einer der wichtigsten Vorteile der „freien Welt" gilt? Ist nicht zuwenig davon in der Außenpolitik und im Friedenswirken vorhanden? Manche Leute im Westen akzeptieren ja nicht einmal Initiativen, die von dort kamen. Ziemlich kühl steht man dem finnischen Vorschlag gegenüber, Nordeuropa in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln. In der „Washington Post" konnte man vor einiger Zeit lesen, die US-Regierung stünde den französischen Abrüstungsgedanken, die sie in Madrid mit den sozialistischen Ländern diskutieren wollten, recht unwirsch gegenüber.

Wie steht es aber damit, wenn es nach Rüstungsaufträgen riecht!? Da kann man sich vor Erfindungsreichtum kaum mehr halten. Rund 100 verschiedene Gedanken finden sich allein in dem langfristigen Rüstungsprogramm der NATO, das 1978 auf der Washingtoner Tagung beschlossen wurde. Diese Zahl muß man denn doch einer anderen gegenüberstellen: Mehr als 100 Abrüstungsvorschläge kamen in der Nachkriegszeit von der Sowjetunion.

Zwei Zahlen, zwei Leistungslisten. Zwei Arten des Herangehens an die Abrüstung. Eine passive und eine aktive. Zwei Arten von Politik. Bei der einen wird alles unternommen, eine falschverstandene Sicherheit zu schaffen, die, wenn überhaupt von irgend etwas, dann von einem erschreckenden Nuklearsenal garantiert wird. Die andere setzt alle Tatkraft dafür ein, ihre Gesprächspartner im Westen von der Notwendigkeit zu überzeugen, Sicherheit nicht durch Anhäufung von Explosivstoff zu garantieren, sondern durch seinen allmählichen Abbau bis zum Nullpunkt, bis zur vollständigen und allgemeinen Abrüstung.

Hier ist es angebracht, auf die Frage zu antworten, weshalb die einen Abrüstungsinitiativen vorlegen und die anderen nicht? Bei den Menschen wie bei der Gemeinschaft, in der sie leben, hängt vieles von der ursprünglichen Natur, von den angeborenen Eigenschaften ab. Der Sozialismus ist von Natur aus friedliebend. In ihm gibt es keine Klassen, keine sozialen Schichten, keine Berufs-

gruppen, die daran interessiert sind, sich an der Herstellung oder Lieferung von Waffen gesundzustoßen, denen es am Wettrüsten und um so weniger am Krieg gelegen wäre. Denn der Krieg nährt nur jene, die ihn selbst nicht führen, sondern andere in den Kampf schicken und sie großzügig mit ihrer Technik ausrüsten. Ein neuer Krieg reift auf dem Boden jener Gesellschaft, in dem die Gene des Militarismus nisten. Der Sozialismus vererbt von Generation zu Generation die Gene der Friedensliebe. Daher die Initiativen, die die Sowjetunion ständig der Weltgemeinschaft vorlegt.

Nach all dem wird klar, weshalb es nicht gelingt, eine gemeinsame ost-westliche „Initiativbank" zu schaffen, warum der Sozialismus Wegbereiter zum Frieden ohne Waffen, ohne Kriege sein muß. Der Sozialismus ist bereit, diese Bürde zu tragen, diese historische Mission zu erfüllen, wenn man ihm dabei nur nicht bei jedem Schritt Steine in den Weg werfen würde! Wer keine eigenen Initiativen anbietet, hat es meist nicht gern, wenn sie von anderen kommen.

Andere Regierungen, an die die sowjetischen Vorschläge adressiert sind, erinnern sehr an einen verbreiteten Käufertyp. Der kommt ins Kaufhaus, wühlt lange herum, nörgelt, meckert über den Preis und unterzieht den geduldigen Verkäufer einer harten Nervenprobe. Dann geht er unbepackt davon, und zwar, weil er gar nicht vorhatte, irgend etwas zu erwerben. Das hindert ihn jedoch nicht, die Nase rümpfend zu erklären, er habe nichts für seinen raffinierten Geschmack finden können. Genauso verhalten sich heute manche westlichen Vertreter auf der 35. UNO-Vollversammlung, die die neuen sowjetischen Vorschläge a priori zurückweisen.

Vertane Möglichkeiten

Wie viele Angebote „Made in USSR" liegen seit Jahren in den diplomatischen Regalen des Westens! An sie erinnert man dieser Tage in der UNO:

Bereits 1946 bot Moskau den Abschluß einer internationalen Konvention über das Verbot der Herstellung und Anwendung von Atomwaffen an.

Bereits 1975 machte es den Vorschlag, die Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, die noch todbringender als Nuklearwaffen sein könnten.

Bereits 1976 rief es zur Ausarbeitung und zum Abschluß eines weltumspannenden Gewaltverzichtvertrags auf.

Man könnte ein gutes Dutzend Beispiele dafür anführen, wie viele erstklassige Möglichkeiten zur Lösung der Abrüstungsprobleme und der internationalen Sicherheit, die im Osten wie im Westen Besorgnis auslösten, in den Nachkriegsjahren vertan worden sind.

Räumen wir den letzten Ereignissen in Asien Beweiskraft dafür ein, daß der Frieden auf dem Kontinent nicht genügend gefestigt ist, daß es hier wohl häufiger als in anderen Welträumen zu militärischen Konflikten kommt. Aber die Sowjetunion hat ja schon vor einigen Jahren nach kollektiven Anstrengungen zur Festigung der asiatischen Sicherheit gerufen. Damals standen einige Mächte diesem Gedanken kalt gegenüber, China aber stemmte sich geradezu dagegen, um sich „die Hände frei zu halten". Jetzt erkennen wir, wie weitsichtig der Vorschlag der UdSSR war und wie gefährlich die Hand Pekings in Asien sein kann. Wäre es seinerzeit wie in Europa gelungen, ein Fundament der kollektiven Sicherheit in Asien zu legen, dann wäre dieser Kontinent und mit ihm die ganze Welt eventuell vor den jetzigen Komplikationen um Afghanistan und vor der militärischen Faust im Indischen Ozean und im Persischen Golf und vor den gefährlichen Spannungen in Indochina bewahrt geblieben.

Räumen wir ein, daß in den USA wie überhaupt im Westen durchaus aufrichtige Befürchtungen hinsichtlich der Sicherheit wichtiger Meereswege, darunter der Straße von Hormus, geäußert werden. Läßt sich aber diese Sicherheit mit einer „Kanonenbootdiplomatie" gewährleisten? Es gibt eine sehr viel zuverlässigere und wirksamere Art und Weise, die die Sowjetunion und ihre Verbündeten im Mai d. J. vorschlugen. Also noch lange vor den jetzigen Komplikationen im Persischen Golf. Die sozialistischen Länder boten ein Übereinkommen an, militärische Aktivitäten dort zu mindern und zu begrenzen, wo wichtige Meereswege verlaufen. Inzwischen ist es besonders klar, wie rechtzeitig und bedeutsam diese Vorschläge waren, einen wie guten Dienst sie dem Weltfrieden geleistet, vor welcher Unruhe sie uns höchstwahrscheinlich bewahrt hätten, wenn jene, denen sie galten, ihnen die nötige Beachtung geschenkt und sie ohne die gewöhnliche Voreingenommenheit aufgenommen hätten.

Räumen wir ein, daß jetzt beiderseits des Atlantik um die Höhe der Militärbewilligungen gestritten wird. Wie sich ergab, streikt sogar die recht zugkräftige bundesdeutsche Lokomotive, die offenbar den schweren militaristischen Zug nicht schleppen kann. Ihre Zugführer erklären nicht ohne Verärgerung als Antwort auf die Vorwürfe Washingtons, die BRD sei kein Huhn, das goldene Eier legt. Dabei hatte die Sowjetunion schon vor vielen Jahren in der UNO die Kürzung der Militärhaushalte vorgeschlagen, um bessere Möglichkeiten für den zivilen Wirtschaftssektor zu schaffen, um das Wettrüsten einzudämmen und das gegenseitige Vertrauen zu stärken, um den Entwicklungsländern mehr zu helfen. Aber man wollte auf den vernünftigen Appell nicht hören. Das Ergebnis: Klagen über die Lasten der Militärausgaben, über die Belastung der eierlegenden kapitalistischen Klucke... Das Tempo des Wettrüstens aber nimmt noch immer zu und gleichermaßen mindert sich die internationale Sicherheit.

Das Resümee? Es ist eindeutig: Durch die Unterschätzung und den Boykott von Initiativen, die der Welt die zuverlässigste Sicherheit geben und die Lasten der Militärausgaben erleichtern würden, verliert und verspielt unsere Welt viel. Verständlicherweise verliert dabei auch die Bevölkerung des Westens, obwohl ein Teil davon — ein sehr kleiner Teil — von der Kriegsvorbereitung profitiert. Die Militär-Industrie-Komplexe, die NATO-Generale und die politischen Falken sähen es gerne, wenn sie Handlungsfreiheit hätten, wenn niemand ihnen mit Friedensinitiativen zusetzte und die Öffentlichkeit warnte, die stets alle vernünftigen Vorschläge begrüßt. Doch die Sowjetunion wird dem Militär-Industrie-Komplex den Gefallen nicht tun. Sie wird weiter an die Türen pochen, selbst wenn die dahinter sich taub stellen.

Konstruktive Friedensinitiativen sind immer nützlich. Doch, wiederholen wir es, ihr Wert erhöht sich besonders dann, wenn es im zwischenstaatlichen Verkehr, bei der politischen Beilegung dieser oder jener Probleme, bei Abrüstungsverhandlungen zu „Verstopfungen" kommt. Dann können diese Initiativen zum Ariadnefaden werden.

Überall hört man heute düstere Einschätzungen der internationalen Lage, hört man wenig ermunternde Voraussagen. Skepsis, Nihilismus und Pessimismus aber sind politische Begleiterscheinungen der Passivität. Helfen können Initiativen und Taten zu ihrer Realisierung. ■

SOJUS T 3 WIRD ERPROBT



Während des Kopplungsmanövers von Sojus T 3 an den Komplex Salut 6—Progress 11 erschien auf der Informationstafel im Saal der Raumfahrtflugleitung die einmalige Ziffer: „28. November 1980. Salut 6, Umkreisung 18 232". 18 232 Weltumrundungen hat die Station hinter sich, die drei Jahre und zwei Monate auf der Umlaufbahn ist. Mehr als anderthalb Jahre davon bemannt. An Bord waren 16 sowjetische Kosmonauten und 6 Forschungskosmonauten sozialistischer Länder des Interkosmosprogramms. Inzwischen ist die 13. Mannschaft eingetroffen: Chefpilot Oberstleutnant Leonid Kisim, Bordingenieur, zweifacher Held der Sowjetunion, Kosmonaut der UdSSR Oleg Makarow und Forschungskosmonaut Gennadi Strekalow. Die neue Mannschaft war am 27. November mit dem Dreisitzer Sojus T 3 gestartet.

Chef Leonid Kisim ist zum ersten Mal im Raum und hat damit sein Lebensziel erreicht. Geboren wurde er im bitteren Kriegsaugust 1941 in Krasni Liman (Gebiet Donezk) und wollte schon als Siebenjähriger Flieger werden. Nachdem er 1958 die 10. Klasse beendet hatte, wollte er eine Luftfahrtschule beziehen. Er wurde wegen seiner kleinen Statur und unzureichendem Gewicht nicht angenommen, gab aber nicht auf und schaffte es ein Jahr später: Er wurde Lehrgangsteilnehmer an der Luftwaffenhochschule Tschernigow.

Seine Kameraden in der Luftwaffe hoben seine Fähigkeit hervor, mit der komplizierten Technik umzugehen, sowie seine Beharrlichkeit und Disziplin. So bot man ihm bereits nach zwei Dienstjahren an, die Auswahlkommission für Kosmonauten zu durchlaufen. Das war 1965. Danach vergingen 15 Jahre harter Arbeit. In dieser Zeit absolvierte Kisim die Luftwaffenakademie „Juri Gagarin", wurde Testflieger und machte sich mit verschiedenen Flugzeugtypen vertraut. Seine Gesamtflugzeit beträgt 1600 Stunden. Er wurde auch in verschiedenen Raumfahrtprogrammen ausgebildet und war Ersatzmann, bis endlich seine „Sternenstunde" anbrach.

Bordingenieur Oleg Makarow kann schon als Kosmosprofi gelten. Er macht seinen dritten Orbitalflug mit. Geboren wurde er im Januar 1933 im Dorf Udomlja (Gebiet Kalinin). 1957 beendete er die Moskauer TH „Bauman" und arbeitet seither in dem lange Zeit von Sergej Koroljow geleiteten Konstruktionsbüro. Er war am Bau von Raumschiffen und Orbitalstationen beteiligt. Koroljow war der Ansicht, Raumschiffe sollten nicht nur von Fliegerkosmonauten, sondern unbedingt auch von Ingenieuren getestet werden, die die Raumfahrttechnik sozusagen aus dem ff beherrschen. Diese Zeit ist gekommen, Bordingenieure sind heute gleichberechtigte Besatzungsmitglieder von Raumschiffen und Stationen.

Seinen ersten Raumflug unternahm Makarow zusammen mit Wassili Lasarew im September 1973 mit Sojus 12. Sie testeten verbesserte Systeme des Raumschiffs. Makarows zweiter Flug vollzog sich im Rahmen des Salut-Programms. Im Januar 1978 koppelten er und Wladimir Dshanibekow ihr Sojus 27 an Salut 6 an, wo bereits die erste Stammbesatzung — Juri Romanenko und Georgi Gretschko — arbeiteten. Zum erstenmal wurde damit ein Dreierkomplex aus Orbitalstation und zwei bemannten Raumschiffen gebildet. Der Flug der beiden war die erste Probe einer Besuchsmannschaft. Was sie erprobt hatte, wurde von allen folgenden ähnlichen Besatzungen nachvollzogen. Nun also arbeitet Makarow wieder in Salut 6 und ist wieder bei einem Testflug dabei.

Für den Forschungskosmonauten Gennadi Strekalow ist es der erste Raumflug. Er wurde im Oktober 40 Jahre alt, seine Geburtsstadt ist Mytistschi bei Moskau. Nach Schulabschluß arbeitete er zwei Jahre in einem Betrieb und erlernte den sehr alten und ziemlich seltenen Beruf eines Kupferstechers. Dann bezog er die Moskauer TH „Bauman" und war nach deren Abschluß wie Makarow im Konstruktionsbüro Koroljow beschäftigt, wo er ebenfalls an der Entwicklung neuer Raumschiffe Anteil hatte. Er hat den Ruf eines guten Ingenieurs und Konstrukteurs und besitzt Patente auf Erfindungen. Auf der Erde war er an der Fernsteuerung der Raumschiffe Sojus und der Salut-Stationen beteiligt.

Wie Makarow träumte auch Strekalow davon, die Technik unmittelbar während eines Raumflugs zu testen. Er fühlte sich als wahrer Glückspilz, als man ihn 1973 in die Kosmonautenriege aufnahm! Dort machte er einen Lehrgang für Flugausbildung durch. 1976 gehörte er zur Ersatzmannschaft von Sojus 22, seit Oktober 1978 bereitete er sich als Bordingenieur einer Besuchsmannschaft auf den Flug vor.

Kisim, Makarow und Strekalow waren äußerst aktiv an der Projektierung und dem Bau von Sojus T beteiligt. Nun wurde ihnen der Flugtest der neuen Technik anvertraut.

Die verbesserten Transportschiffe Sojus T haben sich bereits unter den realen Raumflugbedingungen bewährt. Im Dezember 1979 koppelte ein unbemanntes Sojus T an die Orbitalstation Salut 6 an. In einem Hunderttageflug wurde das Erprobungsprogramm des neuen Raumschiffs abgewickelt. Im Juni 1980 erprobte im ersten bemannten Flug die Besatzung Juri Malyschew und Wladimir Aksjonow Sojus T 2.

Zweck des Sojus-T-3-Starts ist die weitere Erprobung der Bordsysteme und der Dreimannvariante des Raumschiffs unter den verschiedenen Bedingungen des autonomen Flugs und während der gemeinsamen Funktion mit dem Orbitalkomplex Salut 6—Progress 11.

Die erste Testphase — Start, Einschwenken auf die Umlaufbahn, Umlaufflug, Annäherung und Kopplung — hat Sojus T 3 ausgezeichnet hinter sich gebracht. Nachdem die Kosmonauten an Bord der Station waren, begann die folgende Phase, die weitere Erprobung des Dreimanntransportschiffs Sojus T 3 nun schon als Teil des Forschungskomplexes. Die Besatzung hat an Bord der Station ferner eine eingehende Überprüfung der Bordsysteme von Salut 6 und die nötigen Reparatur- und Prophylaxearbeiten vorzunehmen. Sehr angespannt ist auch das Test- und Experimentalprogramm.

Seit Montag, dem 1. Dezember, herrscht an Bord von Salut 6 „normales" Leben. Der Starttag, die Begegnung mit der Schwerelosigkeit, das Koppeln und der Übergang in die Station, das alles bringt Aufregung mit sich und erfordert von den Kosmonauten ungeheure Anspannung. Deshalb hat das Flugleitzentrum sie in den ersten Tagen nicht besonders mit Arbeit belastet. In den vergangenen Tagen lebte sich die Besatzung in ihrem kosmischen Haus ein, gewöhnte sich an die Schwerelosigkeit, machte Geräte und Ausrüstungen funktionstüchtig. Parallel erfüllten die Kosmonauten auch andere Aufgaben. So unternahmen sie die ersten biologischen Experimente an der Anlage „Swetoblock", setzten die technologischen Öfen „Splaw" und „Kristall" in Gang und untersuchten den Einfluß der kosmischen Umwelt auf die Oberfläche der Illuminatoren.

G. RJABOW

ERGIEBIGE FREUNDSCHAFT

Von unserem ständigen Berichterstatter Sergej IRODOW

Denkt man an Indien, so stellt man sich unbedingt seine berühmten historischen Baudenkmäler vor. In den etwas mehr als 30 Jahren der unabhängigen Entwicklung haben sich aber Industriebetriebe und Bohrtürme, Hochöfen und Hochspannungsmaste, moderne Bewässerungsanlagen und Neubauviertel ebenso organisch in die Landschaft eingefügt. „Weiße Flecke" auf der ökonomischen Karte Indiens sind nur noch in schwer zugänglichen gebirgigen Teilen des Landes und in der Thar-Wüste (Radschastan) zu finden. Eine solche Karte, die ich im Industrieministerium sah, übersät mit Zeichen für Kraftwerke, Gruben, Hüttenwerke, Textil-, Maschinenfabriken, petrolchemische und elektrotechnische Betriebe, veranschaulicht gut die Aufwärtsentwicklung Indiens.

Staatsmänner und Politiker, mit denen ich mich unterhalten konnte, betonen, daß die spürbaren sozialökonomischen Erfolge des Landes unlösbar mit der Zusammenarbeit zwischen Indien und der UdSSR in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Handel, mit der ständigen uneigennützigen Unterstützung des ersten sozialistischen Staates der Welt verbunden sind.

Die immer engere Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, die unterschiedlichen sozialen Systemen angehören, ist bemerkenswert und gesetzmäßig. Darin widerspiegeln sich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die von Lenin formuliert wurden und die Basis der sowjetischen Außenpolitik bilden. Zu den Begründern der sowjetisch-indischen Freundschaft stand der hervorragende Staatsmann Jawaharlal Nehru, der erste Ministerpräsident des unabhängigen Indien.

Von Bhilai bis zum Kosmos

Lange bevor am 15. August 1947 die Fahne des unabhängigen Indien über dem alten Roten Fort gehißt wurde, war Nehru klar, daß das Land eine Industriebasis brauchte, fähig, die wirtschaftliche Abhängigkeit von den entwickelten kapitalistischen Ländern zu vermindern und mit der Zeit abzuschaffen. Die junge Republik hatte nicht genügend Kräfte, diese Aufgabe selbständig zu bewältigen. Deshalb nahm sie Hilfe von außen an, selbstverständlich wenn diese der Grundlage der indischen Außenpolitik — den Prinzipien der Paktfreiheit — nicht widersprach. Einen solchen Partner fand Indien an der UdSSR. Die umfassenden Wirtschaftsbeziehungen wurden 1955 durch ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit beim Bau des Hüttenwerks Bhilai eingeleitet.

Im Februar d. J. beging Indien das 25jährige Jubiläum dieses Abkommens. Ministerpräsidentin Indira Gandhi sagte in diesem Zusammenhang: „Die indisch-sowjetische wirtschaftliche Zusammenarbeit... umfaßt breite Bereiche des industriellen und wirtschaftlichen Lebens Indiens. Die mehr als 70 gemeinsamen Objekte zeugen beredt von der Zusammenarbeit unserer beiden Länder. Ganz besonders schätzen wir die sowjetische Unterstützung bei den Anstrengungen Indiens, eine entwickelte industrielle Infrastruktur zu schaffen."

Mit sowjetischem Beistand wurden die gigantischen Hüttenwerke in Bhilai und Bokaro errichtet und werden erweitert, wurden eine Aluminiumfabrik in Korba, ein Werk für schwere Elektroausrüstungen in Hardwar, die Maschinenfabriken in Ranchi und Durgapur und die Medikamentenfabrik in Rishikesh gebaut. Sowjetische Fachkräfte halfen, in Indien rund 40 Erdöl- und Erdgasvorkommen zu entdecken. Dank den Erdölraffinerien in Barauni und Koyali konnte der indische Import an fertigen Ölprodukten beträchtlich eingeschränkt werden. Die Gesamtleistung der mit sowjetischer Hilfe gebauten Kraftwerke erreicht 4 Mio kW.

Die sowjetisch-indische Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf den Weltraum. Sowjetische Trägerraketen beförderten zwei indische künstliche Erdsatelliten — „Aryabhatta" und „Bhaskara" — auf die Bahn. Ein sowjetisch-indischer Raumflug steht bevor.

Die mit technischem Beistand der UdSSR gebauten Unternehmen versorgten über 160 000 Inder mit Arbeit. Mehr als 110 000 von ihnen wurden von sowjetischen Fachkräften ausgebildet. Ein Merkmal der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Indien und der UdSSR ist es, daß sie die Schlüsselindustrien, die den technischen Fortschritt bestimmen, betrifft und dem Zweck dient, ganze Industriekomplexe zu schaffen.

Im Werk in Bokaro, einem der größten Objekte der Zusammenarbeit, wird gegenwärtig der Bau des Hochofens Nr. 4 abgeschlossen.

K. K. Chopra, Leiter des Bereichs Technik, sagte mir: „Seine Inbetriebnahme ist ein wichtiges Stadium bei der Steigerung der Produktionskapazität des Werks auf 4 Mio t Stahl im Jahr."

Gleich vielen indischen Fachkräften wurde K. K. Chopra in sowjetischen Betrieben ausgebildet, dann war er über 10 Jahre in Bhilai tätig.

„Alle Kollegen in Bokaro sind den Sowjetbürgern sehr dankbar", meinte er. „Die sowjetischen Kollegen übermitteln uns gern ihre Erfahrungen und Kenntnisse und zeigen sich an den Erfolgen des Werks ebenso interessiert wie wir. Bei uns im Werk herrschen eine wahre Freundschaft, gegenseitiges Vertrauen und eine sachliche Zusammenarbeit der Stahlwerker."

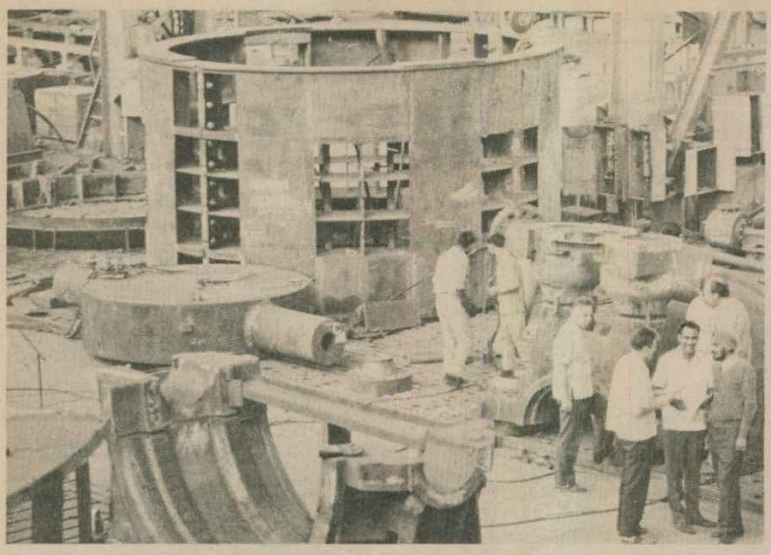
Der ständige Ausstellungssaal der sowjetischen Handelsvertretung in Delhi befindet sich in der Ring Road, einer der belebtesten Straßen der indischen Hauptstadt. Er wurde erst vor einigen Monaten eröffnet, ist aber schon sehr populär. Interessiert betrachten die Einwohner von Delhi die Muster von Erzeugnissen, die die sowjetischen Außenhandelsorganisationen anbieten. Die UdSSR ist Indiens größter Handelspartner.

Vor kurzem erschien in Delhi die Monographie „Wirtschaftlicher Aspekt des sowjetisch-indischen Handels". Die Autoren heben hervor, daß die UdSSR ein absolut zuverlässiger Partner ist. Durch ständige Erweiterung des Imports aus Indien habe sie die Abhängigkeit Indiens von den traditionellen Absatzmärkten vermindert und ihm zu stabileren Preisen für seine wichtigsten Exportartikel verholfen. Mit Rücksicht auf den Bedarf des sich entwickelnden Indien liefert die UdSSR ihm Industrierohstoffe und moderne Ausrüstungen. Verrechnet wird nicht in frei konvertierbarer Währung, sondern in indischen Rupien, so daß Indien dabei Gold und Währung einsparen kann.

In den letzten 20 Jahren ist der Handelsumsatz zwischen beiden Ländern auf das 20fache gestiegen. Im November 1979 wurde ein Protokoll unterzeichnet, dem zufolge die zusammen mit der UdSSR gebauten Schwermaschinenwerke in Ranchi und Durgapur der UdSSR Industrieausrüstungen liefern sollen.

Für den Weltfrieden

Jawaharlal Nehru sagte 1955: „Indien und die UdSSR sind Nachbarn, deshalb müssen zwischen ihnen na-



Sowjetische und indische Fachkräfte im Werk für schwere Elektroausrüstungen, Hardwar

Foto: TASS

türlich zum gegenseitigen Nutzen unserer beiden Länder und Völker gute Nachbarschaft und Freundschaft bestehen. Meiner Ansicht nach ist diese Freundschaft auch für die Lösung der wichtigen Probleme der Menschheit, besonders des wichtigsten davon, den Weltfrieden aufrechtzuerhalten, günstig." Wie in den sowjetisch-indischen Dokumenten wiederholt festgestellt wurde, vertreten die UdSSR und Indien nahe bzw. übereinstimmende Standpunkte zu den Grundproblemen der Gegenwart. Beide Länder treten gemeinsam für das Eindämmen des Wettrüstens, für die größeren Anstrengungen zur Vertiefung der Entspannung und für ihre Ausdehnung auf alle Teile der Welt ein. Indiens Kurs auf Nichtpaktgebundenheit hat ihm ein hohes internationales Ansehen gebracht. Aber nicht allen paßt seine unabhängige, selbständige Außenpolitik. Die imperialistischen USA-Kreise und die Pekinger Hegemonisten sind z. B. außer sich über die vernünftige, realistische Haltung Delhis zu den Ereignissen um Afghanistan und darüber, daß Indien offiziell die VR Kampuchea und die Regierung Heng Samrin anerkannt hat. Um die Regierung Indira Gandhis umzuorientieren, mischen sie sich sogar direkt in die inneren Angelegenheiten Indiens ein, u. a. durch Ermunterung und Unterstützung der Separatisten in seinem Nordosten.

N. K. Krishnan, Sekretär des Landesrates der Kommunistischen Partei Indiens, sagte mir: „Unser Land ist ernstlich darüber besorgt, daß die militärische USA-Präsenz im Indischen Ozean erweitert wird. Natürlich beunruhigt es uns, daß die Insel Diego Garcia zu einem Aggressionszentrum des USA-Imperialismus ausgebaut wird, daß dieser nach neuen Stützpunkten auf dem Kontinent giert, daß Pakistan neueste amerikanische und chinesische Waffen geliefert werden. Unter diesen Umständen nimmt die Bedeutung der indisch-sowjetischen Beziehungen als wichtiger Faktor des Friedens und der Sicherheit in Asien noch mehr zu."

Die sowjetisch-indischen Beziehungen, die sich unablässig auf der Basis des 1971 geschlossenen Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit entwickeln, haben vielseitigen und beständigen Charakter angenommen. Während seines Indienbesuchs 1973 sagte Leonid Breshnew: „Die Entwicklung unserer Freundschaft ähnelt der Besteigung eines Gipfels: Je höher wir gelangen, desto weitere Horizonte eröffnen sich vor uns. Und man möchte sich immer höher erheben, damit sich immer neue, lockende Perspektiven eröffnen."

Heute, kurz vor einem neuen sowjetisch-indischen Gipfeltreffen, empfinden die Öffentlichkeit und das Volk Indiens Begeisterung, denn ebenso wie das Sowjetvolk sind sie überzeugt: Dieser Besuch wird die enge Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern noch mehr festigen und den Frieden in Asien und der ganzen Welt konsolidieren.

Delhi, im Dezember

SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA

Am 29. November 1978 wurde auf UNO-Beschluß erstmalig ein Internationaler Tag der Solidarität mit dem arabischen Volk von Palästina durchgeführt. Schon allein diese Tatsache zeigt die Ausmaße der internationalen Unterstützung für die palästinensischen Patrioten, die mutig für ihre unveräußerlichen nationalen Rechte kämpfen.

In diesem Jahr wurde der Solidaritätstag unter schwierigen Verhältnissen begangen. Mit der Rückendeckung durch die USA verhärtete der Aggressor seine Überfälle auf die Flüchtlingslager in Libanon und annektierte den Ostteil von Jerusalem. In den okkupierten Gebieten wurden Protestdemonstrationen gegen die Willkür der israelischen Behörden blutig niedergehalten.

In den arabischen und anderen Ländern, wo die aus ihrem Land vertriebenen Palästinenser Zuflucht gefunden haben, wurden überall Kundgebungen und Versammlungen abgehalten. Veranstaltungen zum Solidaritätstag fanden in Addis Abeba, Kabul, Nikosia, Wien und anderen Hauptstädten statt.

In der UdSSR, die bekanntlich das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Schaffung eines eigenen Staates energisch unterstützt, wurde der 29. November mit großangelegten Maßnahmen gekennzeichnet. Diese prinzipielle Position wurde erneut in einem Grußschreiben Breshnews an den Vorsitzenden des PLO-Exekutivkomitees Yasser Arafat bekräftigt. Darin heißt es u. a.: „Wir werden auch künftig auf seiten der Palästinenser und der anderen arabischen Völker stehen, die gegen die israelische Aggression und die Umtriebe des Imperialismus, für die Durchkreuzung der antiarabischen Politik der Separatabmachungen und für eine allumfassende Nahostregelung kämpfen." Auch das Sowjetische Friedenskomitee, der Sowjetische Solidaritätsausschuß der Länder Asiens und Afrikas und das Komitee der Freundschaft und Solidarität mit dem arabischen Volk von Palästina haben Grußbotschaften an das PLO-Exekutivkomitee gerichtet.

In der UdSSR weilte eine Delegation der Gesellschaft für Palästinensisch-Sowjetische Freundschaft, geleitet vom Präsidenten der Gesellschaft Abbas. Auf einer Versammlung der Öffentlichkeit Moskaus würdigten Abbas und der Leiter der PLO-Vertretung in der UdSSR Al-Shaer die Position der UdSSR zur palästinensischen Frage und betonten, daß die Unterstützung, die die Sowjetbürger der gerechten Sache des arabischen Volkes von Palästina erweisen, beredt von ihrer Treue zum leninistischen Internationalismus, zu den humanen Idealen der sozialistischen Oktoberrevolution zeugt.

D. SGERSKI

BLUT UND ERDÖL

Pawel MESENZEW

Der irakisch-iranische Krieg dauert nun schon mehr als zwei Monate. Viele Auslandskommentatoren bezeichnen ihn als bewaffneten Konflikt und glauben, der richtige Krieg stehe noch bevor. Dabei kalkulieren sie die potentiellen Möglichkeiten jeder Seite, einen Verzögerungskrieg zu führen.

Eine solche Beurteilung dieser dramatischen Vorgänge muß man als vorsätzlich, wenn nicht sogar provokatorisch ansehen. Sie ist auf die Anheizung der Kampfhandlungen berechnet, die die Menschen und Wirtschaftsreserven der kämpfenden Seiten auszehren müssen. Wenn die westliche bürgerliche Presse Beunruhigung erkennen läßt, dann nicht in erster Linie, weil hier Blut vergossen wird, sondern weil man befürchtet, der Krieg zwischen Irak und Iran könne „zu einem Mangel an Petrolerzeugnissen und zu ihrer Verteuerung führen". Man könnte Beispiele dafür aus der Westpresse ohne Ende anführen: Erdöl, Erdöl, Erdöl — das steht im Vordergrund. Die „Washington Post" schrieb am 27. November: „Iran beantwortete die Wiederaufnahme der Lieferungen von irakischem Erdöl ans Ausland mit seinen Bombern, die massierte Angriffe auf ein Zentrum der Erdölindustrie im Norden Iraks — Kirkuk — unternahmen". Oder: „Meldungen aus verschiedenen Quellen besagen", schreibt die britische „Times", „Irak stoße auf zunehmende Schwierigkeiten bei seinen Versuchen, die Kontrolle über die Schlüsselstädte im erdölreichen Khuzestan zu erlangen". Usw., usf.

Die Erde dreht sich also ums Erdöl... Inzwischen aber steigt in den alten Staaten Iran und Irak, in denen ohnedies überflüssig viel Schweiß und Blut vergossen wurde, Tag für Tag die Zahl der Opfer. Die irakische Presse gab am 26. November an, Iran habe in den Räumen der Kampfhandlungen der Armee 5693 Tote zu verzeichnen gehabt (Angaben über die Gesamtopfer Iraks fehlen).

Ende November wurden in Bagdad und Teheran Listen über die Verluste der Seiten an Militärtechnik seit Aufnahme der ausgreifenden Kampfhandlungen, d. h. seit dem 22. September, veröffentlicht. Unter Berufung auf ein Kommuniqué des irakischen Oberkommandos meldete das Bagdader Wochenblatt „Alif Ba", in den zwei Monaten der Kämpfe seien 397 iranische Flugzeuge und 65 Hubschrauber, 693 Panzer, 138 Panzerfahrzeuge, 149 Geschütze, 60 Raketenstartplätze und 24 große und mittlere Schiffe vernichtet worden. Die irakischen Streitkräfte haben, nach Angaben der Teheraner „Ettela'at", seit Kriegsbeginn bis zum 19. November 189 Flugzeuge und 15 Hubschrauber, 2297 Panzer und Panzerfahrzeuge, 47 Raketenstartplätze, 525 Geschütze sowie 16 Raketen- und Torpedoboote verloren.

Ausländische Beobachter ziehen diese Zahlen in Zweifel. Nehmen wir an, sie seien tatsächlich überhöht. Doch wie auch immer, einen Krieg ohne Menschenopfer gibt es nicht.

Nach der kurzen, relativen Stille in der letzten Novemberdekade, die durch die starken Regenfälle erzwungen wurde, sind die Kämpfe in den ersten Dezembertagen mit neuer Kraft ausgebrochen. Besonders heftig entwickeln sie sich am Südabschnitt der Front, im Raum der iranischen Städte Abadan, Ahwas, Khurramshahr und Susangird. Verstärkte Aktivität zeigt die Kriegsmarine beider Seiten im nördlichen Abschnitt des Persischen Golfs. Nach Meldungen aus Teheran vom 30. November hat Iran in den vorausgegangenen 72 Stunden mehr als 10 Schiffe des Gegners versenkt.

Der irakisch-iranische Krieg löst allgemeine Beunruhigung aus, weil er eine Bedrohung des Weltfriedens in sich birgt und bereits regionale Instabilität gezeitigt hat. Er war einer der Gründe für die verstärkten Differenzen unter den arabischen Ländern. Er bot in nicht geringem Maße den Anlaß für Syrien, Algerien, Libyen, die VDRJ, Libanon und die PLO, nicht an dem Ende November abgehaltenen Gipfeltreffen der arabischen Staaten in der jordanischen Hauptstadt Amman teilzunehmen. Denn unter den Arabern gibt es keinen einheitlichen Standpunkt zur Bewertung der Ursachen des bewaffneten Konflikts. Manche vertreten die Ansicht, kein arabischer Staat dürfe die nichtarabische Seite im Konflikt mit einem arabischen Land unterstützen. Andere meinen, die Hauptsache sei, daß dieser Krieg, unabhängig davon, wer den ersten Schuß tat, den USA, Israel und Sadat-Ägypten zupaß kommt, weil er die Aufmerksamkeit von der grundsätzlichen Frage, dem Kampf der arabischen Staaten gegen die israelische Aggression, für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten ablenke. Man braucht wohl kaum zu sagen, welcher dieser zwei Standpunkte zur Fortsetzung des Krieges, zur Spaltung der arabischen Länder angesichts der israelischen Expansion und des Kapitulantenkurses von Camp David führt. Eine Antwort auf diese Frage läßt sich übrigens selbst in der US-Presse finden, in der nicht ohne Genugtuung konstatiert wird, der Krieg im Persischen Golf habe den Druck der Araber auf Sadat hinsichtlich der Beziehungen zu Israel und des Palästinenserproblems gemindert und ihm die friedliche Regelung mit Israel vereinfacht...

Von aufrichtiger Besorgnis um den Frieden sind die dringenden Aufrufe der Friedenskräfte an die kriegführenden Seiten diktiert, das Blutvergießen einzustellen und sich zur Lösung der strittigen Fragen an den Verhandlungstisch zu setzen.

Der Sonderbeauftragte des UNO-Generalsekretärs, Olof Palme, ehemaliger Ministerpräsident Schwedens, der zur Beilegung des Konflikts beitragen sollte, kehrte Ende November von einer Reise nach Teheran und Bagdad zurück, wo er mit dem jeweiligen Landespräsidenten zusammengetroffen war. Auf einer Pressekonferenz in New York teilte er mit, beide Seiten stimmten zumindest darin überein, daß eine Fortsetzung der Kampfhandlungen das Risiko einer Ausweitung des Konflikts birgt. Eine ähnliche Vermittlermission namens der Nichtpaktgebundenen verfolgt der kubanische Außenminister Malmierca. Vermittlerinitiativen zur Beendigung des Krieges haben auch einige blockfreie Länder selbständig ergriffen. Algerien beispielsweise wandte sich an Irak und Iran, unverzüglich das Feuer einzustellen und ihre Truppen auf die Ausgangspositionen gemäß dem iranisch-irakischen Vertrag von 1975 zurückzuziehen, bei dessen Abschluß Algerien keine geringe Rolle gespielt hatte (er wurde in Algier unterzeichnet). Auch offizielle indische Repräsentanten weilten in Bagdad und Teheran.

Die Initiativen der Friedenskräfte spiegeln ihre Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Gewährleistung der internationalen Sicherheit. Das wiederum sollte jenen als Warnung dienen, die sich ihre Hände an dem im Persischen Golf entflammten Feuer wärmen, die ihre Flotte an die dortigen Küsten entsenden und damit die Spannungen nur noch vermehren.

Die Haltung der Sowjetunion zum iranisch-irakischen Krieg wurde von sowjetischen Staatsmännern mehrfach klargelegt. Erinnern wir an die Worte Leonid Breshnews: „Wir haben nicht vor, uns in den Konflikt zwischen Iran und Irak einzumischen. Wir sind für seine baldige politische Beilegung durch die Anstrengungen beider Seiten", denn weder Irak noch Iran können aus dem Blutvergießen etwas gewinnen. ■

OHNE RECHT AUF ARBEIT

Wladimir LAWRENOW

Vor kurzem noch stritten die EG-Führer darüber, welches das kleinere Übel sei, Arbeitslosigkeit oder Inflation. Das Jahr 1980 zeigt die Sinnlosigkeit dieses Streites: Die Arbeitslosigkeit hat erneut die für die herrschenden Kreise der EG-Länder ebenso sozial gefährlichen Ausmaße angenommen wie die rasche Teuerung.

Kann jedem passieren

Vor kurzem brachte die französische Wochenschrift „Nouvel Observateur" einen Beitrag unter dem sprechenden Titel „Nichts mehr zu essen". Darin wurde von der Notlage mehrerer Familien in Bordeaux erzählt. Unter diesen Familien waren die Gatten Olivier:

„Sie sind alle beide um die 50. Sie ist eine gute Hausfrau, er ein ehemaliger guter Arbeiter. Seit einem Vierteljahrhundert arbeitete er in ein und derselben Papierfabrik, bis sie pleite ging. Er hätte eine Arbeitsmedaille bekommen können, fand sich aber auf der Straße. Das war vor dreieinhalb Jahren. Seitdem hat er keine Arbeit mehr. Zu alt: ‚Wir werden Ihnen schreiben', hörte er unzählige Male. Herr Olivier sagt: ‚Glauben Sie nicht, daß man verrückt werden kann, wenn man ständig diese Worte hört, nachdem man sein Leben lang geschuftet hat?' "

Was Herrn Olivier zugestoßen ist, kann jedem passieren. Wie die gleiche Wochenschrift mitteilt, rettete die katholische Wohltätigkeitsorganisation von Bordeaux im vorigen Jahr zehn Personen im Monat „aus der Not". Heute muß sie etwa 100 Personen helfen. In ganz Frankreich stößt diese Organisation auf ein „dermaßen starkes Anwachsen des Elends", daß sich ihre Leiter besorgt an die Regierung wandten.

Frankreich, wo die Zahl der ständig Arbeitslosen in den letzten sechs Jahren von 500 000 auf 1,5 Millionen gestiegen ist, bildet in der EG keine Ausnahme. In Großbritannien beträgt die Arbeitslosenzahl erstmalig seit 1936 mehr als 2 Millionen, wobei sie allein im letzten Jahr um 37% stieg. Auch die „Lokomotive" des Gemeinsamen Marktes, wie die BRD manchmal genannt wird, rutscht. Im Oktober belief sich die Zahl der Beschäftigungslosen dort auf 888 000 (3,8% der Arbeitskräfte). Den Rekord schlug das kleine Belgien, wo die Arbeitslosenzahl im Verhältnis zur Bevölkerung viel höher ist als in jedem anderen EG-Land: Im Oktober waren es 350 000 Personen (8,5% der Arbeitskräfte).

„Aufbauendes" aus Brüssel

Die chronische Massenarbeitslosigkeit in der EG hat heute beispiellose Ausmaße in der ganzen Nachkriegszeit angenommen. Was steht den Mitgliedländern in den kommenden Jahren bevor? Laut Schätzungen von EG-Experten kann sich die Arbeitslosenzahl bis 1985 verdoppeln und 11—15 Millionen (bei 110 Millionen Arbeitsfähigen) erreichen. Gerade die soziale Gefährlichkeit dieser Tendenz veranlaßte die EG-Führung dazu, sich in Venedig im Juni d. J. vor allem mit den Problemen der Beschäftigung zu befassen. Sie beauftragten die EG-Kommission damit, der Konferenz, die turnusmäßig am 1. und 2. Dezember in Luxemburg auf höchster Ebene abgehalten wurde, einen Bericht über die Ursachen und Ausmaße der Krise auf dem Arbeitsmarkt in den 80er Jahren vorzulegen.

Pressemeldungen zufolge lautet die Hauptthese des Berichts: „Das Phänomen der Arbeitslosigkeit wird ... von relativ kurzer Dauer sein", ihr Niveau von 1985 werde später sinken. Nach Ansicht der EG-Kommission erkläre sich dieses zyklische Auf und Ab der Arbeitslosigkeit mit demographischen Faktoren. Der heutige Überschuß auf den Arbeitsmärkten sei auf die überhöhten Geburtenziffern der 60er Jahre zurückzuführen.

Selbst das Organ der Londoner City, die „Financial Times", gibt zu: „Die Leute, die in Europa in den immer längeren Schlangen nach dem Arbeitslosengeld anstehen, werden sich kaum darauf freuen, was sie in entfernter Zukunft erwartet." Besonders wenig Grund zur Freude haben die Jugendlichen und Frauen. Junge Leute im Alter bis zu 25 Jahren machen bald 40% aller Arbeitslosen aus, wobei die Frauen darunter in den meisten EG-Ländern eine doppelt so hohe Zahl bilden wie die Männer.

Im Bericht der EG-Kommission heißt es ferner: Um der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten, müsse man ein entsprechendes wirtschaftliches Wachstumstempo sichern. Aber nach Meinung von Ökonomen ist das von der EG-Kommission vorgeschlagene Wachstumstempo offensichtlich unrealistisch, wenn man die Beschäftigung auch nur unvermindert erhalten will. Um die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der EG bis 1985 auf 3 Millionen zu senken, braucht es einen jährlichen Zuwachs des Bruttosozialproduktes von mindest 7%. Damit die heutige Arbeitslosigkeit (mehr als 7 Millionen Personen) nicht steigt, muß das Bruttosozialprodukt eine Wachstumsrate von mindestens 4,5% haben. Dem ist die EG nicht gewachsen. Die Wachstumsraten beliefen sich dort 1979 auf nur 3%, in diesem Jahr werden sie schätzungsweise auf 2% sinken.

Nach diesen Angaben zu urteilen, dachten die Autoren des Berichts der EG-Kommission nicht so sehr daran, die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit zu ergründen, wie vielmehr daran, die Werktätigen der EG-Länder mit den rosigen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt einmal in der Zukunft zu trösten. War-



Saint-Etienne. Solidaritätskundgebung für die Arbeiter von „Manufrance"

Aus: „Humanité" (Paris)

um verbreiten sie solche Illusionen? Sehr einfach: Die Wirtschaftspolitik der westeuropäischen Integrationsverfechter dient am wenigsten der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit.

Schon seit Jahren werden in der EG „unrentable Betriebe" reorganisiert und modernisiert. Hunderte Industriebetriebe werden geschlossen, Zehntausende Arbeiter entlassen. Am meisten betroffen sind die traditionellen Zweige der westeuropäischen Industrie: das Hüttenwesen, der Schiffbau, die Textil-, die Konfektions- und die Schuhindustrie (insgesamt 40% der Arbeitskräfte). In der Textilindustrie Frankreichs allein wurden in den letzten sechs Jahren 130 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Laut Angaben der EG-Kommission werden im Automobilbau der EG-Länder in den nächsten 10 Jahren 100 000 Arbeitsplätze und im Schiffbau die Hälfte aller Arbeitsplätze liquidiert.

Die Arbeitslosigkeit wird auch durch Kapitalverlegungen gesteigert: Die Unternehmer bauen ihre Investitionen im eigenen Land ab und verlegen sie in die Länder mit höheren Profitraten. Die Investitionen in der französischen Textilindustrie z. B. gingen in den letzten 10 Jahren um 50% zurück. Die Gesellschaft Rhône-Poulenc aber, die die für den Zweig notwendigen Chemiefasern produziert, zieht es vor, jährlich je 200 Mio Franc in Brasilien, Südkorea und anderen Ländern mit „billigen" Arbeitskräften zu investieren. Diese Big-Business-Politik der EG-Länder führt dazu, daß sich die Profite der Kapitalisten „verdoppeln, während sich die Arbeitslosigkeit verdreifacht" („Humanité").

Stärke der Solidarität

Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der westeuropäischen Integrationsanhänger, die in Worten nichts so sehr als die Erhöhung der Beschäftigung anstreben, in Wahrheit aber die Beschäftigungslosigkeit steigern, stößt auf immer größere Unzufriedenheit der werktätigen Massen. Sie verlangen von den Regierungen der EG-Länder, das Wirtschaftswachstum zu fördern, insbesondere durch Kürzung der Militärbudgets, reale Gewährleistung des Rechts auf Arbeit und finanzielle Stützung am Rande des Bankrotts stehender Betriebe. Der Kampf der Werktätigen gegen die Arbeitslosigkeit nimmt verschiedene Formen an: Solidaritätsstreiks, Massenmanifestationen, manchmal auch Besetzung von Betrieben.

Symbol dieser Bewegung in Frankreich ist jetzt der Kampf gegen die Schließung des im In- und Ausland bekannten metallverarbeitenden Betriebes „Manufrance" in Saint-Etienne. Die Unternehmer schlossen den Betrieb als unrentabel, obwohl er ausreichende Aufträge hatte. Die Arbeiter besetzten den Betrieb, um seine Schließung nicht zuzulassen. Das ganze werktätige Frankreich unterstützte diese Forderung: Vor kurzem fand in Saint-Etienne eine Solidaritätskundgebung vieler Tausende statt, auf der die Werktätigen von der Regierung entschlossene Schritte gegen die Willkür der Unternehmer verlangten. Die Solidarität der Werktätigen bringt ihre Früchte: Mit Unterstützung der Klassenbrüder zwangen die Arbeiter der Betriebe „Tesa", „SNECMA" und „Air-Azur" die Unternehmer, die Produktion wiederaufzunehmen.

Gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung, das die Beschäftigung nicht erhöht, protestierten zwei führende Gewerkschaftszentralen Belgiens auf der in Brüssel vor kurzem abgehaltenen Landeskonferenz über Arbeitsfragen. Die Gewerkschaften fordern von der Regierung u. a. den Verzicht auf die geplante Steuererhöhung, die die Kaufkraft der Bevölkerung senken, die Industrieproduktion hinabdrücken und die Sozialausgaben beschneiden wird.

In den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schalten sich aktiv Wissenschaftler und Lehrer der BRD ein. Im Jahre 1981 planen sie Maßnahmen zum Schutz ihrer Forderungen, u. a. eine Protestdemonstration gegen die Einschränkung der Zahl der Lehrer.

Einige Industriegewerkschaften, die die Arbeiter und Angestellten mehrerer EG-Länder vereinigen, rufen gleichzeitige Streiks aus. Anfang Dezember soll ein Streik von rund 3 Millionen Arbeitern und Angestellten der Textilindustrie stattfinden.

Die Ausmaße dieser Aktionen, die von allen Werktätigen der EG-Länder unterstützt werden, gefährdet die Arbeitslosigkeit doch ihre Lebensinteressen, berechtigen zu der Hoffnung, daß das Europa der Arbeit dem Europa des Kapitals die Stirn bieten wird. Die Werktätigen sind entschlossen, denjenigen die Schlacht zu liefern, die ihnen eines der Grundrechte des Menschen — das Recht auf Arbeit — nehmen. Die Arbeiterklasse der EG-Länder begnügt sich nicht mit der Vision der „Vollbeschäftigung" in Zukunft, sie will Arbeit heute. ■

NZ KOMMENTAR

ENDE DES „KOLONIAL-MINISTERIUMS"?

Ende November fand in Washington die Jahrestagung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) statt, an der die Außenminister teilnahmen. Sie besprachen die interamerikanischen Beziehungen, die Lage mit den Menschenrechten in den Ländern Lateinamerikas, wirtschaftliche und soziale Probleme. Auf der Tagung sprach Präsident Carter: So ernst nimmt die USA-Administration die Beziehungen zu den Nachbarn im Süden. Er malte die im Grunde neokolonialistische USA-Politik in den rosigsten Farben aus.

Besonders pharisäisch waren die Stellen in seiner Rede, die den Menschenrechten galten. Die Lateinamerikaner wissen nur zu gut, auf welche Weise Washington die faschistischen Regimes in Chile, Haiti, Paraguay und El Salvador stützt.

Seit einigen Jahren sieht sich die USA-Delegation auf jeder OAS-Tagung in der Lage eines Angeklagten. Das Novembertreffen bildete da keine Ausnahme. Vertreter vieler lateinamerikanischer Republiken kritisierten scharf die doppelzüngelerische Politik der USA auf dem Gebiet der Menschenrechte und verurteilten das politische und wirtschaftliche Diktat der Yankees.

Die Tagung nahm mit Stimmenmehrheit eine Resolution an, in der jeder Versuch „des Teilnehmerstaates, der den größten finanziellen Beitrag leistet", die Höhe des Beitrags zu vermindern, abgelehnt wird. Es handelt sich darum, daß in Washington neuerdings immer häufiger die Absicht bekundet wird, die nordamerikanischen Zahlungen zur OAS-Kasse (heute zwei Drittel des Budgets der Organisation) zu kürzen.

Warum tritt die OAS, die einst dem nordamerikanischen Imperialismus auf Treu und Glauben diente, in der lateinamerikanischen Politik Washingtons nun in den Hintergrund! Das ist kein Zufall. Sie entstand während des kalten Krieges als eine Art Kolonialministerium der USA, übt aber solche Funktionen heute immer weniger aus.

Die diesjährige OAS-Tagung zeigte erneut, daß die lateinamerikanischen Republiken im Rahmen dieser Organisation, die in einer langwierigen Krise steckt, immer aktiver gegen die imperialistische USA-Politik kämpfen.

A. BARYSCHEW

PANZERGEDRÖHN MIT MUSIK

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

Vor seinem ersten offiziellen Amerikabesuch nach den Wahlen sprach Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Fernsehinterview sehr weitschweifig über die Vorzüge der Bundeswehr. Er wies nach, daß Bonn zur Verteidigung des Westens finanziell viel mehr als die übrigen NATO-Staaten — die USA ausgenommen — beisteuere. Das war unverkennbar eine Entgegnung darauf, daß man Bonn in Übersee vorwirft, es erfülle die Vereinbarung nicht, den Verteidigungsetat der NATO-Staaten alljährlich um 3% (in realer Verrechnung) zu erhöhen.

Er betonte, daß es nicht so sehr auf die Verteidigungsausgaben in Mark und Pfennig wie auf die Zuverlässigkeit der Armee, auf die Qualitäten der Soldaten und ihre Bereitschaft zur Verteidigung der „freien Welt" ankomme. Und hier erwähnte er — auf den ersten Blick recht unvermittelt—, daß ein Teil der jungen Bundesbürger („ein kleiner Teil") die Aufgaben der Bundeswehr leider nicht verstehe und keine besondere Lust zeige, sie gutzuheißen. Letztere Bemerkung war für den „inneren Gebrauch" bestimmt, während das übrige Interview auf die Amerikaner gemünzt war.

Am 19. November, dem Buß- und Bettag, fanden auf der Hardthöhe, im Bonner Verteidigungsministerium, obwohl das ein Ruhetag war, von morgens bis abends hinter verschlossenen Türen Sitzungen statt. Höchste Armeechargen, Staatssekretäre und Abteilungsleiter suchten unter dem Vorsitz Bundesverteigungsminister Hans Apels und Generalinspekteur Jürgen Brandts nach einer Antwort auf die Frage, wie die Bundesstreitkräfte aus ihrer heiklen finanziellen Lage herauskommen könnten.

Das forcierte Wettrüsten kostet mehr Geld, als man hat. Soll die Bundeswehr das vorgelegte Tempo halten können, dann müßte man zu den schon eingeplanten enormen Etatsummen in den nächsten fünf Jahren sage und schreibe 10 Md. DM hinzufügen. Und woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Früher kürzte man einfach die Zivilaufwendungen und erhöhte die militärischen. Man hat aber schon gekürzt, was man nur kürzen konnte, und die Staatsschulden sind horrend angeschwollen. Mit den gewohnten Methoden ist also nichts zu machen. Da unternahm man einen „kühnen Schritt": Bei Koalitionsverhandlungen einigten sich die beiden Regierungsparteien darauf, den Militäretat 1981 nicht laut NATO-Beschluß um 3%, sondern etwas weniger heraufzusetzen.

Die Wut Washingtons voraussehend, legten sich die bundesdeutschen Politiker ein ganzes Rechtfertigungssystem zurecht. Die einen, wie Schmidt und Apel pochten darauf, daß die Bundeswehr ohnehin die schlagkräftigste NATO-Armee in Westeuropa sei. Die anderen versicherten, der NATO-Beschluß über die 3% sei nicht so kategorisch gewesen. Es wäre dumm, sich starr an ihn zu halten, sagte SPD-Vizevorsitzender Hans-Jürgen Wischnewski. Er fasse ihn als „psychologisches Hilfsmittel" dafür auf, die anderen Schwierigkeiten in der NATO zu überwinden.

Die „Psychologie" Herrn Wischnewskis und seiner Gesinnungsgenossen fand in Washington aber kein Verständnis. Es ist zu wenig gesagt, wenn man das, was aus Übersee erfolgte, einen Anranzer nennen wollte. Man nahm Bonn am Schlafittchen, schüttelte es kräftig, und darauf ebbte das Gerede von einer Kürzung des Militäretats ab.

Um das fehlende Geld aufzutreiben, wird man einen gehörigen Fischzug in die Taschen der Steuerzahler machen müssen, was ohne schonende Vorbereitung nicht zu schaffen ist. Diese psychologische Attacke hat auch schon begonnen. Ihre Veranstalter sind auf die Idee gekommen, die Bundeswehr den Bundesbürgern näher zu bringen, sie als wichtigste Schützerin von Freiheit und Demokratie anzupreisen, für die man doch recht gern etwas Geld herausrücken sollte.

Um einen bequemen Anlaß war man nicht verlegen. Es war das 25jährige Bestehen der Bundeswehr. Die Führung des Verteidigungsministeriums beschloß, das Jubiläum mit einer großaufgemachten Vereidigung der Rekruten in mehreren Städten zu begehen.

So eine Manifestation der „Volksverbundenheit" habe ich in Bonn gesehen. Im Zentrum kam man mit dem Wagen nicht durch. Die unterirdische Garage war geschlossen und in ein Heerlager der Polizei verwandelt. In sechs Schulen fiel der Unterricht aus, da war auch Polizei untergebracht. Die Passanten wurden, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, durchsucht. Gendarmen mit Schild und Helm waren mit dreierlei Knüppeln bewaffnet: kurzen zur Abschreckung, langen für ernste Zusammenstöße und der neuesten Neuheit: Knüppeln mit Tränengas.

Soviel Polizisten auf einem Haufen habe ich noch nie gesehen. Es sollen 6000, nach anderen Angaben sogar 10 000 gewesen sein, d. h. auf jeden Zuschauer kam einer. Der gewöhnliche Presseausweis genügte nicht, man brauchte eine Zulassung vom Verteidigungsministerium. Selbst um an einer Eisenbarriere stehen zu dürfen, wie sie das ganze Zentrum absperrten, mußte man mehrere Postenketten passieren. So gesiebt, hätte die Menge um die angetretenen Rekruten doch nur aus „loyalen Bürgern" bestehen müssen. Aber kaum legte die Kapelle los, da wurde laut gepfiffen und im Takt aus der Menge gerufen: „Auf-hö-ren!" Die Protestdemonstration ging auch während Apels Ansprache weiter. Jemand bekam eins mit dem Knüppel übergezogen, ein anderer wurde von einem Baum heruntergeholt, noch einer abgeführt. Am nächsten Tag erfuhr man, daß 115 Personen verhaftet worden waren, und das bei einer Vereidigung von nur 150 Rekruten.

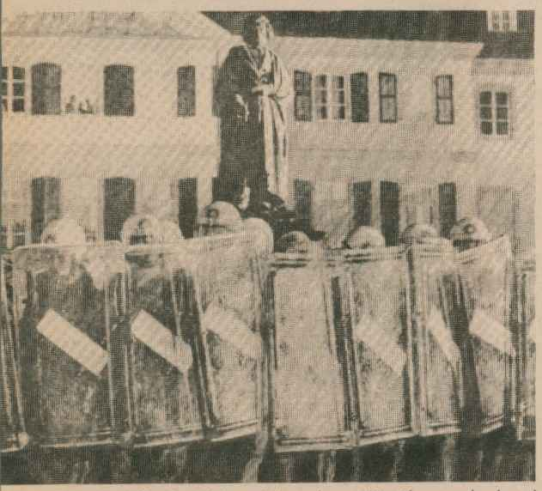
Ähnlich war es in München, Hannover und Gießen, fast überall, wo solche militaristischen Shows abgezogen wurden. Diese veranschaulichten keine Einigkeit mit der Zivilbevölkerung, sondern das genaue Gegenteil.

In einer Kirche im Bonner Zentrum setzten sich vier Soldaten aus der demokratischen Organisation „Soldat '80" auf den kalten Fußboden und entrollten Spruchbänder mit den Aufschriften: „Sitzstreik", „Nein zum Militärspektakel", „Nein zu US-Raketen". Nach einiger Zeit erschienen am Altar Ordnungshüter mit zwei Schäferhunden und räumten die Kirche.

Aber nicht nur die Jugend hatte ihre Zweifel. In Hannover rief eine Gruppe von Geistlichen zu Friedenskundgebungen auf. In Schleswig besetzten Demonstranten aus Protest eine Kirche. Im Saargebiet blieben sämtliche sozialdemokratische Landtagsabgeordnete der Feier fern. In Bonn wurde gleichzeitig mit der Vereidigung eine Diskussion zum Thema „Gegen Wiedergeburt des

Militarismus, für eine demokratische Bundeswehr" abgehalten. Die Leiter waren mehrere Bundestagsabgeordnete. Und inzwischen behauptete SPD-Mitglied Apel, gegen die militaristische Schau sei nur eine Handvoll Rowdys, für die es Selbstzweck sei, zu randalieren.

Diese Behauptung griffen Vertreter der Oppositionsparteien nur zu gern auf. Sie beriefen sich auf Zwischenfälle während der Vereidigung in Hannover, wo ein Häuflein Provokateure durchs Zentrum zog, Steine in Schaufensterscheiben warf, Autos umstürzte und Straßenschlachten lieferte, die die rechtsstehende Springerpresse mit einer erstaunlichen Sehergabe vorausgesagt hatte. Die Ausschreitungen wurden gewöhnlich dazu benutzt, alle mit Schmutz zu bewerfen, die mit antimilitaristischen Parolen auftreten, und um zugleich das Recht auf solche Demonstrationen anzufechten.



Bonn, Münsterplatz. Vor dem Beethovendenkmal schützen mit Schilden ausgerüstete Polizisten die Zeremonie der Bundeswehr vor dem Zorn der Demonstranten.

Foto aus „Welt" (BRD)

Unter den Rowdys waren nicht nur berufene, sondern auch bestallte Provokateure. Der Polizeipräsident von Hannover hat erklärt, die Unruhen hätten auf einem einheitlichen Plan gefußt, sie seien von einer Art Generalstab gesteuert worden. „Unsere Zeit", die Zeitung der bundesdeutschen Kommunisten, fragte, ob dieser Generalstab nicht bei der hannoveraner Abteilung der politischen Polizei — des Amts für Verfassungsschutz — sitze. Das zu fragen, hatte sie Grund genug. Höchst aktiv beteiligte sich, wie bemerkt wurde, ein gewisser Gerhard Held, den das Blatt schon 1976 als Agenten des Amtes entlarvt hatte, an den provokanten Unruhen.

Die Urheber der öffentlichen Vereidigung beteuerten, es handele sich nur um Bräuche, die die Jugend zu der Bereitschaft anhalten sollen, die Demokratie zu verteidigen. In Wirklichkeit hat das Brimborium nur vieler alten militaristischen Haudegen, die die Jugend nach ihrem Ebenbild erziehen wollen, die Herzen höher schlagen lassen.

Ich habe das beobachten können. Als ich am Vortag der Feier auf den Bonner Münsterplatz ging, waren da ein paar Stände mit Antikriegsplakaten und -schriften. Jungen und Mädchen diskutierten bei den Ständen mit Passanten und erläuterten ihnen, warum sie gegen den Militarismus im allgemeinen und gegen seine äußerlichen Erscheinungen im besonderen sind. Etwa ein Dutzend noch ziemlich rüstige alte Männer drängten sich um die jungen Leute, man sah, sie hätten sie am liebsten geschüttelt, und sie schrien, wenn es die Bundeswehr nicht gäbe, dann säßen sie alle schon längst in Sibirien. Sie sollten machen, daß sie in die DDR kommen. Der zweite Weltkrieg, so geiferten sie, sei von der Sowjetunion angezettelt worden, und überhaupt seien es die Russen, die hinter den Aktionen gegen die Vereidigungen in der Bundeswehr steckten. Wahrscheinlich, um ihren Argumenten Nachdruck zu verleihen, beriefen sie sich auf ihre Kriegserfahrungen an der Ostfront. Man merkte gleich: Das einzige, was diese Veteranen gegen Hitler hatten, war, daß er den Krieg verloren hat. In diesem Geiste sollen wahrscheinlich auch die militaristischen Spektakel die Jugend erziehen.

Der Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen, der zum linken Flügel der SPD-Fraktion gezählt wird, hob in einer Diskussion hervor, daß die Gebrechen der Bundeswehr die Gebrechen der bundesdeutschen Gesellschaft seien. Die Streitkräfte und die herrschenden Kreise der Bundesrepublik seien mit dem 1945 geschlagenen, aber im Lande noch keineswegs überwundenen Faschismus durch Traditionen verbunden. Nicht von ungefähr werden Zweifel am demokratischen Charakter der Bundeswehr immer häufiger selbst beim Militär, noch dazu auf allen Ebenen, laut. Man denke an General Gert Bastian, der den gefährlichen und für die Bundeswehr potentiell selbstmörderischen Beschluß der NATO öffentlich verurteilte, in Europa die neuen amerikanischen Atomraketen zu stationieren. Man denke ferner daran, daß jetzt fast keine Antikriegsdemonstrationen stattfinden, bei denen in den ersten Reihen nicht Bundeswehrsoldaten und -unteroffiziere marschieren würden. Jetzt treten auch das Offizierskorps und Offiziersschüler immer energischer gegen den Militarismus auf.

Neulich schrieb der „Stern", daß rund 40 Absolventen der Bundeswehrhochschule nach den Abschlußprüfungen den Dienstantritt verweigert haben. Das waren Militärärzte, und der Anstoß zu diesem ungewöhnlichen Schritt war eine publik gewordene Geheiminstruktion für die Bundeswehr, in der viele Punkte der ärztlichen Pflicht zuwiderlaufen, Menschenleben um jeden Preis zu retten.

Hier ein paar Kostproben: „Man muß sich bei nüchterner Überlegung dazu entschließen, den Bauchverletzten in den kritischen Stunden nach einem thermonuklearen Angriff eine verhältnismäßig niedrige Dringlichkeitsstufe für die Operation zu geben." — „Bei Massenanfällen erhalten Thoraxverletzte (Thorax — Brustkorb) eine einfache Erstbehandlung. Für die weitere Behandlung haben sie eine niedrige Dringlichkeitsstufe, infolgedessen sind ihre Überlebenschancen gering".

Wie wir sehen, wirken nicht nur alte Traditionen auf das Wesen der Bundeswehr. Der erwähnte Abgeordnete Hansen hat die Meinung der fortschrittlichen bundesdeutschen Öffentlichkeit folgendermaßen formuliert: „Die einzige Tradition, die in der Bundeswehr Existenzberechtigung hat, ist die Tradition des Widerstandes."

Vertreter der fortschrittlichen Kreise haben besonders hervorgehoben, wie unangebracht die militaristische Schau bei der jetzigen zugespitzten Weltlage ist. Die Kommunisten haben folgende These aus ihrem Programm in Erinnerung gebracht: „Die Bundeswehr darf nicht Instrument der Aggression gegen andere Völker und der Unterdrückung des eigenen Volkes sein. Diesem Grundsatz müssen Aufbau, Bewaffnung, Ausbildung und Zielsetzung der Bundeswehr entsprechen. Die DKP unterstützt alle Bestrebungen von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren, die auf eine solche Orientierung gerichtet sind. Die DKP fordert die Erziehung der Soldaten im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung sowie die Einstellung der militaristischen Traditionspflege."

Bonn

WIEDER DA

Eine geradezu idyllische Szene aus dem Londoner Leben. Die kleinen Farbigen werden von einer weißen Nurse ausgefahren. Ist das kein Beweis dafür, daß den Engländern Rassismus und Rassenhaß fremd sind? Aber ach, die Kamera des „Observer"-Korrespondenten hat da noch etwas festgehalten, was mit der Rassenharmonie so gar nicht übereinstimmen will.

Pressemeldungen zufolge hat es in letzter Zeit immer häufiger Überfälle von Rassisten auf farbige Einwanderer in Großbritannien gegeben. Bezeichnend ist die Geschichte der Familie Hussein Sindhi, die aus Asien stammt.



Sindhi beschloß, sich mit Frau und fünf Kindern in einem der „weißen" Bezirke der Hauptstadt niederzulassen. Noch aber waren die Koffer nicht ausgepackt, als an der Hauswand bereits rassistische Parolen prangten. Bald gingen auch die Fenster zu Bruch. Die Kinder Sindhis wurden auf der Straße angepöbelt. Schließlich erreichten die Rassisten ihr Ziel: Die Familie mußte die Wohnung verlassen.

Das ist keineswegs ein vereinzeltes Beispiel. Allein von Juli bis September wurden in London offiziell 250 derartige Fälle registriert.

Der Rassenhaß wird von der „National Front" und anderen profaschistischen und rechtsextremen Organisationen hochgepeitscht. In Umlauf ist das alte Argument der Rassisten, die Schwarzen nehmen den Weißen die Arbeit weg und die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen sei, mit den Niggern Schluß zu machen. So erscheinen denn auf Londoner Hauswänden die Aufschriften: „Kill Niggers!" oder „Adolf Hitler, wir sind wieder da!" und dazu ein Hakenkreuz...

W. SHITOMIRSKI



HAUBITZEN FÜR RASSI

In einem „Newsweek"-Interview äußerte RSA-Verteidigungsminister Coetsee: „... es wäre dumm, Nuklearwaffen, wenn man sie besitzt, nicht einzusetzen". Waffen also, über die Pretoria dank westlicher Hilfe verfügt. Die USA leugnen eine Zusammenarbeit. Aber di... chen sind einde...

Das Magazin ... Afrique" berich... Rassisten hätten ... Haubitzen mit ... sen erstanden, d... sprengköpfe trag... ten.

Der Erwerb d... bitzen begann Er...

ALTE NEUHEIT

Dem Hauptquartier zur Regierungsübergabe an den neuen US-Präsidenten wurde dieser Tage ein Geheimbericht von 97 Seiten zugestellt, der aus dem konservativen Forschungszentrum Heritage Foundation stammt. UPI zufolge besteht ... folgender...

„Wir, ... dation, si... Pearl Har... lichen M... ring wie ... tion hat d... ihr unve...

EXPLOSIVSTOFF



Guy Fawkes hat in der britischen Geschichte eine unverwechselbare Spur hinterlassen. Er hatte den Keller von Westminster direkt unter dem House of Lords mit Pulverfässern vollgestopft, die am 5. November 1605 zusammen mit King Jacob I, der die Parlamentstagung eröffnete, hochgehen sollten.

Das Schicksal aber meinte es gut mit Jacob. Die Verschwörung wurde aufgedeckt und Fawkes hingerichtet. Seither begeht England den 5. November als Guy-Fawkes'-Tag, an dem es Feuerwerk gibt und Guy-Puppen durch die Straßen getragen und dann verbrannt werden.

An diesem 5. November war den Engländern nicht sehr lustig zumute. Sie sind wieder von einer Verschwörung bedroht. Diesmal durch die konservative Regierung, die allerdings kein Pulver lagert, sondern einen viel ärgeren Explosivstoff: 2 Millionen Arbeitslose.

„Ich fürchte, das alles kann jeden Augenblick in die Luft fliegen", stöhnt der Westminsterlakai auf der Zeichnung.

Aus „Morning Star" (Großbritannien)

WAS MACHST DU MIT D...

Will man dem britischen Science-Fiktion-Schreiber George Orwell glauben, wird der Staat im Jahre 1984 von seinen Bürgern buchstäblich alles wissen, sogar was der liebe Hans mit dem Knie macht.

Für die Franzosen scheint dieser Augenblick allerdings sehr viel früher anzubrechen. Das Faksimile aus der „Humanité" zeigt den Ausschnitt eines Fragebogens des französischen Meinungsforschungsinstituts IFOP. Darin wird der Befragte freundlichst um Angabe von Name und Anschrift gebeten. Die Verletzung der Anonymität droht zu einem Anschlag auf die Freiheit der Persönlichkeit überhaupt zu werden, denn hieran sind auch die politischen Anschauungen des Befragten zu beurteilten.

Jährlich interviewt allein IFOP rund 300 000 Franzosen. Insgesamt werden zu unterschiedlichen Zwecken rund 2 Millionen Perso-



nen b... Compu... könne... tionen... Knopf... arbeite... Organ... kunde... teizuge... und vi... liebe ... Knie ...

als die Interventen aus der RSA ihre Niederlage in Angola einstecken mußten. Auf Anraten der CIA wandte sich der damalige Verteidigungsminister und jetzige Premier Botha an den Generaldirektor der Firma Space Research, Gerald Bull. Es kam ein Vertrag über das Know-how der Herstellung von Haubitzen und Geschossen in Höhe von 50 Mio Dollar zustande. Diesem Geschäft stand allerdings das UNO-Embargo über Waffenlieferungen an die RSA entgegen. Bull jedoch gelang es, innerhalb von drei Tagen dem Außenministerium die Erlaubnis abzuschwatzen, den Auftrag ausführen zu dürfen.

So erhielten die südafrikanischen Rassisten mit dem Segen der CIA und Beistand des US-Außenministeriums ein Artilleriesystem, das Nuklearsprengköpfe tragen kann. Bestimmten Angaben zufolge soll die RSA auf ähnlichem Wege auch die Herstellungstechnologie von Mittelstreckenrak e t e n erworben haben. „Jeune Afrique" schreibt dazu, die südafrikanische Armee könne damit schon heute die afrikanischen Hauptstädte von Jaunde bis Kinshasa beschießen, von Luanda, Brazzaville und Salisbury gar nicht zu reden.

I. STEPANOWA

Foto aus „Jeune Afrique" (Frankreich)

ieses Dokuments in

der Heritage Foun-

empört. Niemals seit

die geheimdienst-

n der USA so ge-

Carter-Administra-

schwächt, indem sie

Beschränkungen in

der Arbeit auferlegte. Die Mißerfolge Amerikas in verschiedenen Welträumen erklären sich daher, daß unsere eigenen Behörden die Arbeit der Geheimdienste behindern. Beunruhigt über die Situation schlagen wir vor:

Die technischen Mittel zum Sammeln geheimdienstlicher Angaben zu verdoppeln;

alle „unerfaßten" Ämter und Ministerien der USA zu verpflichten, CIA-Agenten im Ausland zu decken;

den FBI von der Pflicht zu befreien, das Gesetz über die Unverletzlichkeit des Privatlebens einzuhalten, und die CIA von entsprechenden Artikeln des Gesetzes über die Pressefreiheit;

die Liste subversiver Organisationen wiederherzustellen;

den ständigen Ausschuß des Kongresses zur Untersuchung von Fragen der inneren Sicherheit zu erneuern;

die Überprüfung der Loyalität von Staatsbeamten wieder einzuführen...

Offenbar heißt es nicht umsonst, alles Alte käme einmal wieder. Dieses Sprichwort bezieht sich voll und ganz auf die Empfehlungen der Heritage Foundation: Sie stinken geradezu nach McCarthy und kaltem Krieg.

G. SIDOROWA

NIE?



ür die modernen
as ein Klacks. Sie
iel mehr Informa-
rn. Ein einfacher
nügt, und die Mit-
nnter kompetenter
erfahren in Se-
Augenfarbe, Par-
oder Sympathie,
eben auch, was der
m Tanz mit dem

MAKAREWITSCH

GEWAGTE ANNAHME?

Blättern wir in der westeuropäischen Presse. Überall das gleiche journalistische Klischee: Die „japanische Herausforderung". Eine Herausforderung in TV-Geräten und Recordern, in Schiffen, Stahl und Kugellagern. Besonders besorgt sind die EG-Mitglieder über den Kfz-Ansturm aus dem Land der aufgehenden Sonne. Die Leichtgläubigsten hoffen auf ein Gentleman Agreement im Handels- und Wirtschaftskrieg. Andere glauben, es werde keinen Waffenstillstand geben.

Sehr viel weniger und gedämpfter schreibt man über die Teilnahme einer japanischen Delegation an der NATO-Tagung in Brüssel. Ein Blatt äußert so ganz nebenher den Gedanken, auf der nächsten Tagung könnte Japan schon als vollberechtigtes Mitglied des Blocks vertreten sein. Eine zu gewagte Annahme? Vielleicht. Aber warum eigentlich nicht? Washington verlangt gegenwärtig von Tokio, es solle den amerikanisch-japanischen „Sicherheitsvertrag" in ein Militärbündnis vom — passen Sie auf — Typ NATO umfunktionieren. Im japanischen „Weißbuch zu Verteidigungsfragen" findet sich ebenfalls der Wunsch, der Vertrag solle „den Prinzipien der NATO entsprechen". Alles entwickelt sich also auf eine immer engere Verschmelzung von Pentagon, NATO-Hauptquartier in Brüssel und Tokioter Militärbehörden hin.

In Westeuropa aber kann man sich nicht entscheiden, den Wirtschaftskrieg der EG und der USA mit Japan und gleichzeitig die zunehmende militärische Zusammenarbeit dieser drei Giganten auf NATO-Ebene in einem Rahmen zu betrachten. Die NATO müßte in Europa eigentlich ohne Tokio auskommen. In Tokio aber denkt man offenbar daran, Vorteile aus einem möglichen NATO-Interesse an den fernöstlichen Angelegenheiten zu ziehen. Das ist bereits die ernste Gefahr.

Es gibt noch einen weiteren, kaum angenehmeren Aspekt für jene, die mit den militaristischen Kräften im Fernen Osten liebäugeln. Unter Umgehung der Konkurrenz verkauft Japan heute Kraftfahrzeuge nach Europa und in die USA. Was wird es morgen verkaufen — etwa Panzerfahrzeuge und Panzer? Schließlich reichen in Japan auch jetzt Stahl und Kugellager schon für den Export.

W. IWANOW

DIENER DREIER HERREN

Carl Gustaf Ströhm gilt im Springerkonzern als einer der besten Ostexperten. Selten erscheint „Die Welt" ohne einen seiner Artikel, Kommentare oder Leitartikel zu Polen. Sie alle zielen auf die Untergrabung des Ansehens dieses sozialistischen Staates ab.

Unter den antikommunistischen Scribenten wäre Ströhm ein As, wäre da nicht ein gewisser Umstand. Sein erhöhtes Interesse für die VR Polen schätzt nicht nur Springer, sondern auch der Bundesnachrichtendienst. Dort gehört er zu den höchstbezahlten Agenten und läuft in den Honorarlisten unter dem Decknamen „Gustav", teilt „Neues Deutschland" mit.

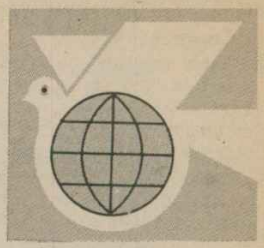
„Gustavs" BND-Anleiter ist Diethelm Keil alias Dr. Wernberg, alias Dr. Klein, Chef einer BND-Abteilung, die mit Emigrantenkreisen arbeitet.

Und noch einen dritten Herrn hat Ströhm: John Austin Gronouski, Leiter des sogenannten „Board for International Broddcasting". Gronouski hat die politische Leitung der Sender „Liberty" und „Free Europe." Auch im Äther hat Ströhm genug zu tun, denn die beiden CIA-Stationen haben ihre Sendezeit in polnischer Sprache kürzlich erhöht.

Kurz, der Diener dreier Herren Gustaf Ströhm schwimmt gegenwärtig ganz oben auf der Propagandajauche gegen die VR Polen.

N. SHOLKWER

Weg der SI in die 80er



Von unserem Sonderberichterstatter Alexander WEBER

Im Konferenzsaal des großen Madrider Hotels „Meliá Castilla", wo Mitte November der XV. Kongreß der Sozialistischen Internationale abgehalten wurde, sah man Plakate mit der Friedenstaube, die ihre Flügel schützend über den Erdball ausbreitet.

Die Tagesordnung umfaßte zahlreiche Fragen, aber das Thema der Erhaltung und Festigung des Friedens rückte wirklich in den Vordergrund. Das widerspiegelte die Erfordernisse der heutigen Weltlage, die wachsende Besorgnis der Völker über den Frieden und auch bestimmte Veränderungen in den politischen Einstellungen der SI, die in den 70er Jahren, besonders nach dem Kongreß in Genf 1976, eintraten.

Am Vortag des obersten Forums der internationalen Sozialdemokratie wurde, etwa 500 m vom „Meliá Castilla" entfernt, das KSZE-Nachfolgetreffen eröffnet. Viele politische Beobachter betonten, daß in der Atmosphäre der Spannung und Konfrontation, die die Versuche der USA und einiger ihrer Bündnispartner zur Entstellung von Charakter und Sinn des Madrider Treffens schufen, die konstruktive und alles in allem realistische Haltung der meisten Teilnehmer des SI-Kongresses im Hinblick auf die aktuellen Probleme von Frieden und Weltsicherheit einen eindeutigen Kontrast bildete.

* * *

Wie werden die 80er Jahre sein, was werden sie der Menschheit bringen? Neue Runden im Wettrüsten, zunehmende Konfrontation und die Gefahr eines Vernichtungskrieges? Oder die Rückkehr zur Entspannung, zu Vereinbarungen über die Einschränkung des Wettrüstens und die Festigung des Friedens?

Heute, an der Wende zu einem neuen Jahrzehnt, fragen sich das alle, die sich Gedanken über die nächsten Perspektiven der Menschheit machen. Selbstverständlich erheben sich diese Fragen auch vor Parteien und Massenbewegungen, die die Richtung ihrer Tätigkeit in den 80er Jahren abstecken.

SI-Vorsitzender Willy Brandt sagte am Anfang seiner Rede auf dem Kongreß: „Ich weiß nicht, was aus der Menschheit in den 80er Jahren wird... Aber das entbindet uns nicht der Pflicht, über unsere Ziele nachzudenken und über die Möglichkeiten, die wir haben, ... den tödlichen Gefahren, die der Menschheit drohen, die Stirn zu bieten und vorzubeugen."

Brandt sprach sich entschieden für die Entspannung und gegen die pessimistischen Behauptungen aus, sie sei eingegangen. Die Entspannung sei rational und liege im Interesse aller Beteiligten. Als ein sich entwickelnder Prozeß habe sie innere Widersprüche. Die Rückkehr zum kalten Krieg würde etwas viel Schlimmeres sein als eine einfache Wiederholung der unheilvollen Situation der 50er Jahre. In der Atmosphäre der Spannungen beschwöre das heutige Wettrüsten eine enorme zusätzliche Gefahr für die Weltsicherheit herauf. Deshalb heiße die Alternative zur Entspannung heute nur Katastrophe.

Eine zentrale Frage auf dem Kongreß war Rüstungskontrolle und Abrüstung. Diese Frage rief wohl das größte Interesse hervor. Die Diskussion darüber eröffnete Kalevi Sorsa, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, der in den beiden letzten Jahren der SI-Studiengruppe für Abrüstungsfragen vorstand. Die Gruppe legte dem Kongreß einen ausführlichen Bericht sowie konkrete Empfehlungen für die Parteien vor. Der Bericht wurde einmütig gebilligt.

Die Diskussion wies einige neue, bemerkenswerte Momente auf. Sie drehte sich vor allem um die Probleme der Einstellung des nuklearen Wettrüstens. Die neue Nuklearstrategie der USA wurde verurteilt. K. Sorsa verwies auf die äußerst gefährlichen Folgen der Doktrin des „begrenzten Kernkrieges". Alex Kitson, einer der Führer der Labour Party Großbritanniens, betonte die eventuellen verhängnisvollen Folgen dieser Doktrin für Europa. Die Völker unserer Länder, sagte er, wären das erste Opfer des Nuklearkrieges zwischen den Großmächten. Die Direktive Nr. 59 gefährde alle Europäer.

Viel beachtet wurden die Diskussionsbeiträge, in denen die Redner den Zusammenhang zwischen der SALT-II-Ratifizierung und dem Brüsseler Raketenbeschluß der NATO hervorhoben. Nach Meinung vieler Delegationen muß er, falls der Vertrag nicht ratifiziert wird, überprüft werden.

So erklärte Max van der Stoel (Partei der Arbeit der Niederlande): „Die Weigerung der USA, den Vertrag anzuerkennen, schafft eine neue Situation. Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und abwarten, was die neue USA-Administration unternimmt. Nach unserem Dafürhalten müssen die europäischen Verbündeten der USA einander konsultieren und die erforderlichen Schritte tun, um die USA von der Wichtigkeit des Vertrages zu überzeugen. Die Unterbrechung des SALT-Prozesses wäre katastrophal. Man muß erreichen, daß er fortgesetzt wird."

Karsten Voigt, Vorstandsmitglied der SPD, gab zu, daß eine neue Situation um SALT II entstehe. Sie müsse überprüft werden, da die Voraussetzung, unter der die SPD-Führung seinerzeit die Pläne der Produktion und Unterbringung neuer Raketen guthieß, umgestoßen sei.

Im gleichen Sinn äußerte sich auch Willy Brandt auf der abschließenden Pressekonferenz: Als der NATO-Beschluß über die neuen Raketen diskutiert wurde, hätten ihn viele sozialdemokratische Parteien im Junktim mit der SALT-II-Ratifizierung gesehen. Falls die Ratifizierung ausbleibe, erhebe sich die Frage, was dann geschehe.

Solche Erwägungen nach dem Prinzip „Wenn — dann" sind noch recht vagen Charakters. Es läßt sich schwer sagen, wie weit die einen oder anderen sozialdemokratischen Politiker in diesem Fall gehen würden. Die Absicht war jedoch klar, die herrschenden USA-Kreise darauf aufmerksam zu machen, daß sie die Interessen der Europäer mehr berücksichtigen müssen.

Das ist wohl auch der Sinn jenes Teils der Schlußresolution, in dem es heißt: „Der Wahlausgang in den USA schafft eine noch größere Gefahr für SALT II. Nichtsdestoweniger erneuert die Sozialistische Internationale ihren Appell, den Vertrag zu ratifizieren und möglichst

Beitrag 1

bald mit SALT-III-Verhandlungen zu beginnen."

Viele Redner betonten die Notwendigkeit, schnellstens konkrete Ergebnisse bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa zu erzielen. So wurde vorgeschlagen, den Zeitpunkt festzulegen, nach dem die westeuropäischen Bündnispartner der USA, falls eine Vereinbarung bis dahin nicht erreicht ist, ihre eigene Initiative ergreifen müssen.

All das war eine Art Warnung an die Adresse der künftigen USA-Administration, eine Mahnung an die Notwendigkeit, ernst und verantwortungsbewußt an das akuteste Gegenwartsproblem — Einschränkung und Einstellung des Wettrüstens, besonders des nuklearen — heranzugehen. Zugleich muß man feststellen, daß sich die Diskussionsredner über die seinerzeit von der UdSSR gemachten warnenden Hinweise auf die gefährlichen Folgen der geplanten Neuausrüstung der NATO praktisch ausschwiegen. Ebensowenig erwähnten sie, daß die sowjetische Führung noch früher Verhandlungen vorgeschlagen hatte, die die Unterbringung neuer Kernraketen in Europa hätten überflüssig machen können.

In mehreren Reden wurde der Gedanke vertreten, die heutige Weltlage erfordere einen selbständigeren und aktiveren Beitrag Westeuropas zur Lösung akuter internationaler Probleme, vor allem des Abrüstungsproblems. Davon sprach übrigens auch Brandt. Er forderte die Europäer auf, „ein größeres Maß von Verantwortung für die Lage in der Welt zu zeigen".

Diesen Gedanken unterstützte der belgische Sozialist Lucien Radoux. Man dürfe die Abrüstungsfragen nicht als Anliegen nur der „Supermächte" hinstellen. Die führenden Staaten Westeuropas seien weder neutral noch paktfrei. Sie müßten die Verhandlungen beeinflussen, die die Interessen Europas, aller Europäer betreffen, und die anderen Länder dazu bewegen, sich in die Verhandlungen einzuschalten.

Die Delegierten verwiesen auf die positive Bedeutung der gesamteuropäischen Konferenz von 1975 und auf die Notwendigkeit, auf dem Madrider Treffen konkrete Ergebnisse zu erzielen, insbesondere die Durchführung einer europäischen Abrüstungskonferenz zu beschließen. Einige Redner hoben in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit eines regionalen Herantretens an die Abrüstung hervor, das die Lösung der Probleme auch auf globaler Ebene wesentlich erleichtern könnte.

In der sozialdemokratischen Bewegung werden demnach gegen den Krieg gerichtete Forderungen immer lauter, die eine neue Phase im Kampf für die Festigung des Friedens in Europa und der ganzen Welt widerspiegeln. A. Kitson z. B. berichtete über die Beschlüsse der jüngsten Jahreskonferenz der britischen Labours und über die Äußerungen des neuen Parteiführers Michael Foot. Wie Kitson sagte, seien die Labours gegen die neuen Raketen auf britischem Boden, gegen die „autonomen Kernkräfte" und die Pläne zu ihrer Modernisierung, gegen die alljährliche 3prozentige Steigerung der Militärausgaben. Der Militarismus sei zu verwerfen.

Der Gedanke, die Kernwaffen vom europäischen Territorium wegzuräumen und Europa in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln, mit dem früher die britischen Labours und die belgischen Sozialisten hervorgetreten waren, wurde in mehreren Kongreßreden unterstützt. In diesem Zusammenhang ergeben sich gewisse Fragen. Ohne hier darauf näher einzugehen, wollen wir die Tatsache selbst — das Aufkommen dieses Gedankens — hervorheben. Er fand seinen Niederschlag auch im Bericht der SI-Abrüstungsgruppe.

In einem Kommentar zum Bericht unterstrich K. Sorsa: „Das Ziel auf weite Sicht ist klar. Alle Kernwaffen wüssen weg vom europäischen Kontinent. Die Idee der kernwaffenfreien Zonen muß im Brennpunkt der regionalen und subregionalen Bemühungen um die Sicherheit stehen." Die belgischen Sozialisten seien beispielgebend mit ihrer Initiative, eine kernwaffenfreie Zone zu schaffen, die sowohl Mitteleuropa als auch den Norden und Süden des Kontinents umfassen würde.

Wie beurteilt die SI ihre eigene Rolle bei der Lösung dieser Probleme? Auf meine diesbezügliche Frage sagte K. Sorsa, der auf dem Kongreß zu einem Vizepräsidenten der SI gewählt wurde:

„Als Vorsitzender der SI-Studiengruppe kann ich mit Freude feststellen, daß sich dieser Kongreß einmütig auf die Abrüstungsfragen konzentrierte und sich die SI entschlossen zeigt, mit denen zu sein, die im gegenwärtigen Moment der verschärften Spannungen für den Frieden eintreten. Die Diskussion widerspiegelte das allgemeine Gefühl, daß die Sozialdemokraten aktiver handeln müssen."

Auf die Frage eines Journalisten, was die SI zur Realisierung der Empfehlungen der Studiengruppe konkret zu tun gedenke, antwortete Bernt Carlsson, der auf dem Kongreß zum SI-Generalsekretär wiedergewählt wurde:

„Vor allem wird die Sozialistische Internationale ihre Parteien über die in aller Form geschehene Billigung des Berichts der Studiengruppe informieren und dazu aufrufen, die darin enthaltenen Empfehlungen zu befolgen. Wir werden ferner die UNO, die Sowjetregierung und die KPdSU, die USA-Regierung und die Nichtpaktgebundenen-Bewegung informieren; zu ihnen unterhielt die Studiengruppe Kontakte während ihrer Arbeit. Außerdem werden die SI-Parteien, darunter Regierungs- und Koalitionsparteien, den Bericht studieren und erwägen, was sie mit Rücksicht auf die geäußerten Empfehlungen tun können. Die Sozialistische Internationale beabsichtigt, auch über verschiedene nichtstaatliche Organisationen zu wirken."

Da die Studiengruppe für Abrüstungsfragen ihre Aufgabe erfüllt und zu bestehen aufgehört hat, wurde beschlossen, daß zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit eine Konsultativgruppe für Probleme der Abrüstung und Rüstungskontrolle eingesetzt wird. Sie soll die entsprechende Entwicklung verfolgen sowie Experten-, Konsultativ- und sonstige Funktionen beim SI-Büro ausüben. K. Sorsa, der, wie verlautet, die Konsultativgruppe leiten wird, sprach sich auf dem Kongreß dafür aus, daß sie die früher hergestellten Kontakte erweitern soll. Wie er sagte, müsse sie mit den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten und Kontakte zu den Organisationen der Friedenskräfte sowie zu anderen politischen Formationen, die für den Frieden kämpfen, herstellen.

Übrigens wurde im Oktoberheft der Zeitschrift „Socialist Affairs" mitgeteilt, daß das Pariser Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas seinen Aufruf offiziell der SI weitergeleitet hat. In dieser Mitteilung wird daran erinnert, daß das Pariser Dokument zur Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und anderen demokratischen Kräften im Kampf für Frieden und Abrüstung aufruft.

Wir wollen aber nichts versimpeln. Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bestehen tiefe ideologische Unterschiede. Der Gedanke an die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten beim Schutz des Friedens wurde auf dem Kongreß leider nicht aufgegriffen. Zudem gibt es in der SI recht einflußreiche Kräfte, die einer aktiveren Teilnahme der Sozialdemokratie an der Lösung der Probleme von Abrüstung und Entspannung entgegenwirken und es auch weiter tun werden. Das zeigte sich eindeutig auch auf dem Kongreß. So erlaubten sich Saragat und

Craxi, Führer der italienischer Sozialdemokratie, entgegen dem allgemeinen Geist der Hauptdiskussion erneut antisowjetische Ausfälle und schüchterten die Delegierten mit der „sowjetischen Bedrohung" ein. Einige Redner beriefen sich demagogisch auf die Notwendigkeit der „Einheit" und warnten ihre Kollegen vor „einseitigen" nationalen Schritten (eine deutliche Anspielung auf die Sozialisten der Niederlande, Belgiens und anderer Länder).

Der Druck der Rechtskräfte außer- und innerhalb der SI erklärt wohl hinreichend deren Tendenz, die Politik der Großmächte unter gleichem Blickpunkt zu betrachten und die Schuld an der Verschlechterung der Lage „allen beiden Supermächten" zuzuschreiben. Das fand seinen Niederschlag auch in der Resolution des Kongresses, die im Vergleich zu den Diskussionsbeiträgen recht lahm wirkt. Die Resolution rechnet die UdSSR im Grunde zu den Mitautoren der Doktrin des „begrenzten Kernkrieges". Beweise? Nur die haltlose Behauptung, die Vorstellungen von der Möglichkeit eines Sieges in einem solchen Krieg seien „auf beiden Seiten in Umlauf".

Wir möchten auf folgendes hinweisen. Zur Zeit des Kongresses tagte auch die Nukleare Planungsgruppe der NATO. Die Verteidigungsminister der Blockländer erörterten dort neben den Einzelheiten der Unterbringung neuer USA-Raketen die „neue amerikanische Nuklearstrategie", um sie der „atlantischen Kernplanung" anzupassen. Unter diesen Ministern war der sozialdemokratische Verteidigungsminister der BRD sowie andere Minister als Vertreter von Regierungen, denen die Sozialdemokraten vorstehen bzw. als Koalitionspartei angehören. Als ein paar Tage später der Erste Ausschuß der UNO-Vollversammlung mit einer Mehrheit von 105 Stimmen die Resolution (ein Mitautor ist die UdSSR) billigte, in der die Doktrin eines begrenzten bzw. teilweisen Kernwaffeneinsatzes verurteilt wird, waren unter den Staaten, die dagegen stimmten, die NATO-Länder und Israel.

Wie wenig konsequent gewisse sozialdemokratische Politiker sind, zeigt auch der Umstand, daß die norwegische Regierung vor kurzem ein Abkommen billigte, in dem das Lagern schwerer USA-Munitionen im Zentralteil des Landes vorgesehen ist. Frau Brundtland, stellvertretende Vorsitzende der Norwegischen Arbeiterpartei, sagte auf dem SI-Kongreß: „Wir tragen alle Verantwortung für die Fortsetzung des Wettrüstens." Eben! Die Führung der Norwegischen Arbeiterpartei lud sich eine schwere Verantwortung auf, als sie trotz des Widerstands weiter Kreise der norwegischen Öffentlichkeit, darunter in der eigenen Partei, dem Abkommen mit den USA grünes Licht gab.

Gemäß ihrer vorgefaßten Meinung, die Großmächte seien gleich verantwortlich, schwiegen die Sozialdemokraten praktisch die bekannten zahlreichen sowjetischen Vorschläge und Initiativen zur Lösung der Abrüstungsfragen tot und ließen die Vorschläge des Warschauer Vertrages, u. a. bei den Wiener Verhandlungen, unbeantwortet. Die einseitige Betrachtungsweise, die Neigung dazu, die Sache mit oberflächlichen, vereinfachten Urteilen abzutun, zeigten sich auch darin, daß bei der Analyse der Weltlage ein Faktor wie der heutige außenpolitische Kurs der Pekinger Führung praktisch nicht in Betracht gezogen wurde. Mehr noch, die Resolution enthält ein Urteil, das die Politik Pekings offensichtlich idealisiert. Darin ist z. B. die Rede von einer „neuen Orientierung" Chinas, die in seinem Tendieren zur Politik des internationalen Dialogs zum Ausdruck komme. Dabei weiß man, daß dieser „Dialog" für Peking nur ein Vorwand ist, die irrige These von der Unvermeidlichkeit des dritten Weltkrieges — je nach den Umständen mit mehr oder etwas weniger Härte — zu behaupten.

Wenn wir auf gewisse Schwächen in den Einstellungen der SI — Einseitigkeit, Inkonsequenz, die Tendenz zur Rhetorik statt konkreten Tuns — hinweisen, wollen wir dadurch keineswegs die Diskussion, die sich auf dem Kongreß über die Entspannung und Abrüstung entfaltete, und die dort gefaßten Beschlüsse herabmindern. Ein gewisser Schritt vorwärts ist da nicht zu verleugnen.

In der Schlußresolution des Kongresses heißt es: „Wir versprechen feierlich, für den Fortschritt der Menschheit zu kämpfen." Diese Worte verpflichten zu vielem, vor allem zu aktiven, konkreten Handlungen.

Madrid—Moskau

ALBANIEN

EIN DENKWÜRDIGER TAG

Am 29. November haben die Werktätigen Albaniens den 36. Jahrestag der Befreiung ihres Landes von der faschistischen Okkupation gefeiert. In Tirana und in den Bezirksstädten haben Festakte und Kundgebungen stattgefunden und sind an den Gräbern der gefallenen Helden Kränze niedergelegt worden.

Vor dem Fest war ein Monat der Literatur und Kunst abgehalten worden, in dessen Rahmen Schriftsteller, bildende Künstler, Schauspieler und Musiker mit der Bevölkerung zusammentrafen und Kunstausstellungen sowie Konzerte von professionellen und von Laienkünstlern des Landes stattfanden.

Unter der Volksmacht ist die Industrie in der Wirtschaft Albaniens führend geworden. Nach amtlichen Angaben betrug ihr Anteil am Nationaleinkommen im Jahre 1938 3,8%, jetzt dagegen über 45%. In der Industrie arbeiten etwa zwei Fünftel der in der Wirtschaft Beschäftigten. 1979 wurden 2,99 Md. kWh Strom erzeugt sowie 1,4 Mio t Steinkohle, 1 Mio t Chromerz und 500 000 t Eisen- und Nickelerz gefördert.

Die Landwirtschaft erbringt 38% des Nationaleinkommens. Von den Agrarprodukten werden 75% von Genossenschaften und die übrigen von staatlichen Agrarbetrieben erzeugt. Jetzt ist die Nutzfläche 2,4mal so groß wie 1938 und mißt 697 000 ha, von denen 52% künstlich bewässert werden.

J. IWANOW

NACH DEN WAHLEN

Wladimir SWETLANOW

Jamaika hat ins Parlament gewählt. Der Wahlkampf war heftig (s. Heft 43/1980). Bei einem hemmungslosen antikommunistischen Kesseltreiben und einem Terror gegen die aktiven Mitglieder der Nationalen Volkspartei (PNP) siegte die oppositionelle Labourpartei Jamaikas (JLP), die von den imperialistischen Kreisen der USA gestützt wird. Nicht zuletzt haben sich auf das Wahlergebnis auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten — die Inflation, die Verteuerung des Brennstoffs auf dem Weltmarkt, der Mangel an Bedarfsartikeln usw. — ausgewirkt.

Noch waren die endgültigen Stimmenzahlen nicht bekanntgegeben, da versicherte Washington die JLP-Führung schon ihrer „freundschaftlichen Einstellung" zur neuen Regierung. Das kam nicht überraschend. Schon einige Jahre hatten die imperialistischen Kreise alles getan, um die Regierung Manley finanziell und wirtschaftlich zu erdrosseln. Wie Andrew Young, der frühere US-Vertreter bei der UNO, erklärt hat, führte der Nationale Sicherheitsrat der USA einen Plan zur Destabilisierung Jamaikas aus, laut dem dort die politischen Unruhen intensiviert und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesteigert wurden. Damit sollte die Regierung Manley zu Fall gebracht werden.

Was mißfiel den USA an der Lage auf Jamaika? Eine Antwort findet sich z. B. in der Zeitschrift „Nation" vom 1. November. Da stand folgendes: „Angesichts der Entschlossenheit Präsident Carters, den Karibikraum zu militarisieren (für 1981 wurden mindestens neun Karibikländern Mittel zur Verstärkung ihres militärischen Potentials angeboten, und die US-Marine führte das ganze Jahr über allerlei Manöver in diesem Raum durch), sah Washington in den Freundschaftsbeziehungen Manleys zu den Nachbarländern Kuba und Grenada sowie in seiner Sympathie für die sandinistische Regierung Nikaraguas ein schlechtes Beispiel der Unbotmäßigkeit."

Noch offener kann man es nicht sagen. Washington will aus der Karibik ein „mare nostrum" machen. Die rege Teilnahme Jamaikas an der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, seine Solidarität mit den nationalen Freiheitsbewegungen und den antiimperialistischen Kräften überhaupt und denen der Region im besonderen paßte Washington ganz und gar nicht.

Entgegen dem Kurs der PNP auf politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und auf soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen hält die JLP das „Modell Portoriko" für das einzig wahre. Wie sich der neue Ministerpräsident, Edward Seaga, ausdrückte, sei die geographische Nähe der USA „ein reicher Naturschatz" Jamaikas. Seine Regierung fing damit an, dem Auslandskapital Tür und Tor zu öffnen. Sie rechnet auf ansehnliche finanzielle Hilfe, wenn sie enge Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den USA anknüpft.

Die erste Gruppe eventueller nordamerikanischer Investitionsgeber traf Anfang November, also gleich nach den Wahlen, auf Jamaika ein. Es waren die Vertreter zahlreicher Gesellschaften der Öl-, Aluminium-, Verarbeitungs-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelbranche, des Bauwesens und des Schiffbaus. Unter Berufung auf Staatsdepartement schrieb die „Washington Post": „Die USA gedenken, sich zu finanzieller Hilfe für die neue Regierung Jamaikas zu verstehen."



Dementsprechend hat auf den Machtantritt des JLP-Kabinetts auch der von den USA kontrollierte Internationale Währungsfonds (IWF) reagiert, der sich nicht zuletzt daran beteiligte, die Regierung Manley ins Wanken zu bringen. Wie die Presse mitteilt, hat er eingewilligt, Jamaika für die nächsten drei Jahre 600 Mio Dollar Kredit einzuräumen. Außerdem hat er sich erboten, zum Zustandekommen von Kredit- und Finanzabkommen mit anderen Staaten und mit Privatgesellschaften beizutragen. Auf Empfehlung des IWF haben einige Kommerzbanken des Westens Kingston wieder Darlehen gewährt, was sie eingestellt hatten, nachdem das Kabinett Manley es abgelehnt hatte, sich dem Diktat dieser internationalen Finanzkörperschaft zu fügen.

Sehr besorgt ist die demokratische Öffentlichkeit des Karibikraums über die Erklärung der Labourführung, sie wolle einen regionalen Block „demokratischer Staaten ähnlicher Orientierung" (wie Barbados, die Bahamas und Belize) unter Jamaikas Führung bilden, der sich den fortschrittlichen Staaten dieser Region entgegenstellen und eigentlich ein Rammbock des Imperialismus gegen die „Radikalisierung" der Volksmassen dieses Raumes sein soll.

Als ideologische Waffe gegen die fortschrittliche Regierung Manley benutzte man wie in vielen ähnlichen Fällen den Antikommunismus. Die uneigennützige Hilfe des Volks von Kuba an das von Jamaika beim Schulbau, beim Ankurbeln des Gesundheitswesens und beim Heranschulen nationaler Arbeitskräfte wurde als „subversives Treiben der Kommunisten" hingestellt. Um diesen Anwürfen einen Anstrich von Glaubwürdigkeit zu geben, verlangte das neue Kabinett sofort die Abberufung des kubanischen Botschafters aus Kingston.

Schon mit den ersten Schritten der JLP-Regierung hat für Jamaika wieder eine schwere Zeit angefangen. ■



Kingston. Informationszentrale der Regierung

Foto: Prensa Latina—TASS

FLIEHKRÄFTE IN AKTION

Wjatscheslaw SCHILO

In Kanada wird heftig über die Ergebnisse der Verfassungskonferenz debattiert, die die Bestimmungen des neuen Grundgesetzes ausarbeiten und vereinbaren sollte. Die Konferenz fand vor zwei Monaten statt, aber ihre Teilnehmer — die Chefs der Bundes- und der 10 Provinzregierungen — konnten sich über kein einziges der Hauptpropleme einigen. Die Fragen waren kompliziert: Repatriierung des Grundgesetzes (d. h. seine Überführung in die nationale Jurisdiktion Kanadas), Vorschläge über die sprachliche Gleichberechtigung von Anglo- und Frankokanadiern. Nachdem die Verhandlungen in einer Sackgasse gelandet waren, zogen ausnahmslos alle Beobachter in der einen oder anderen Form den Schluß, die Verfassungskrise habe sich sehr verschärft.

Stein des Anstoßes

Die heutige Krise wurzelt in alter Zeit. Der Akt über Britisch-Nordamerika (er spielt bis heute die Rolle der Verfassung Kanadas), der die Schaffung des Dominions Kanada in der westlichen Hemisphäre verankerte, wurde vom britischen Parlament noch 1867 angenommen. Darin fander vor allem die Interessen der einheimischen Handelsbourgeoisie Niederschlag, ferner die Interessen der Finanz- und Industriekreise Großbritanniens, denen es darum ging, die (nach Bildung der USA) noch verbliebenen Kolonien Großbritanniens in Nordamerika zu erhalten. Das Oberhaupt des kanadischen Staates ist dem Akt zufolge die britische Krone, die ihre Funktionen über den Generalgouverneur ausübt. Bis heute können formal beliebige Änderungen und Zusätze zum Akt über Britisch-Nordamerika mit Wissen und Billigung lediglich des britischen Parlaments angenommen werden. „Zwecks Aufrechterhaltung von Frieden, Ordnung und gebührender Verwaltung in Kanada" haben die Bundesbehörden umfassende Vollmachten in Handel, Austausch, Verteidigung und Besteuerung. Die Bundesgesetzgebung hat den Vorrang gegenüber den Gesetzen der Provinzen in Angelegenheiten wie der Einwanderung und der Landwirtschaft.

Der Akt über Britisch-Nordamerika hatte die Aufgabe, zur Verwandlung des Bundes in einen zentralisierten Staat beizutragen. Aber im Unterschied zu anderen Bundesstaaten (beispielsweise den USA), in denen von Anfang an die zentrale Regierung gestärkt wurde, entwikkelte sich der kanadische Bund mit größeren Schwierigkeiten. Parallel zur Zentralisierung verstärkten sich auch die Fliehkräfte: Der Einfluß der Provinzbehörden nahm zu.

Die Ursachen liegen in der eigenartigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung Kanadas, für die ständige Kollisionen und eine scharfe Rivalität zwischen den regionalen Gruppen der nationalen Bourgeoisie charakteristisch sind. Diese Gruppen verwendeten die Machthebel in den Provinzen energisch zu ihren Gunsten. Ein Beispiel wäre das internationale Wirken der Provinzen, das in den anderen bürgerlichen Bundesstaaten in der Regel zur Kompetenz der zentralen Regierung gehört. In Kanada dagegen eröffneten die Provinzen seit den ersten Jahren ihrer Existenz selbständige Vertretungen im Ausland.

Die Frage von Veränderungen an der Verfassung, insbesondere die Repatriierung des Akts über Britisch-Nordamerika, kam schon in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts auf. Nach Ansicht vieler Kanadier ist er ein Anachronismus, der den Gegebenheiten der heutigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung nicht mehr entspricht. Der Akt ermuntert u. a. die Fliehkräfte im Lande, weil Ottawa nicht die konstitutionelle Möglichkeit hatte, die Vollmachten der Bundesmitglieder zu regeln. Seitdem ist das Verfassungsproblem seit einem halben Jahrhundert der Stein des Anstoßes für die kanadischen Politiker.

Schiefe Bilanz

Auf relative Ruhe folgten stürmische Debatten über die einen oder

DIPLOMATEN—GÄSTE VON CHIRURGEN

Am 25. November besuchten die Chefs bzw. Vertreter von 74 in Moskau akkreditierten Botschaften die Chirurgische Forschungszentrale der sowjetischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften. Der Besuch war von der Protokollabteilung des Außenministeriums der UdSSR veranstaltet. Der Gesundheitsminister, Prof. Dr. Boris Petrowski, Mitglied der Akademie, berichtete über den Werdegang, den heutigen Stand und die Entwicklungsaussichten des sowjetischen Gesundheitswesens. Er hob hervor, daß Lenin schon in den ersten Jahren unseres Staates über 100 Dekrete, betreffend den Gesundheitsschutz der Werktätigen, unterzeichnete. Sie enthielten die Grundlagen für den sozialistischen Gesundheitsschutz: seinen staatlichen Charakter, seine Kostenlosigkeit, allgemeine Zugänglichkeit, prophylaktische Ausrichtung, seinen Massencharakter und die ständige Auswertung der medizinischen Erkenntnisse sowie die Einheit von Wissenschaft und Praxis.

Die staatlichen Aufwendungen für die Medizin werden in unserem Land immer wieder erhöht. Im 10. Planjahrfünft betrugen sie 130 Mio Rubel. Im Gesundheitswesen sind rund sechs Millionen Personen beschäftigt, darunter ca. eine Million Ärzte (fast der dritte Teil aller Ärzte der Welt). Die UdSSR hat rund 170 000 medizinische Einrichtungen, angefangen von großen mit komplizierten Apparaten wie die Zentrale, in der die Zusammenkunft mit den Diplomaten stattfand, bis zu Sanitätsstellen in kleinen Dörfern. Dieses Jahr hat die Zahl der Krankenhausbetten 3,3 Mio erreicht. Wichtig für die Vorbeugung von Krankheiten sind die Reihenuntersuchungen der Gesunden. Bedeutend erweitert hat sich der Rettungsdienst.

Die Diplomaten zeigten reges Interesse für den detaillierten Bericht über die Chirurgische Forschungszentrale und für die Entwicklung der sowjetischen Medizin. Sie besichtigten auch das Barotherapeutische Zentrum der UdSSR, das der Chirurgischen Zentrale angehört und wo unter erhöhtem Sauerstoffdruck behandelt wird, was bei manchen Herz- und Kreislaufkrankheiten besonders gut wirkt.

W. R.

anderen Punkte des Akts. Mehr als 10 Bundes- und Provinzkonferenzen, die sich zum wichtigsten verfassungsmäßigen Mechanismus gestaltet haben, fanden statt. Aber immer wieder versagte dieser Mechanismus.

Nach dem zweiten Weltkrieg wirkte sich die große wirtschaftliche Annäherung an die USA auf die gesamte Wirtschaft des Bundeslandes aus. Die bis dahin recht feste Struktur der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Landes wurde gestört. Die engere Zusammenarbeit der kanadischen Provinzen mit den benachbarten Bundesstaaten und ganzen Wirtschaftsgebieten der USA zog eine Umorientierung der inneren wirtschaftlichen Beziehungen nach sich. Die Widersprüche zwischen den regionalen Gruppen der Bourgeoisie verschärften sich, die Tendenz zur wirtschaftlichen Zersplitterung trat deutlicher zutage.

Das hatte unvermeidlich auch eine politische Desintegration zur Folge: Die Macht in den Provinzen erstarkte auf Kosten der Bundesmacht. Dazu trug u. a. die stürmische Entwicklung des Bergbaus in den westlichen Gebieten bei (gemäß Art. 109 des Akts gehört die Ausbeutung der Naturschätze zur Jurisdiktion der Provinzen). Der rasche Preisanstieg bei Treibstoffen sicherte den erdöl- und erdgasreichen Provinzen die Unabhängigkeit von Ottawa. So konnte sich die Provinz Alberta für ihre „Petrodollars" einen „Erbfonds" anlegen, dem 30% der Einkünfte aus den Erdölrevieren zugeführt werden. Der „Erbfonds" beläuft sich heute auf 6,5 Md. Dollar und wird in der Hauptsache für Anleihen an andere Provinzen verwendet.

Die Verschiebung in der wirtschaftlichen Kräftegruppierung zugunsten des Landeswestens schwächte die Zentralmacht. Außerdem bewegen die Öffentlichkeit in den letzten Jahren immer mehr Probleme von Sozialfürsorge, Gesundheitsschutz und Bildung — alles Dinge, die teilweise oder vollständig zum Kompetenzbereich der Provinzen gehören. Die Fliehkräfte sind dermaßen stark geworden, daß einige darin sogar die vorherrschende Tendenz sehen.

Hinzu kommt ...

Ein Faktor der Dezentralisierung ist die ungelöste nationale Frage. In den beiden letzten Jahrzehnten verstärkte sich das Bestreben der Frankokanadier, mit Hilfe der Organe der Staatsmacht von Quebec die Gleichberechtigung mit den Anglokanadiern zu erreichen. Nachdem in dieser Provinz die Regierung der kleinbürgerlichen Parti Québecois unter René Lévesque an die Macht gekommen war, nahm die Bewegung Formen an, die für die Einheit Kanadas bedrohlich sind. Die Frage wurde amtlich aufgeworfen, ob das weitere Verbleiben der Provinz im Rahmen des Staates zweckmäßig sei. Die Behörden von Quebec rangen um politische Unabhängigkeit und stellten Kanada dadurch an den Rand des Zerfalls. Die Kulmination der politischen Pläne der Parti Québecois war das Referendum vom 20. Mai. Abgestimmt wurde für oder wider die Verhandlungen mit der Bundesregierung über neue Grundlagen der Beziehungen der französischsprachigen Provinz zu Ottawa und den englischsprechenden Provinzen. Die Verhandlungen sollten gemäß den Prinzipien und Vorschlägen des Weißbuches „Quebec—Kanada: Neues Verhältnis" (November 1979) erfolgen. Im Grunde ging es darum, Quebec die politische Unabhängigkeit zu sichern und seine wirtschaftliche Assoziation mit den anderen Provinzen zu erhalten.

Im Zuge der Diskussion über die Formel „Souveränität—Assoziation" verwarfen die Vertreter Ottawas sowie die Ministerpräsidenten der anderen Provinzen kategorisch die Möglichkeit von Verhandlungen auf dieser Basis. Aber die Diskussion zeigte: Ausnahmslos alle Provinzen möchten wesentliche Veränderungen an der staatsrechtlichen Einrichtung des Landes, vor allem an der Verfassung, erörtern bzw. vornehmen.

Die Ergebnisse des Referendums in Quebec (59,5% der Stimmen dagegen, 40,5% dafür) waren in hohem Maße vorausbestimmt, nachdem Ministerpräsident Trudeau erklärt hatte, die Abstimmung dagegen ebne den sofortigen Verhandlungen zwischen dem Bund und den Provinzen über eine neue Verfassung den Weg.

Kaum eine Woche nach dem Referendum sprach sich Trudeau in Erfüllung seines Versprechens für sofortige Verhandlungen über die Verfassung aus. In einer offiziellen Botschaft an die Ministerpräsidenten der Provinzen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, dem ganzen Land, besonders den Einwohnern von Quebec „unsere Fähigkeit" (die der föderalen und provinziellen Regierungschefs) „zu zeigen, Möglichkeiten für die Verwirklichung von Reformen, deren Notwendigkeit in allen Teilen des Landes seit langem empfunden wird, nicht nur zu suchen, sondern auch zu finden".

Auf der Konferenz im Juni wurde vereinbart, im Sommer intensiv zu verhandeln. Zahlreiche Probleme sollten zur Sprache kommen, von der Deklaration der Prinzipien bis zu einer Reform des Senats (Oberhaus des kanadischen Parlaments) und des Obersten Gerichts. Die Verhandlungen sollten im September mit einer Gipfelkonferenz der Bundes- und Provinzbehörden abschließen.

Ein Remis

Die Bundesbehörden legten für die Septemberrunde einen harten Rahmen fest. Sie hatten ein Doppelziel im Auge: um jeden Preis die Verhandlungen über den toten Punkt hinauszubringen und sie nicht noch einmal in fruchtlosen Diskussionen versanden zu lassen. Die Provinzen strebten als Anhänger der Dezentralisierung danach, die Repatriierung der Verfassung in Zusammenhang zu bringen mit der vorherigen Erreichung eines Abkommens über die Aufteilung der Vollmachten zwischen den beiden Machtebenen. Faktisch rechneten sie darauf, die praktische Erweiterung ihrer Vollmachten jetzt auch legislativ zu verbriefen sowie neue Zugeständnisse von der Bundesmacht zu erkämpfen. Die Bundesregierung dagegen stützte sich auf Ontario und die drei Atlantischen Provinzen (Prinz-Eduard-Inseln, Neubraunschweig und Neuschottland) und vertrat vor allem das zentrale Prinzip. Sie war zu Verhandlungen über alle Aspekte bereit — mit Ausnahme der Vollmachten des Bundesparlaments. Obwohl die Regierung Trudeau sehr flexibel vorging, war die Septemberkonferenz ein Fiasko.

Danach beschloß die Bundesregierung, über die Regierungen der Provinzen hinweg zu handeln, zumal sie eine feste Mehrheit im Unterhaus hat und sich unmittelbar an die Bevölkerung wenden kann.

Am 2. Oktober veröffentlichte die Regierung Trudeau den Entwurf einer Botschaft an die Königin von Großbritannien über die Verfassung Kanadas. Vier Tage später sprach Justizminister Chrétien vor dem Bundesparlament und schlug vor, einen Ausschuß aus Vertretern beider Kammern zu bilden, der das Dokument prüfen soll. Der Bericht soll bis zum 9. Dezember vorgelegt werden.

Auf dem Weg zu ihrem Ziel hat die Regierung noch viele Hindernisse zu nehmen. Das größte ist die Opposition der westlichen Provinzen, hinter denen transnationale Konzerne stehen. Ende Oktober brachte die Progressive Konservative Partei Kanadas, die die Interessen der Bourgeoisie der Westprovinzen vertritt, das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Trudeau ein, wurde jedoch von den Abgeordneten der Liberalen und der Neuen Demokratischen Partei niedergestimmt.

* * *

Nach der Repatriierung des Grundgesetzes des Landes soll sofort eine neue Verfassung ausgearbeitet werden, die den modernen Erfordernissen des Staates entspricht. Eine „einfache Repatriierung" des Grundgesetzes wird die Verfassungskrise nicht beilegen. William Kashtan, Generalsekretär der KP Kanadas, betont: Die Krise sei nur durch Anerkennung und verfassungsmäßige Verbriefung der Tatsache zu überwinden, daß in Kanada zwei gleichberechtigte Nationen bestehen, ferner durch Einführung des staatlichen Eigentums an den Naturreichtümern, darunter den Energieträgern. Jede Verzögerung bei der Lösung dieser lebenswichtigen Fragen gefährdet die kanadische Föderation als solche. Die Fliehkräfte, die sie bedrohen, sind weiterhin in Aktion. ■

AUF DEM DACH AFRIKAS

Von unserem Sonderberichterstatter Boris ASSOJAN

Maseru empfing mich mit Nebel und einem trübseligen Nieselregen. Die tiefen Wolken hingen an den umliegenden Bergen und über dem Flusse Caledon, der im Westen das kleine Königreich Lesotho von der Republik Südafrika trennt. Erst gegen Abend verzogen sich die Wolken, und man sah die apfelsinenfarbene Sonne hinter einen dunklen Berg sinken.

Fand ich das Wetter einfach schlecht, so fanden es die Basuto, die Einheimischen, herrlich. „Unser Gebet ist erhört worden", das und ähnliches sagten viele. „Wir hatten lange keinen Regen, es fing schon eine Dürre an. Jetzt sind wir gerettet."

Es erübrigt sich zu erklären, was eine Dürre für ein wirtschaftlich zurückgebliebenes Land, das zu den 20 ärmsten der Erde zählt, zu bedeuten hat. Vom Landesgebiet taugen nur 15% für die Landwirtschaft, und die besten Böden hatten gegen Ende des vorigen Jahrhunderts weiße Siedler aus Südafrika an sich gerissen und den Basuto hohe Berge überlassen. Boden, der sich bequem bearbeiten läßt, ist nicht viel vorhanden, die Bauern müssen die Berghänge bestellen. Sie säen Weizen, Mais Sorghum und Gemüse und halten Schafe und Ziegen. (Lesotho ist ein Hauptproduzent von Mohairwolle.) Bei den rauhen Naturverhältnissen sind aber reiche Ernten nicht möglich, ziemlich viel Nahrungsmittel müssen aus der RSA eingeführt werden.

Wie der Generalsekretär der Regierungspartei — der Nationalpartei der Basuto (BNP) —, Minister für genossenschaftliche und landwirtschaftliche Entwicklung, Vincent Makhele, sagt, tut die Regierung alles, um die Nahrungsmitteleinfuhr aus der RSA einzuschränken.

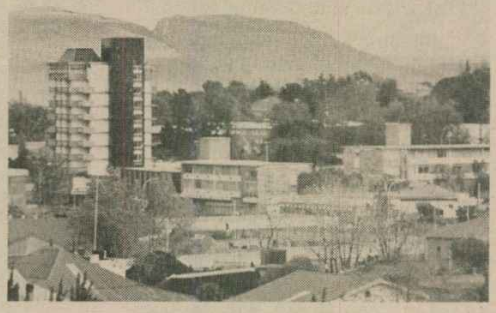
„Wir könnten unsere Ländereien besser nutzen", sagt er. Dazu müssen sich die Landwirte zusammenschließen. Deshalb ist uns die Gründung bäuerlicher Genossenschaften so wichtig."

In diesem Land mit seinen anderthalb Millionen Einwohnern existieren schon rund 300 große Genossenschaften. Sie sollen in einigen Jahren das Land völlig mit Nahrungsmitteln versorgen.

„Wir sind Optimisten", sagt Makhele lächelnd. „Wir meinen, daß wir uns schon in fünf Jahren selbst ernähren können."

Lesotho liegt als einziges Land der Welt höher als 1000 m über dem Meeresspiegel. Die Maluti-Berge nehmen zwei Drittel der Landesfläche ein. Sie gelten als die höchsten in Afrika, einige Gipfel ragen fast 4000 m auf. Deshalb wird Lesotho in Reiseführern das Dach Afrikas genannt. Es ist wunderschön mit seinen kristallklaren Wasserfällen, reißenden Gebirgsbächen, blauen Seen voller Forellen und seiner klaren, würzigen Luft.

Die in den Bergen lebenden Basuto hatten aber immer ein schweres Leben. In der Kolonie Basutoland, wie das Land hieß, bevor es 1966



Maseru, die Hauptstadt von Lesotho

unabhängig wurde, gab es nur zehn Kilometer (!) Straßen und auch die nur in den Städten. Die Bergbauern gingen kilometerweit auf den nächsten Markt nach Mais und Petroleum. Bei Schneestürmen aber wurden die Pfade verschüttet, und dann hatten die Bauern weder Nahrung noch Feuer. Wie viele erfroren oder verhungert sind, weiß niemand. Viele Gebiete Lesothos wurden erst unlängst „erschlossen", als moderne Chausseen gebaut wurden. Jetzt haben sie eine Gesamtlänge von 4500 km. In den nächsten 20 Jahren sollen welche von ebensolcher Länge und eine Ringbahn längs der Grenze des Königreichs gebaut werden.

Der Straßenbau im Gebirge ist schwierig, noch mehr aber die Instandsetzungsarbeiten. Hierbei ist Lesotho vorläufig auf Auslandshilfe angewiesen, denn es hat nur sehr wenig geschulte Kräfte dafür. Daß solche in allen Wirtschaftsbranchen mangeln, sagte mir ein stellvertretender Direktor der Nationalen Entwicklungskorporation, Pepe Mofolo.

Arbeitslosigkeit und Diamanten

Der Frühling beginnt hier wie bei uns: mit dem zarten Grün der Saaten, mit schwellenden Knospen und den ersten gelben und lila Wiesenblumen. Das Landschaftsbild weist auch die braunen Farbtöne gepflügter Felder und kahler Hänge auf, die die Bauernhäuser erklettert haben, deren jedes von einer niedrigen Mauer umgeben ist. Der Frühling beginnt aber im Oktober, denn Lesotho liegt südlich des Äquators.

An einem Frühlingstag flog ich mit einer winzigen Maschine und landete auf dem noch verschneiten Flugplatz von Letseng-la-Terae. Dort befinden sich in 3200 m Höhe Diamantenfelder der südafrikanischen Gesellschaft De Beers, das einzige Großunternehmen in Lesotho. Ein paar Tage vorher hatte es dort stark geschneit, und obwohl die Frühlingssonne schon den meisten Schnee weggetaut hatte, lagen noch Schneewehen.

Mich empfing ein Manager des Betriebs, Hans Pravida, ein geborener Österreicher.

„Das hier ist wirklich das höchstgelegene Bergwerk der Welt", erzählte er. „Sein Bau hat 43,5 Mio Dollar gekostet und etwa drei Jahre gedauert. Über 24 000 t Ausrüstungen sind auf Bergstraßen und auf dem Luftweg heraufgeschafft worden. Das Bauen war schwierig, hier wehen starke Winde, schneit es oft und sinkt die Temperatur bis —20°C."

Warum hat De Beers weder die Höhe noch die hohen Baukosten für die Mine gescheut, in der, wie mir Herr Pravida sagte, größtenteils nur minderwertige Diamanten gefördert werden? Letseng nimmt unter den Diamantenfeldern der Firma mit seiner Produktivität den letzten Platz ein: Auf je 100 t Gestein kommen nur 3—3,5 Karat Diamanten. Auch die „Lebenserwartung" des Bergwerks ist kurz, nicht mehr als 10 Jahre.

Die Sache ist die, daß in Letseng öfter große Edelsteine gefunden werden, die die hohen Aufwendungen hundertfach wieder einbringen.

Vor einigen Jahren wurde hier ein Diamant von 601 Karat gefunden, der jetzt unter den größten der Welt an elfter Stelle steht.

„Dank solchen Funden wirft Letseng meiner Firma große Gewinne ab", sagt Herr Pravida.

Die Regierung von Lesotho bekommt von ihr nur sehr wenig, muß sich aber mit den ungerechten Konzessionsbedingungen abfinden, weil der Staatskasse immerhin regelmäßig Devisen zufließen und weil in dem Unternehmen über 700 Basuto beschäftigt sind, was für das dünnbesiedelte Land schon viel ist.

„Mit unserer Arbeitslosigkeit halten wir in der Welt wahrscheinlich die Spitze", sagt Pepe Mofolo sarkastisch. „Sie beträgt 40% der arbeitsfähigen Bevölkerung."

Die Ursache ist die fast 100jährige britische Kolonialherrschaft, die aus dem Land ein Reservoir billiger Arbeitskräfte für die RSA gemacht hat. Als die Unabhängigkeit ausgerufen wurde, bestand die ganze Industrie aus zwei der katholischen Mission gehörenden kleinen Druckereien. Zwar wurde in den Jahren der Unabhängigkeit das Fundament für die nationale Wirtschaft gelegt, Lesotho wird aber noch viel Zeit brauchen, um die Zurückgebliebenheit zu überwinden und den Lebensstandard des Volkes zu heben. Dem ist auch der Umstand hinderlich, daß es wirtschaftlich von der RSA abhängt, die es von allen Seiten umgibt. In Gruben und auf Farmen der RSA sind fast 150 000 Basuto beschäftigt. Die meisten Waren in den Geschäften sind aus der RSA.

„Diese Abhängigkeit kann unserer Selbständigkeit sehr gefährlich werden", sagt Mofolo. „Stellen Sie sich einmal vor, daß diese 150 000 Arbeiter in Maseru auf der Straße lägen! Damit das nicht geschieht, suchen wir das Problem der Beschäftigung im Lande selbst möglichst schnell zu lösen."

Die Regierung hat ein bescheidenes, aber ausführbares Programm für die Entwicklung der nationalen Industrie aufgestellt, laut dem jedes Jahr 1500—2000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Außer den schon ziemlich vielen handwerklichen Werkstätten für die traditionellen Erzeugnisse aus Wolle, Mohair und Schilf sind eine Schuhfabrik, eine Ziegelei und eine Schirmfabrik eröffnet worden. Bald beginnt der Bau einer Brauerei und eines großen Betriebs für Wollverarbeitung, in denen mindestens 1500 Personen Arbeit finden werden.

Der gefährliche Nachbar

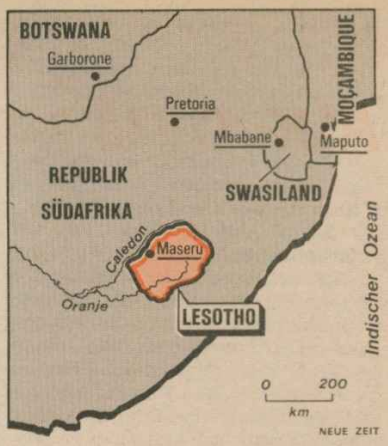
Der Etat Lesothos besteht zu einem großen Teil aus Einkünften vom Fremdenverkehr. Dafür hat man moderne Hotels gebaut (die südafrikanischen Kapitalisten gehören) und malerische Tourenwege angelegt. Dieser recht wichtige Wirtschaftszweig liegt größtenteils in Händen südafrikanischer Weißer, die, wie ein Beamter des Fremdenverkehrsministeriums sagte, herkommen, „um sich von der Apartheid zu erholen".

Anziehend ist in Lesotho die Möglichkeit zum Fischen und Bergsteigen. Aber nicht nur das. Hier gibt es fast keine Einschränkungen für prickelnde Amüsements. In den Hotels der südafrikanischen Gesellschaft Holiday Inn gibt es Spielsäle mit Roulette, Kartentischen und Spielautomaten. Ein Basuto ist da natürlich selten anzutreffen. Die Stammkunden sind weiße Südafrikaner.

Es ist doch interessant, daß die meisten von ihnen, kaum daß sie die Grenze der RSA hinter sich gelassen haben, die Forderungen der Apartheid vergessen. Sie verkehren mit Afrikanern und übertreten z. B. gern das Sittengesetz, das einen intimen Verkehr mit Angehörigen anderer Rassen verbietet. Kurz, die Gäste von jenseits des Caledon fühlen sich in Lesotho ungebunden, manchmal sogar ein bißchen zuviel. Wie die „Lesotho Weekly" berichtete, versuchen manche Touristen, die hartgesottene Rassisten sind, die Rassenfeindschaft nach Lesotho zu verpflanzen und stören die Ruhe der einheimischen Bevölkerung.

„Mit solchen Leuten fackeln wir nicht lange", sagte mir der Exekutivsekretär der BNP Desmond Sixishe. „Besonders gefährliche Radaubrüder schieben wir ab."

Wenn den Rowdys aus der RSA leicht beizukommen ist, so ist es mit dem Druck aus Pretoria schwieriger. Die rassistische Regierung der RSA verfolgt die Innen- und Außenpolitik Lesothos sehr genau. Kaum paßt ihr etwas nicht, dann kommt aus Pretoria ein Anranzer. So geschah es, als in Maseru die Absicht bekanntgegeben wurde, diplomatische Beziehungen zur UdSSR aufzunehmen; ebenso unlängst, als Außenminister Charles Molapo in der UNO-Vollversammlung erklärte, Lesotho lehne die Bildung eines „Sternbildes" der südafrikanischen Staaten unter der Ägide der RSA ab. „Lesotho wird so lange dagegen sein, wie in der RSA die Apartheid besteht", sagte er. Darüber waren die Rassisten derart erbost, daß der südafrikanische Ministerpräsident Pieter Botha unter Androhung von Strafen eine Erklärung aus Maseru forderte. Die Presse der RSA schrieb genauer, was mit diesen Drohungen gemeint war. Es kann sich darum handeln, keine Arbeiter aus Lesotho mehr zu beschäftigen; ferner um andere wirtschaftliche Maßnahmen. Das kann man nur als eine unverhohlene Erpressung des kleinen Landes bezeichnen.



Besonders ungehalten ist die RSA darüber, daß Lesotho den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) unterstützt, der im Kampf der Südafrikaner gegen die schändliche Apartheid führend ist. Die Rassisten scheuen vor nichts zurück, um durchzusetzen, daß die ANC-Vertretung in Maseru zugemacht wird. Auf aktive ANC-Mitglieder werden mit per Post geschickten Höllenmaschinen Attentate verübt. Aber auch mit anderen Methoden. Auf den Leiter einer ANC-Vertretung in Lesotho, Chris Hani, wurden dreimal Anschläge verübt. Er hat mir Fotos gezeigt, die nach einem Überfall gemacht wurden. Darauf sieht man ein schwer beschädigtes Auto und Schäden an einem Haus. Im Mai d. J. entführte die RSA-Polizei einen anderen ANC-Vertreter, der mit einer Maschine der Luftfahrtgesellschaft von Lesotho aus Moçambique nach Maseru flog. Ein halbes Jahr hielten sie ihn ohne Untersuchungsverfahren und Prozeß hinter Gittern, dann setzte die Regierung Lesothos, von anderen Ländern Afrikas unterstützt, seine Freilassung durch.

„Pretoria drückt ständig auf uns, damit wir aufhören sollen, dem ANC

Die Versammlung in Thupa Likaka
Fotos des Verfassers



zu helfen. Daraus wird aber nichts, denn trotz unserer geographischen Lage werden wir eine Außenpolitik betreiben, die im Interesse der Afrikaner liegt", sagte mir Sixishe.

Lesotho hat tatkräftig die Initiative der „Frontstaaten" zur Ausdehnung der regionalen Zusammenarbeit an der Abschwächung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der RSA unterstützt.

„Wir brauchen eine gemeinsame Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung und müssen die eigenen Ressourcen intensiver nutzen", sagte mir BNP-Generalsekretär Makhele. „Auf Staaten des Westens können wir nicht rechnen, ihre Hilfe zielt gewöhnlich nicht darauf ab, unsere wirtschaftliche Selbständigkeit zu stärken, sondern darauf, unsere Wirtschaft an das kapitalistische System zu fesseln."

Die RSA begnügt sich aber nicht mit politischen und wirtschaftlichen Druckmitteln gegen Lesotho. Sie bietet Gegnern der Regierung Leabua Jonathans Gelegenheit, von der RSA aus bewaffnete Provokationen gegen Lesotho zu verüben.

„Mit einem solchen Vorgehen wollen die Rassisten die Lage im Land destabilisieren, wir leisten ihnen aber Widerstand", sagte Sixishe. „Es macht uns stark, daß die BNP und die Regierung um eine engere Verbindung mit dem Volk, besonders mit der Bauernschaft, bemüht sind."

Von der Richtigkeit dieser Worte überzeugte ich mich in einer Versammlung von Bauernkomitees der BNP im Dorfe Thupa Likaka, das fast in der Landesmitte liegt.

Bis zu dem Dorf mußten wir noch lange durch unwegsames Gelände fahren. Da sah ich zum ersten Mal, was eine Fahrt durch die Berge Lesothos bedeutet. Kein Weg, eher nur ein Pfad führte auf einen Steilhang, verlor sich im Geröll und tauchte in einem ausgetrockneten Flußbett wieder auf. Wir wurden tüchtig durchgerüttelt. Endlich kamen wir an. Uns erwarteten etwa 50 Dorfbewohner, größtenteils Frauen. Eine junge Mutter wiegte mit dem einen Arm ihr Kind und schrieb mit der anderen Hand mit: „Damit wir es den anderen Dörflern wiedererzählen können", sagte sie lächelnd.

Die Redner sagten, sie möchten hier eine Genossenschaft bilden, müßten dazu aber Kunstdünger und landwirtschaftliche Geräte haben. Sie würden nicht zulassen, daß die Rassisten die Unabhängigkeit Lesothos erschüttern.

Nach der Versammlung stellten sich die Frauen und sangen. In einem Lied hieß es: „Das Leben ist schwer, aber wir werden es besser machen."

Maseru—Moskau

EIN NEUER TAG BRACH AN

Das sozialistische Jugoslawien hat einen denkwürdigen Tag seiner Geschichte begangen. Die zweite Tagung des Antifaschistischen Rats der Nationalen Befreiung (AVNOJ) von Ende November 1943 in Jajce (Bosnien) nahm eine Erklärung an, die den Weg zum Aufbau des jugoslawischen sozialistischen Staates bahnte. In seiner ersten Reportage aus Belgrad geht unser ständiger Berichterstatter Leonid Charjkow auf diese große geschichtliche Wende ein.

Jajce zählt zu den ältesten Städten Jugoslawiens. Es entstand im 15. Jahrhundert in der gebirgigen Gegend, wo sich die Flüsse Pliva und Vrbas vereinen. Die Stadt ist in die Geschichte des neuen Jugoslawiens eingegangen. Sie war ein Brennpunkt der nationalen Freiheitsbewegung.

Jajce hat ein Museum. Dort wird mit anderen Dokumenten die Liste der Delegierten zur zweiten Tagung des AVNOJ aufbewahrt. Darauf steht auch Pavle Savić, der heute ein bekannter Wissenschaftler und Präsident der Serbischen Akademie für Kunst und Wissenschaft ist.

Er blickt auf ein langes und ereignisreiches Leben zurück. 1932 absolvierte er die Universität Belgrad. Zwei Jahre diente er in der Armee, dann folgten ein weiteres Studium und wissenschaftliche Arbeit in Paris bei Irène Joliot-Curie. Dort lernte Savić auch die ersten marxistischen Schriften kennen. Im Juni 1939 trat er der KP Jugoslawiens bei.

Nachdem die Nazis Frankreich okkupiert hatten, wurde Savić ausgewiesen. Er ging nach Belgrad und kam dort Aufträgen der Partei nach. Als die illegale Gruppe aufflog, arbeitete er sich in das von den Patrioten befreite Gebiet, in die „Republik Užice", durch. Dort war er im Hauptquartier der Volksbefreiungspartisanen tätig.

Ich habe Savić kennengelernt und ihn gebeten, mir von der zweiten Tagung des AVNOJ zu erzählen. Er sagte:

„Seitdem die Nazis Jugoslawien okkupiert hatten, nahm der Terror mit jedem Tage zu. Patrioten wurden in Kerker und Konzentrationslager geworfen. Die Besatzer fachten eine nationale und religiöse Zwietracht an. Die einzige politische Kraft, die fähig war, den Widerstand in die Wege zu leiten, waren die Kommunisten. Im Mai 1941 beschloß das ZK der KPJ, eine breite nationale Befreiungsfront zum Kampf gegen die Eindringlinge und ihre Helfershelfer im Land aufzustellen."

FÜR FRIEDLICHE WIEDERVEREINIGUNG KOREAS

Vor fünf Jahren faßte die 30. Tagung der UNO-Vollversammlung eine Resolution zur Koreafrage. Seit vielen Jahren Koreadebatten in der Vollversammlung wurde zum erstenmal empfohlen, alle fremden Truppen aus Südkorea abzuziehen sowie das sogenannte Kommando in Korea aufzulösen, das fast gänzlich aus Vertretern der USA besteht. Die Resolution empfahl ferner, das Waffenstillstandsabkommen vom 27. Mai 1953 durch ein besseres Friedensabkommen zu ersetzen.

Der Wunsch der Weltöffentlichkeit, darunter auch der fortschrittlichen Öffentlichkeit in den USA nach Gesundung der politischen Lage auf der koreanischen Halbinsel war so stark, daß er sogar im Wahlprogramm des damaligen Präsidentschaftskandidaten Carter seinen Niederschlag fand. Er versprach 1976 einen etappenweisen Abzug der US-Truppen aus Südkorea. Diese Zusage teilte das Schicksal vieler anderer Versprechen Carters und blieb auf dem Papier. Nachdem er den Präsidentensessel erklommen hatte, ließ er die Maske des Friedensapostels fallen und nahm Kurs auf die Anheizung der internationalen Spannungen. 1978 wurde für den Fall, daß das UNO-Kommando entsprechend der Resolution der 30. Tagung aufgelöst wird, erklärt, es solle „ein kombiniertes amerikanisch-südkoreanisches Truppenkommando" gebildet werden. Einige Monate später trat der US-Präsident ein weiteres Mal, diesmal entscheidend, von seinen Verspre-

Der Einfall der Nazis in der UdSSR war das Signal zum bewaffneten Aufstand, zu energischen bewaffneten Aktionen in allen Teilen Jugoslawiens. Sie wuchsen in einen das ganze Volk erfassenden Partisanenkrieg hinüber. Im Dezember 1941 wurde in dem Flecken Rudo die 1. proletarische Brigade aufgestellt. Ende 1942 hatte die Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens schon ein Fünftel des Landes eingenommen.

Überall entstanden Nationale Befreiungskomitees und übernahmen im bewaffneten Kampf des Volkes gegen die Besatzer und ihre Mitläufer — die Ustaša und die Četniks — die Führung. Die Komitees waren die Keimform der wirklich demokratischen, vom Volk gewählten und ausgeübten Macht. Deren Tätigkeit wurde von der KP Jugoslawiens geleitet. Slavić fährt fort:

„Zur Leitung des Befreiungskampfes und der Befreiungskomitees wurde als politisches Organ der AVNOJ gebildet. Seine erste Tagung, an der ich teilnahm, war am 26. und 27. November 1942 in Bihać. Sie rief alle Völker unseres Landes auf, in größerem Umfang für die nationale und soziale Befreiung des Landes zu kämpfen, und brandmarkte den Verrat der Četniks, der Ustaša und der sonstigen Kollaborateure. Der Volksbefreiungskrieg verschmolz immer enger mit dem Kampf für die soziale Befreiung der Werktätigen. Die Kommunisten übernahmen die Organisation des Kampfes für eine gerechte Lösung der nationalen Frage und für eine festere Einheit aller Völker des Landes. Das war schwierig, denn wie ich schon sagte, fachten die Besatzer und die einheimische Reaktion eine nationale und religiöse Zwietracht an."

Ende 1943 zählte die Volksbefreiungsarmee schon 300 000 Mann. Die Hälfte des Landes war befreit. Dank diesen Erfolgen war ein neuer Schritt zur Konsolidierung der Volksmacht und aller antifaschistischen Fortschrittskräfte möglich. Am 29. November 1943 begann in Jajce die zweite Tagung des AVNOJ.

Aus den befreiten und den noch besetzten Gebieten kamen 208 Delegierte dazu, viele auf schweren, ja gefährlichen Wegen, auf Bergpfaden und durch Schluchten, unter Umgehung von Gendarmerieposten. Oft mußten sie sich durch feindliche Postenketten buchstäblich durchschlagen.

Es war Spätherbst, der sonst in Bosnien kalt, windig und trübe zu sein pflegt. Dieses Mal aber war es warm und sonnig. Feindliche Flugzeuge und Kundschaftertrupps konnten eine ungewohnte Belebung in den Straßen des Städtchens ausmachen. Den ganzen Tag hörten die Fliegerangriffe nicht auf. Deshalb wurde die Tagung erst spätabends eröffnet.

Trotz der schwierigen Situation herrschte auf der Tagung eine gehobene Stimmung. Es sprach der Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsarmee, Josip Broz Tito. Über die Tätigkeit des AVNOJ berichtete der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Rates, Ivan Ribar.

Begeistert nahmen die Anwesenden eine Erklärung an, in der die Grundlagen für den neuen Staat festgelegt waren. Bei stürmischem Beifall wurde der AVNOJ zum obersten Legislativ- und Exekutivorgan erklärt.

Die Regierung — das Nationalkomitee der Befreiung Jugoslawiens — wurde gebildet. Ihr Chef wurde Tito. Proklamiert wurde die Gleichstellung aller Völker Jugoslawiens, das als Föderation aufgebaut werden solle. Weiter verbot die Tagung König Peter II. bis zum Kriegsende die Rückkehr ins Land.

„Auf der Tagung hatte ich die Sitzungsdokumente chiffrieren und sie mit Verbindungsleuten an den in Moskau befindlichen Sender Freies Jugoslawien durchgeben zu lassen", erzählt Savić weiter. „Die Chiffrierer und Funker arbeiteten am anderen Ende der Stadt. Ich mußte den Weg vielmals zurücklegen, oft beim Einschlagen von Fliegerbomben.

Die Tagung schloß am 30. November frühmorgens. Die Teilnehmer sahen aber nicht müde aus. Alle waren ausgezeichneter Stimmung. Man hörte Rufe wie: ‚Hoch die Volksmacht!', ‚Tod den Okkupanten und Verrätern!' und ‚Es gibt kein Zurück!'

Ja, ein Zurück kam nicht mehr in Frage. Ein neuer Tag brach an und erleuchtete dem Land seinen Weg zu den sozialistischen Umgestaltungen."

Belgrad

---

chungen zurück, indem er erklärte, die Pläne zum Abzug der US-Truppen aus Südkorea müßten überprüft werden. Zur Rechtfertigung dieses Beschlusses wurde mit einem „bevorstehenden Überfall Nordkoreas auf den Süden" Propaganda gemacht.

Die Unhaltbarkeit all dieser Stories ist offensichtlich. Gerade die KVDR dringt systematisch und beharrlich auf Kontakte zum Süden, um die mit der friedlichen Wiedervereinigung Koreas verbundenen Fragen einer praktischen Lösung zuzuführen. Auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Koreas im Oktober d. J. wurde ein detailliert ausgearbeitetes Programm zur Schaffung eines Föderativen Koreanischen Staates unter Friedensbedingungen und zur Beseitigung jeglicher ausländischen Einmischung in die Angelegenheiten des koreanischen Volkes vorgelegt.

Eine der wahren Ursachen für die Weigerung der US-Administration, ihr Versprechen und damit auch die UNO-Resolution zu Korea einzuhalten, besteht darin, daß die USA zu diesem Zeitpunkt einen neuen Partner erhalten haben. Die heuchlerischen Versicherungen, man unterstütze die Haltung der KVDR, hinderten die Pekinger Führung nicht daran, Washington ihr Interesse an der fortdauernden Stationierung der 40 000 Mann starken US-Armee in Südkorea zu signalisieren. Dabei beriefen sich die chinesischen Sprecher auf die angebliche Notwendigkeit der Beibehaltung des „Status quo". Darüber hinaus zeigte Peking im Sommer d. J. Besorgnis über die regierungsfeindlichen Massendemonstrationen der südkoreanischen Bevölkerung in Kwangju, da sie diesen „Status quo" hätten verletzen können, was den Pekinger Strategen nicht gefallen würde. Auf dem VI. Parteitag der Partei der Arbeit Koreas warnte Peking, die blockfreien Staaten könnten genau wie die sozialistischen Länder mit den Imperialisten um prinzipielle Fragen feilschen und die grundlegenden Interessen der Revolution verraten, könnten um des eigenen Vorteils Willen die Interessen anderer Länder opfern. Kommentar überflüssig.

Das koreanische Volk findet seitens der Sowjetunion in seinem patriotischen Kampf für die Wiedervereinigung des Landes vielfältige und ständige Unterstützung. Die Bürger der Sowjetunion solidarisieren sich mit der Forderung nach Beendigung der ausländischen Okkupation Südkoreas und sprechen sich damit für die unbedingte Einhaltung der UNO-Beschlüsse zu Korea aus.

B. MICHAILOW

VORBOTE DES TAGES IM OSTEN

Michail ILJINSKI

Als ich in Hanoi einmal bei dem Schriftsteller Nguyen Tuan zu Besuch war, schlug ich ein Buch auf, dessen Verfasser folgende Worte an die Leser der 30er Jahre richtete: „Meine Freunde, Sie kennen Ihre Vaterstadt Hanoi nicht. Der Tu-Yen-Tempel ist vergessen, die Ostbrücke besteht nicht mehr, und der To Lich fließt nicht mehr hindurch."

Der Hausherr nahm das Buch, blätterte in den vergilbten Seiten und sagte: „Ich bin anderer Meinung. Wir kennen unsere Stadt, halten ihre Altertümer sorgsam instand, bauen aber ein neues, ein sozialistisches Hanoi, eine Stadt der Zukunft. Wer lange unter schönen Dingen lebt, sieht sie nicht mehr. Ich liebe unsere uralte Stadt, neige mein graues Haupt aber auch vor ihrer Jugend."

Den Historikern und Geographen zufolge war der To Lich in alten Zeiten ein Arm des Roten Flusses, in dessen Delta Hanoi schon fast ein Jahrtausend liegt. Die Ufer des To Lich verschwanden hinter dichten Maulbeerbäumen. Allmählich versumpfte das Flußbett, die tieferen Stellen verwandelten sich in Seen. An einem, dem Giang Vo, ist ein modernes Viertel und eine städtische Ausstellung entstanden. Wo einst weiße Segelboote auf dem To Lich fuhren, dehnt sich jetzt ein Neubauviertel. Schon sind große Flächen gesäubert, Gräben und Schluchten zugeschüttet und Sümpfe trockengelegt. Zwischen den entstehenden Wohnvierteln sollen Grünflächen angelegt werden. Die heutigen Bauleute haben, entgegen den Klagen des Schriftstellers aus der Kolonialzeit, auch nicht vergessen, daß hier die Wellen des alten To Lich murmelten. Der von ihnen wiederhergestellte Fluß wird nicht nur eine Zierde Hanois, sondern auch eine Art Reservoir sein, dessen Wasser in der Trokkenzeit in die Vororte auf die Reisfelder fließen und bei Hochwasser den Wasserüberschuß aufnehmen soll.

Gespräche am To Lich

Einmal saß ich mit Nguyen Tuan am To Lich. Es war gegen 5 Uhr nachmittags. Die sich schon neigende Sonne vergoldete kaum die Spitzen der wie unsere Tannen buschigen hohen Saubäume und zauberte Glanzlichter auf die Ziegeldächer der Häuser. Nguyen Tuan liebt die Zeit, wenn in der Stadt die Lichter angezündet werden. Im Abendschein neigt er zum Philosophieren.

Ich lausche seiner melodischen Stimme, die aber manchmal wie das Wasser in der Wasserpfeife gluckst, und denke an seine und meine langjährigen Hanoier Freunde.

Von alters her sind Edelsteine und Blumen dem vietnamesischen Volk Symbole der schönsten menschlichen Eigenschaften. Die Chrysantheme z. B. versinnbildlicht den Seelenadel, sie duftet bei Kälte stärker, als wenn es warm ist, steht also für den Freund in der Not. Die prächtigen Phusungblumen, purpurrote Dolden, blühen nur zwölf Stunden, bemessen wie die schönen Stunden im menschlichen Leben. Die Orchideen werden Frühlingsboten genannt.

Der Bambus aber gilt als der Ritter Vietnams. Er bildet riesige Dikkichte. Er ist hohl. Also ein Ritter ohne Herz? Nein, er ragt mit seinem hohen Sinn über die Alltagssorgen hinaus und ist den Menschen immer zu helfen bereit. Nguyen Tuan liebt folgenden Spruch aus alten Zeiten: „Solange in Vietnam der Bambus wächst, so lange ist sein Volk unbezwinglich."

Nach der Regenzeit sehen die jungen Bambustriebe wie wehende Mähnen aus. Der Bambus liefert in Vietnam Baugerüste, Seglermasten und die Böden der so nützlichen Flöße. Er lieferte aber auch tödliche Pfeile und die scharfen Keile, die in den Grund des Bach-Dang-Flusses gerammt wurden, dank denen der legendäre Tran Hung Dao und seine Truppen im 13. Jahrhundert die

SEIFENBLASEN DER CIA

In Philadelphia hat sich etwas zugetragen, das direkt mit der Nahostpolitik der USA zusammenhängt. Ein namhafter Wirtschaftsexperte der USA, Assistent des Direktors des Zentrums für Rußlandforschungen an der Harvard University, Marshall Goldman, hat anhand von Tatsachen nachgewiesen, daß der seinerzeit so aufsehenerregende Bericht der CIA, laut dem ein Sinken der Ölgewinnung in der UdSSR bevorstehe, falsch und völlig unbegründet ist.

Wir erinnern daran, daß diese Prophezeiung 1977 im Westen Furore machte. Dort folgerte man sogleich kategorisch, daß die UdSSR darauf aus sei, die Ölvorkommen des Nahen und Mittleren Ostens an sich zu reißen, um sich selbst einzudecken und den Ölnachschub Westeuropas und der USA unter ihrer Kontrolle zu halten.

Diese Propagandalüge des US-Geheimdienstes griffen gewisse Leute auch in arabischen Ländern auf. So ist die „sowjetische Bedrohung" der Ölschätze der mohammedanischen Welt in Ägypten, bei Präsident Sadat, ein ständiges Thema.

Jetzt aber haben die Amerikaner selbst mit Tatsachen, Zahlen und Dokumenten nachgewiesen, daß die UdSSR keinen Ölmangel leidet, daß vielmehr ihre Ölausbeute zunimmt.

Die Ölgewinnung sinkt in den USA. Warum, das wollen wir nicht untersuchen, sondern einen Passus aus der Erklärung Goldmans von Anfang November auf einem Symposium in Philadelphia über die Lage in der sowjetischen Energiewirtschaft zitieren: „Ich möchte lieber ihre als unsere Probleme haben. Wir müssen fast 40% unseres Ölbedarfs durch Import decken, während sie sich nicht nur restlos selbst mit Öl eindecken, sondern obendrein viel ausführen."

Die Prognose, daß die Ölvorkommen der UdSSR fast erschöpft seien, und daß „die Russen" das nahöstliche Öl an sich reißen wollen, ist also erlogen, ein ausgesprochener Störakt der CIA, die auf diese Weise die Unzufriedenheit der Bevölkerung in den westlichen Ländern über die Schwierigkeiten mit der Energie- und Brennstoffversorgung „kanalisieren" will, Schwierigkeiten, an denen die Raubpolitik der Multis schuld ist. Anderseits will man damit die nah- und mittelöstlichen Länder gegen die UdSSR aufbringen, die es auf ihre Ölschätze abgesehen habe. Die USA glauben, in dieser künstlich geschaffenen Atmo-



Zeichnung aus Nguyen Tuans Buch „Schatten und Laute der Zeit" in der Ausgabe des sowjetischen Verlags „Chudoshestwennaja literatura"

Flotte von Eindringlingen besiegen konnten.

„Schätze sind nicht grenzenlos, aber die Habgier von Feinden ist es. Doch nie wird Feindeshand an die seelischen Schätze des vietnamesischen Volkes rühren" — auch diesen alten Spruch kenne ich von Nguyen Tuan.

Auf Hanoi hat sich die Nacht herabgesenkt. Ich sehe den Freund an, wie er da so in Gedanken versunken sitzt, das Kinn auf die Krücke des Spazierstocks gestützt. Die alte Tabakpfeife, seine ständige Begleiterin, glüht unablässig. ‚Ein prächtiger Sohn seines Landes', denke ich. Ich weiß, daß Ilja Ehrenburg, Leonid Sobolew, Konstantin Simonow, Henri Barbusse, Madeleine Riffaud und viele andere Zeitgenossen mit viel Wärme von ihm sprachen. Und ich weiß auch, warum. Dieser Mann hat einen weiten und dornenvollen Weg zurückgelegt. Schon Mitte der 30er Jahre zählte er zu den besten Schriftstellern Vietnams. Über die Augustrevolution war er begeistert. Im Jahre 1946 trat er der Partei der Kommunisten bei und wurde der erste Generalsekretär des Schriftsteller- und Künstlerverbandes. Aus allen seinen Büchern spricht Vaterlandsliebe, Gemeinschaftssinn, Optimismus und Menschlichkeit.

„Der Leser schöpft bei uns ethische Kraft", sagt Nguyen Tuan und setzt damit unser Gespräch über die Bestimmung des Schriftstellers in der Gesellschaft fort.

Einen romantisch gehobenen, profilierten Stil haben seine Erzählungen „Schatten und Laute der Zeit", „Eine Tasse Tee aus Morgentau", „Heimatlos", „Ein Tempel der Musik", „Reportagen über den Widerstand", „Der Schwarze Fluß" und viele andere. In Nguyen Tuans Übertragung hat Vietnam Tschechow kennengelernt. Er hat über Tolstoi und Dostojewski geschrieben.

„Es ist wunderbar, ihre Werke zu übersetzen", sagt er. „Auch nur der Schatten eines großen Baumes zu sein, ist ein Genuß und eine Ehre."

Als im Dezember 1972 amerikanische Bomber über Hanoi Tod und Verderben ausspien und die Kham Thien, die Straße der alten Sterndeuter, in Schutt und Asche legten, schrieb er ein Buch über die Tapferkeit der Patrioten. Ebenso wie seine anderen Bücher ist mir auch dieses ein kostbarer Besitz, denn ich weiß, daß er es mit seinem Herzblut geschrieben hat.

„Der Schriftsteller ist wie ein Wanderer", sagt Tuan. „Er ersteigt gleichsam steile Berge, wo selbst Saumtiere ohne Lasten abstürzen, und träumt dabei vom kosenden Meer. Er ist in Schweiß gebadet, immer stärker quält ihn der Durst, aber je schwerer es wird, desto salziger soll sein Trunk sein, nach ein paar Salzkörnchen wird sein Schritt fester, schreiten seine Füße hurtiger über spitzes Gestein und schlägt sein Herz freier." (Salz ist in vietnamesischen Legenden oft das Symbol der Willenskraft.) „Der Dichter kann nicht im Morast der Lobeshymnen leben, der ein weiches Lager ist, ihn aber in die Tiefe zieht."

Nguyen Tuan ist vor kurzem 70 geworden, aber auf die Frage nach seinem Alter entgegnet er lachend:

„Ich bin noch sehr, sehr jung. Wieviel Jahre ich schon lebe? Das weiß ich nicht, ich habe sie nicht gezählt."

Wieso der Rabe schwarz ist

Er nimmt säuberlich beschriebene Blätter zur Hand, sieht sie durch, fängt meinen Blick auf und fragt:

„Du wunderst dich wohl über meine Schrift. Sie ist das einzige Erbteil meines Vaters. Er war im Lande der bekannteste Schönschreiber und hatte ein Wesen wie Dostojewskis Fürst Myschkin. Manchmal schien er wehrlos wie ein kleines Kind zu sein. Reiche Nichtswisser lachten über seine Vorliebe für die Schönschrift, es machte ihnen Spaß, dem wie der Vogel Vuong arglosen Mann alte Handschriften zum Abschreiben zu geben. Er konnte Bitten nicht abschlagen und schrieb kunstvoll Zwiegespräche — Zeugnisse uralter Weisheiten — ab, ohne auch nur zu ahnen, daß die Auftraggeber über sein Mühen spotteten."

Ignoranten brauchen immer neue Zerstreuungen, ihr schwacher Sinn wird einer Beschäftigung schnell müde. Auch versäumten sie nie die heiligen Stunden der Mahlzeiten, vergaßen aber den Schreiber, und dieser schrieb auf Seide weiter die Legende davon, warum die Federn des Pfaus bunt wie der Regenbogen, die des Raben aber schwarz sind.

---

phäre des Mißtrauens gegen die UdSSR leichter den „Retter" der arabischen Völker spielen, in Wirklichkeit ber leichter in diesen Raum vorstoßen nd dort ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Positionen ntermauern zu können. Man denkt es ich so: Je mehr Angst vor der UdSSR n der mohammedanischen Welt herrche, desto berechtigter müßte eine merikanische „Inschutznahme" erscheien.

Zum Unterschied von den USA erebt die UdSSR aber gar keinen Anpruch auf die Ölschätze anderer Länder und nennt die Regionen, wo sich iese Schätze befinden, nicht Bereiche nrer „Lebensinteressen". Nie hat jeand in der UdSSR gesagt, diese wolle emdes Öl unter ihre Kontrolle nehen und anderen Ländern die Bedinungen diktieren, zu denen sie ihr Öl uf den Weltmarkt zu liefern hätten.

Solche Äußerungen sind aber mehrfach von offiziellen Vertretern der USA vorgebracht worden, und die Praxis zeigt, daß das nicht bloß Worte sind. Sie sind jetzt von militärischen Machtdemonstrationen der USA im Persischen Golf, von der Erpressung einzelner Länder dieser Region und von den amerikanisch-ägyptischen militärischen Operationen begleitet.

Bedarf es noch eines Beweises, daß die USA mit allen Mitteln psychologisch auf die arabischen Länder drücken und sie dann politisch, wirtschaftlich und militärisch unterjochen wollen? Müßten gewisse Leute in arabischen Ländern dem Geheimdienst, der Diplomatie und den Massenmedien der USA im Nahen Osten nicht endlich auf die Sprünge kommen? Das sollten sie, und dann müßten sie die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

W. KATIN

... Vor langer Zeit schämten sich der Pfau und der Rabe ihres weißen Gefieders. Auf den Rat des Drachens verschafften sie sich die teuersten Farben und wollten zu den Menschen fliegen, um sich bewundern zu lassen. Bei Vollmond bemalte der Rabe den Pfauen, und dieser wollte den Raben zum Dank noch schöner machen. Eifrig malte er allerlei Muster. Da ertönten Gong- und Trommelschläge und kündigten einen Festschmaus im nahen Dorf an. Der Rabe fing an, den Pfauen anzutreiben: „Wenn du dich nicht beeilst, essen uns die Menschen alles weg", schrie er. Schließlich stieß er den armen Pfauen von sich, packte den Eimer mit Farbe und goß ihn sich über den Kopf. Die Farbe war aber schwarz. Er flog laut schreiend ins Dorf, wo sich die Tische unter den Leckerbissen förmlich bogen. Die Menschen ließen aber den häßlichen schwarzen Vogel nicht heran. Seitdem muß er mit Abfällen vorliebnehmen.

Nachdem Tuans Vater die Legende abgeschrieben hatte, sagte er den aufgeblasenen Dummköpfen zum Abschied: „Ich sehe hier viele mit schwarzem Gefieder." Tuan erzählte sie mir und fügte hinzu:

„Wer sich zum Festmahl beeilt und den fleißigen Mitmenschen vergißt, der begießt sich mit schwarzer Farbe. Den Leuten, die unsere Welt anschwärzen wollen, geht es bestimmt nicht anders."



Stolz erhebt sich am „See des wiedergewonnenen Schwertes" eine alte Pagode mit ihrem geschwungenen Ziegeldach. Stets bewundern hier viele Einwohner der Hauptstadt die Kunst der alten Meister.

Foto: A. Pin

Es wird ein Tuan-Haus geben

Bei uns in der UdSSR gibt es ein Tschechow-, ein Tolstoi-, ein Dostojewskihaus usw. In Hanoi gibt es so etwas noch nicht, vor allem infolge der langjährigen Kriege und der großen Wohnungsnot. Ein ganzes Haus ist für einen vietnamesischen Schriftsteller oder Künstler ein Luxus. Aber es wird einmal bestimmt solche Häuser geben.

Es steht ein Haus in der Tran-Hung-Dao-Straße, davor vier hohe Palmen. Einst gehörte es einem Gutsbesitzer aus Thai Binh, danach einem japanischen Offizier, der die Obergeschosse nach eigenem Geschmack umbaute. Jetzt wohnen darin Nguyen Tuan und noch elf Familien. Er ist stolz auf diese Wohnung. Sein höchstes Gut ist seine Bibliothek, auf deren Regalen über tausend seltene Werke mit jahrhundertealten Keramiken abwechseln.

In seinen beiden Zimmern hängen Bilder von seinen Freunden Nguyen Sang, Nguyen Tu Nghiem und Buy Xuan Phai. Von einem Wandteller sieht uns das von Sang gemalte lächelnde Gesicht Tuans an.

„Er malt keine solchen Teller mehr", sagt Tuan bedauernd, „aber seine Teller bilden eine ganze Geschichtsgalerie."

Wie Tuan da so auf den knackenden Dielen des alten Hauses auf- und abgeht, sieht man es ihm an, daß er schon viele wechselvolle Lebensjahre hinter sich hat und daß dieser sanfte, zarte Mann eine wunderbare Willensstärke, mutige Denkweise und viel Güte besitzt, daß er das Leben und die Menschen liebt. Die Hauptsache ist nicht die Zahl der Jahre, sondern die Art, wie man sie durchlebt hat. Das sagte er bei der Feier an seinem 70. Geburtstag.

Einmal kam er an einem Silvesterabend zu mir, in brauner Kordjacke und schwarzem Wollhemd, das lange graue Haar auf den Kragen fallend.

„Weißt du", sagte er, „heute kommen mir andauernd Erinnerungen. An einem ebensolchen Abend — es war 1941 — kam ich hier in Hanoi in Handschellen an. Im Gefangenenwaggon und unter Polizeibewachung. Ich hatte kein Neujahrsfest zu erwarten, ich ging in die Verbannung. Wie oft ist das Schicksal dem Menschen nicht hold! Aber schon nach ein paar Tagen wurde für mich alles anders. Um die Intellektuellen zu beschwichtigen, sprach man mir für mein Buch ‚Schatten und Laute der Zeit' den ersten Preis zu." (In der UdSSR kennt man es, ebenso wie andere Bücher Tuans, in russischer Übersetzung.) „Ich wurde freigelassen und bekam obendrein einen Scheck auf die Indochinesische Bank. Was ich mit meiner Freiheit anfangen sollte, das wußte ich, aber mit dem Geld?" Er lächelte in seinen Bart hinein. „Aber ich fand eine Verwendung. Ich ging zu einer Bekannten, einer berühmten Sängerin, die mit revolutionären Untergrundkämpfern in Verbindung stand, und gab ihr das Geld. Im ersten Widerstandskrieg trennten sich unsere Wege. Ich ging zu den Partisanen, sie blieb in der Hauptstadt und behielt Verbindung zu den Revolutionären. Einmal brachte mir ein Freund ein Päckchen von ihr mit. Darin war ihr Seidentuch, das hier." Tuan nahm es aus der Brusttasche und faltete es auseinander. „Du siehst, ich bewahre es noch jetzt auf."

Lange und konzentriert sah er auf das Tuch, als läse er in jahrzehntealten Erinnerungen. Dann faltete er es wieder zusammen und steckte es in die Tasche zurück.

„Sie ist im ersten Widerstandskrieg zugrunde gegangen", sagte er. „Ich weiß nicht, wo sie begraben liegt. Aber vergessen werde ich sie mein Lebtag nicht. Auch ihre Worte nicht. Das Morgenrot ist der Vorbote des Tages, jetzt eilt er durch den ganzen Osten."

Vor kurzem war Nguyen Tuan beim Schriftstellerverband der UdSSR eingeladen. Wieder wanderte er über den Roten Platz, entblößte sein Haupt vor den Denkmälern Puschkins, Lermontows, Gogols, Alexander Ostrowskis, Majakowskis. Beim Abschied auf dem Flugplatz sagte er leise zu mir:

„Denke an das Seidentuch, an den To Lich, an das Haus auf der Tran Hung Dao und an die vietnamesischen Freunde, die den Sozialismus aufbauen, ihr Heimatland gegen die chinesischen Hegemonisten verteidigen und das von Ho chi Minh entrollte Banner der vietnamesisch-sowjetischen Freundschaft hoch in ihren Händen tragen. Denke an sie und erzähle anderen von ihnen. Und grüße noch einmal von einem der ältesten Hanoier das große Moskau, den Schnee Leningrads, die ‚Aurora', das ganze sowjetische Land."

Das tue ich hiermit.

Hanoi—Moskau

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die UdSSR behauptet, ohne westliche Technik und Technologie auskommen zu können, macht aber andauernd Bestellungen im Westen. Nicht einmal von ihrer passiven Bilanz im Handel mit den kapitalistischen Industriestaaten läßt sie sich davon abhalten. Wie erklärt sich das?

Froment TYRAUD
Luxemburg



Es diskutiert der verantwortliche Sekretär der NZ Sergej GOLJAKOW

Die beste Antwort auf Ihre Frage sind konkrete Fakten. Zunächst eine Zahl: Die UdSSR importiert jetzt aus kapitalistischen Ländern eine Warenmenge, die etwa 1% vom gesellschaftlichen Bruttoprodukt des Landes ausmacht. Den größten Teil der Waren, die unsere Volkswirtschaft braucht, erzeugen wir demnach selbst.

Gehen wir weiter. 1979 importierten wir Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel für 14,4 Md. Rubel. Gut zwei Drittel dieser Summe entfallen auf die RGW-Mitglieder und nur 4,5 Md. Rubel auf den Import aus kapitalistischen Industrieländern. Die UdSSR hängt viel weniger als andere Industriestaaten von den Außenmärkten ab, von unseren kapitalistischen Handelspartnern sogar verschwindend wenig.

Dank den reichen Naturschätzen und Energieressourcen, den industriellen Erfahrungen aus den Planjahrfünften und den gutgeschulten Arbeitern und Technikern ist unser Land jedem entstehenden Problem ohne fremde Hilfe durchaus gewachsen. Vergessen Sie nicht, daß es das Raumfahrtzeitalter eröffnet hat. Jeder Schritt im Kosmos ist aber undenkbar ohne vorherige Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik.

Das will nun nicht heißen, daß wir die Vorzüge des Welthandels mißachten. Oft ist es billiger und einfacher, etwas Erforderliches bei anderen zu kaufen, als es selbst herzustellen. Es wäre unvernünftig, die Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung ungenutzt zu lassen. Deshalb setzen wir uns immer für mannigfaltige Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu allen Staaten, auch den westlichen, ein. Unserer Ansicht nach ist der für beide Seiten vorteilhafte Handel nicht bloß ein Austausch materieller Güter, sondern auch ein Weg zu einer engeren internationalen Zusammenarbeit und ein wichtiger Faktor für das Gesunden der Weltlage.

Wenn unsere westlichen Partner auch so denken, dann geht alles gut. Ein anschauliches Beispiel sind die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich. Im Jahre 1979 hatte das Volumen ihres Handels miteinander einen Wert von 2,6 Md. Rubel, um 44,6% mehr als 1978. Zwischen 1975 und 1979 war der Handelsverkehr dreimal so groß wie im vorhergegangenen Jahrfünft, und damit ist das beim französisch-sowjetischen Gipfeltreffen vorgemerkte Programm gut erfüllt worden.

Im Westen wird oft behauptet, und davon zeugt auch Ihr Brief, vom Handel mit den kapitalistischen Industrieländern habe nur die UdSSR einen Vorteil. Haben Sie schon einmal einen Kaufmann gesehen, der mit Verlust arbeitet? Wenn schon jemand auf einen alleinigen Vorteil aus ist, dann sind es die westlichen Konzerne: Sie wollen der UdSSR möglichst viel verkaufen und möglichst wenig bei ihr kaufen. Ein Beispiel: 1978 belief sich der Import der USA an Maschinen, Ausrüstungen und Transportmitteln aus der UdSSR auf etwas mehr als 2 Mio Rubel oder nur 0,03% des Werts des einschlägigen sowjetischen Exports. Dagegen kauften wir in den USA entsprechende Erzeugnisse für 273,5 Mio Rubel. Ein Vergleich dieser Zahlen zeigt Ihnen, woran es liegt, daß der Warenverkehr der UdSSR mit kapitalistischen Industriestaaten nicht ausbalanciert ist.

Der Handel wird aber nicht von ungefähr eine Zweibahnstraße genannt. Die sowjetische Kaufkraft auf den westlichen Märkten wird vor allem durch die Deviseneinkünfte aus dem Erlös ihrer eigenen, d. h. sowjetischen Waren bestimmt. Die Sowjetunion hat guten Willen zur Regelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen gezeigt und jahrelang aus kapitalistischen Industrieländern mehr importiert als nach ihnen exportiert. So entstand ein Fehlbetrag, der 1976—1978 über 6 Md. Rubel lag. Verglichen mit dem Außenhandelsdefizit beispielsweise der USA (75 Md. Dollar in denselben Jahren) ist das nicht so aufregend. Außerdem schrumpfte der Fehlbetrag schon 1979 auf 0,7 Md. Rubel. Existiert wirklich ein Problem, so muß man seine Ursachen vor allem in den diskriminierenden und quantitativen Beschränkungen für sowjetische Waren in mehreren westlichen Ländern suchen. Damit wollen kurzsichtige Politiker auf die UdSSR drücken, sie „abstrafen" oder ihr „einen Denkzettel erteilen". Letztlich aber haben die auf den Export spezialisierten westlichen Firmen davon das Nachsehen, denn sie büßen sowjetische Bestellungen und unseren Absatzmarkt ein.

In der Presse werden Länder manchmal Depositärstaaten genannt. Was bedeutet das?

W. CHMELJOW
Noworossijsk, RSFSR

Völkerrechtlich wird ein Staat oder eine Weltorganisation ein Depositär genannt, bei dem oder der das Original eines Vertrages laut Vereinbarung zwischen den Partnern hinterlegt, also deponiert ist. Das sind gewöhnlich die Länder, in denen ein Vertrag geschlossen worden ist.

Die Hauptaufgaben eines Depositärs bestehen darin, den Vertragspartnern beglaubigte Abschriften des Vertrags zu übermitteln, ihn im Original sowie die Ratifikationsurkunden und Beitrittserklärungen aufzubewahren; die Partner von seinem Inkrafttreten und von den Terminen in Kenntnis zu setzen, zu denen bei ihm Ratifikationsurkunden sowie Urkunden über hierbei erfolgte Vorbehalte deponiert werden; sie über den Beitritt eines Landes zum Vertrag oder aber über seinen Rücktritt oder seine Kündigung zu informieren.

Die UdSSR ist Depositär des Moskauer Vertrags über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser von 1963, des Kernwaffensperrvertrags von 1968 usw.

PS

Was der Weihnachtsmann bringt

In den USA bringen viele Firmen zu Weihnachten gewöhnlich Neuheiten als Geschenkartikel in den Handel. Dieses Jahr wird z. B. ein Straßenkreuzer mit echt goldenen Beschlägen — Kostenpunkt: 85 000 Dollar — angeboten. Zu teuer? Dann kaufe man für 5 Dollar Asche vom Vulkan St. Helens mit amtlicher Bescheinigung, daß sie echt und keine Zigarettenasche ist. Etwas teurer ist ein Eierschäler und ganz unentbehrlich eine der vielen Signalanlagen zum Schutz des Hauses oder der Wohnung vor Einbrechern. Eine reiche Auswahl, es hängt eben alles davon ab, wie dick die Brieftasche des Käufers ist.

Kurioses beim Modernisieren



Nach den Plänen für die „vier Modernisierungen" beschlossen die chinesischen Behörden, die Metallwarenfabrik in Zhengzhou, weil unrentabel, zuzumachen. Eine Bauorganisation wurde beauftragt, die Anlagen im Laufe von drei Monaten abzumontieren, damit sie woanders verwendet werden könnten. An Ort und Stelle fanden die Leute aber nur eine Ruine vor. Angehörige der früheren Belegschaft hatten sich die Maschinen, die Rohstoffbestände, die Büroeinrichtungen und sogar die Türen und Fensterrahmen unter den Nagel gerissen.

Ein Pilzkrieg



Auf den Wiesen der Insel Vancouver in der kanadischen Provinz British Columbia kam es Ende Oktober zu heißen Gefechten zwischen den dortigen Farmern und Städtern, die zum Pilzesammeln herübergekommen waren. Die Farmer vertrieben die Pilzsammler mit Gewehren, Baseballschlägern und Eisenstangen. Die Polizei nahm etwa 50 Personen fest. Wie kam es dazu? Die dortigen Pilze enthalten das Rauschgift Psilocybin, das Halluzinationen hervorruft. Gedörrt werden die Pilze gern gekauft und mit 150 Dollar die Unze gut bezahlt.

Ja, das haben die Mädchen so gerne...

Nachdem sich die Sergeantin der US-Marineinfanterie Bamby Lee Finney in höchst spärlicher Uniform für den „Playboy" fotografieren ließ, kam es zum Skandal, und sie hat nun von der Uniform überhaupt Abschied nehmen müssen. Der Fall hat aber die Redakteure des „Playgirl" auf eine Idee gebracht. Ihr Oktoberheft enthielt Fotos von zwei Marinern, zwei Soldaten der Küstenwache und einem Sergeanten der Marineinfanterie. Während sich deren Vorgesetzte noch mit den Sittenregeln herumschlagen, bereitet die „Playgirl"-Redaktion ein Heft mit Fotos von Feuerwehrmännern, Polizisten und Fliegern vor, natürlich in der Aufmachung, wie sie die Leserinnen dieser Zeitschrift zu sehen gewöhnt sind.

Vielleicht zieht das

Die Londoner „Times" meldete am 6. November: „Mr. Christopher Sparkes, ein britischer Geschäftsmann, der über ein Jahr in einem irakischen Gefängnis saß, ist... in Kuweit eingetroffen." Die Überschrift lautet „Ein Befreiter in Bahrein". Wie kommt Spinat aufs Dach? Die „Times"-Leser glauben, daß die Aussicht auf eine Schließung des Blattes, die Hunderte von Journalisten arbeitslos machen würde, diese veranlaßt hat, sich so eine geographische „Sensation" auszudenken.

Ein Exempel statuiert

Der Malteser Stanley Adams war bei der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments in Basel tätig und erfuhr, daß der in der Schweiz engagierte pharmazeutische multinationale Konzern Hoffmann—La Roche den in der EG geltenden Bestimmungen entgegenhandelt. Er setzte davon EG-Beamte in Kenntnis. Der Konzern bekam eine hohe Geldstrafe, rächte sich aber. Auf eine Anzeige von Hoffmann—La Roche wurde Adams bald darauf wegen eines Verstoßes gegen die „Gesetze über Industriegeheimnisse" festgenommen. Er konnte fliehen und wurde in Abwesenheit zu einer Haftstrafe verurteilt.

Not macht erfinderisch



Die Stadtverwaltung von San Franzisko (USA), das wie viele andere Städte Amerikas unter einer chronisch leeren Kasse leidet, hat beschlossen, zur Milderung der Wohnungsnot beizutragen und einen sogenannten Obdachlosenpark einzurichten, in der Mitte mit Toiletten und ringsum ausrangierten Kanalisationsrohren, in denen Pritschen aufgestellt sind. Weiter gibt es da lange Bänke, ebenfalls als Nachtlager.

Teuer und kaputt

Bei dem bekannten Londoner Auktionator Sotheby's sollte ein Osterei versteigert werden, laut Katalog eine Arbeit des berühmten Petersburger Juweliers Carl Fabergé. Es wurde auf 117 000 Dollar geschätzt. Während der Auktion platzte von der Hitze der Jupiter das Email und fiel ab, und da sah man nun, daß das Ei eine Fälschung war. Echt war dagegen der norwegische Quisling aus dem zweiten Weltkrieg, dem es gehört hatte und dessen Witwe es versteigern lassen wollte.

Rekorde, Rekorde...



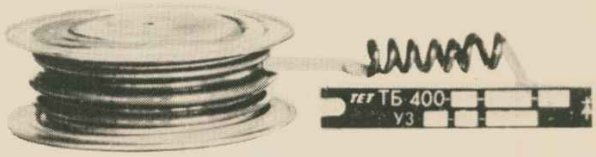
Magnus Jensen aus Nyköbing (Dänemark) erreichte den Schluß einer Dauerrede, die er hielt, müde, heiser aber überglücklich: Er war überzeugt, einen für das Rekordbuch von Guinness reifen Weltrekord aufgestellt zu haben. In 24 Stunden und 5 Minuten soll er, wie die „Welt" (BRD) mitteilt, 4000 Witze erzählt haben.

Zeichnungen: V. Trintschenko

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ

SCHNELLWIRKENDE THYRISTOREN SERIE TB





Gedacht für Stromstärken bis zu 800 Ampere und Sperrspannungen bis zu 1200 Volt.

Parameter:

Kritische Drehzahl bei Gleichstrom bis zu 800 A/mks

Kritische Drehzahl bei Gleichstromspannung bis 1000 V/mks

Abschaltzeit 16—63 mks

- Funktioniert in Frequenzen von 10—25 kHz, was in erster Linie durch geringe Ausgleichverluste und die kurzen Ein- und Abschaltzeiten gewährleistet wird.
- Einzusetzen bei der Herstellung von Wechselrichtern, Unterbrechern, Gleichstromtransformatoren und anderen rasch wirkenden Systemen.

ENERGOMACHEXPORT

UdSSR, 127486 Moskau, Deguninskaja Ul. 1, Korp. 4.
Rufnummer: 487 31 82 Telex: 411965 ENEK SU

Im Objektiv: FINNLAND

Diesem Land verleihen seine riesigen Wälder und unzähligen kristallklaren Seen und Flüsse seine Eigenart und besondere Schönheit. Aus der Vogelschau sieht man viele Inseln, besonders im Landessüden, in der Ostsee.

Finnland hat ein Areal von 337 000 km² und ist damit um ein Drittel größer als Großbritannien, ja es ist eins der größten Länder Europas, aber mit 5 Millionen Einwohnern auch eines der dünnstbesiedeltsten.

Trotz seiner nordischen Lage hat das Land einen sonnigen, warmen Sommer und regnerischen Herbst. Dank dem Golfstrom ist der Winter mild und trocken. Sobald der Schnee gefallen ist, läuft groß und klein Schi.

Die Finnen sind arbeitsam, bescheiden und gastfreundlich. Sie lieben ihre Sitten und Bräuche, ihre Volkslieder und -tänze und natürlich auch ihre Sauna. Von diesen soll es eine Million geben, also eine auf je fünf Personen.

Oft heißt es: Wenn sich ein Finne ein Haus baut, dann fängt er mit der Sauna an.

Finnland hat gutnachbarliche Beziehungen zur UdSSR, es arbeitet mit ihr auf vielen Gebieten zusammen und dehnt auch die Verbindungen mit den anderen sozialistischen Ländern aus. Zum weiteren Ausbau der sowjetisch-finnischen Beziehungen trägt auch die Verlängerung des langfristigen Programms für die Ausdehnung und Vertiefung der kommerziellen, wirtschaftlichen, industriellen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit bis 1995 bei.

Die auf der KSZE in Helsinki beschlossenen Prinzipien für den zwischenstaatlichen Verkehr beruhen weitgehend auch auf den reichen Erfahrungen der sowjetisch-finnischen guten Nachbarschaft.



Im Zentrum von Helsinki



Seefähre an der Pier in Helsinki



Auf den Straßen von Helsinki herrscht reges Leben und Treiben





Familienspaziergang

In Finnland wird viel geradeit



Monument im Studentenstädtchen bei Espoo ist geistreich „Die Tasche des Studenten" genannt



Vor dem Karneval in Kouvola

Bildbericht: A. Strishkow